

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



■ AUSEINANDERSETZUNGEN IN GAZA, WESTBANK UND ISRAEL

Das Oslo-Abkommen – eine Illusion ist geplatzt

Die seit Wochen andauernden blutigen Auseinandersetzungen im Gaza-Streifen, auf der Westbank und zum Teil auch in Israel selbst zeigen, dass die Hoffnung, das Abkommen von Oslo werde dieser Region Frieden bescheren, auf Sand gebaut war. Diese Hoffnung basierte in erster Linie auf dem Glauben, die politischen Probleme durch ökonomischen Fortschritt (im Zeichen der Globalisierung und der damit verbundenen Öffnung der Märkte) lösen zu können. Unter dem Titel »Ökonomische Reform ist das Rezept für Frieden« hat Daniel Doron, der Direktor des Zentrums für sozialen und ökonomischen Fortschritt, einer israelischen »Denkfabrik«, diesen Grundgedanken Mitte November in einem Gastkommentar für die »Financial Times« noch einmal wiederholt. Seiner Ansicht nach können nur weitere wirtschaftliche Reformen »Frieden« in Nahost schaffen. Israel müsse seine Ökonomie noch konsequenter liberalisieren und die palästinensische Autonomiebehörde das zur Verfügung stehende Geld ausschließlich in den wirtschaftlichen Aufbau Palästinas stecken, dann werde auch Frieden einkehren. Was in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich gewesen sei, werde auch im Nahen Osten funktionieren. Vorstellungen, mit dem Abkommen werde die Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung in der ganzen Region geschaffen, haben sich als

Illusion erwiesen. Der Traum von einer prosperierenden Freihandelszone vom arabischen Golf bis zur iberischen Halbinsel, der für alle Menschen in den Ländern des Nahen Ostens eine spürbare Verbesserung ihrer Lebenslage bringen sollte, ist ausgeträumt. Statt dessen hat die soziale Polarisierung in der ganzen Region wie auch in Israel selbst deutlich zugenommen.

Die sozialen Gegensätze in Israel verschärfen sich

Die durchgreifende neoliberale Umstrukturierung der israelischen Wirtschaft, die sie für den internationalen Wettbewerb fit machen sollte, hat entgegen allen Versprechungen nur für eine Minderheit der israelischen Bevölkerung eine Anhebung ihres Lebensstandards mit sich gebracht. Diese Minderheit, überwiegend Ashkenazim, das heißt jüdische Israelis europäischer Herkunft, ist in jenen Sektoren der Ökonomie tätig, die von der Privatisierung der Staatsunternehmen und der Öffnung der Märkte profitiert haben. Das gilt vor allem für alle jene Wirtschaftssektoren, die mit Mikroelektronik und elektronischer Datenverarbeitung im engeren und weiteren Sinne zu tun haben.

Seit Beginn der neunziger Jahre hat dieser Bereich der israelischen Ökonomie ein enormes Wachstum zu verzeichnen. Hat die gesamte verarbeitende Wirtschaft seit 1994 um

ein gutes Fünftel zugelegt, also nur etwas stärker als die Bevölkerungszahl in demselben Zeitraum, beträgt der Anstieg im High-Tech-Sektor über hundert Prozent.¹ Inzwischen entfällt mehr als ein Viertel der Produktion des verarbeitenden Gewerbes auf ihn. Für den Export spielt er eine noch größere Rolle. Während die Ausfuhr traditioneller Produkte wie Textilien, Agrarerzeugnisse, Lederwaren oder Papier seit 1990 mit einem Gesamtumfang von zirka zwei Mrd. \$ weitgehend stabil geblieben ist und sich der Export von chemischen Erzeugnissen, Produkten der Metallverarbeitung und des Bergbaus auf gut fünf Mrd. \$ in etwa verdoppelt hat, ist bei den High-Tech-Gütern binnen dieser zehn Jahre eine Verdreifung des Ausfuhrvolumens festzustellen. Ihr Gesamtwert beträgt inzwischen über neun Mrd. \$, also mehr als der der anderen Sektoren (ohne Diamanten) zusammengenommen. Allein die Ausfuhr von Softwareerzeugnissen hat sich zwischen 1994 und 1999 fast vervierfacht, macht mit knapp 800 Mill. \$ aber nichtsdestotrotz immer noch nur zirka ein Achtel des Diamantenexports aus. Von diesem Boom profitiert haben in erster Linie junge und gut ausgebildete jüdische Israelis im Küstenstreifen. Für sie haben sich die Versprechungen des Oslo-Abkommens zumindest ökonomisch erfüllt.

Für den Rest und das heißt die überwiegende Mehrheit der israelischen Bevölkerung trifft das nicht zu. Ihre Situation ist bestenfalls gleichgeblieben, für viele hat sie sich sogar verschlechtert. Letzteres gilt vor allem für die arabischen Israelis. Die Liberalisierung der Märkte hat zum Beispiel die israelische Textilindustrie, in der traditionell ein großer Teil der israelisch-arabischen Frauen beschäftigt war, schwer getroffen. Ihre Produktion ist seit 1994 um sechs Prozent gesunken, während die gesamte Industrieproduktion um ein Viertel gestiegen ist. Waren hier früher einmal 45.000 Beschäftigte tätig, so sind es heute nur noch 38.000. Dieser Rückgang um fast 20 Prozent ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die israelischen Textilkonzerne angesichts des größeren Kostendrucks durch die Konkurrenz aus Fernost die Möglichkeiten nutzen, die ihnen das Oslo-Abkommen bietet. Sie schließen Jahr für Jahr Fabriken in Israel und verlagern die Produktion in benachbarte Länder wie vor allem nach Jordanien. Dort beschäftigen israelische Textilfirmen inzwischen zirka 6000 Arbeitskräfte. Die arabisch-israelischen Frauen sind aber noch stärker betroffen, als diese Zahlen schon vermuten lassen. Die in Israel noch

verbleibenden Arbeitsplätze sind nämlich außerdem in deutlich stärkerem Maße als früher in Bereichen außerhalb der Produktion wie Marketing, EDV, Finanzen etc. angesiedelt und verlangen damit eine höhere Qualifikation, als die Frauen sie aufgrund ihrer schlechten Ausbildungsbedingungen bieten können. Die Frauen leiden also sowohl unter dem generellen Abbau der Arbeitsplätze als auch unter der inneren Umstrukturierung. Die Arbeitsmarktlage hat sich für sie wie für die meisten israelischen Araber im letzten Jahrzehnt deutlich verschlechtert.

Zum Niedergang der Industriezweige, in denen sie überwiegend beschäftigt sind oder waren, gesellt sich noch die Verdrängung durch ausländische Arbeitskräfte aus Ländern des früheren Ostblocks oder Südasiens. Kamen 1994 noch 78 Prozent der Arbeitskräfte in der Bauindustrie und der Landwirtschaft aus Israel, waren es 1999 nur noch 68,6 bzw. 63,6 Prozent. Ebenfalls betroffen von dieser Entwicklung sind die Palästinenser der Westbank und des Gaza-Streifens. Ihr Anteil ist in diesen beiden für ihre Beschäftigung zentralen Branchen im selben Zeitraum von 13 auf 11,1 Prozent bzw. von zwölf auf 8,9 Prozent zurückgegangen. Der Prozentsatz ausländischer Arbeitskräfte ist dagegen von 9,3 auf 20,3 Prozent bzw. von 9,6 auf 27,8 Prozent gestiegen.

Aber auch die israelischen Juden orientalischer Abstammung gehören mehrheitlich zu den Verlierern der ökonomischen Umstrukturierung. Die je nach Bevölkerungsgruppe sehr unterschiedliche Arbeitslosenquote zeigt das sehr deutlich. Generell ist ein deutlicher Anstieg von 6,6 Prozent im

1) Diese wie alle folgenden Wirtschaftsdaten entstammen den Angaben des Central Bureau of Statistics des Staates Israel.

INHALT

Das Oslo-Abkommen: Eine Illusion ist zerplatzt	1
Die al-Aksa-Intifada: Vorbemerkung	5
Die al-Aksa-Intifada: Artikel aus »Challenge«	6
Die Bedeutung der israelischen Siedlungen	10
US-Wahlen: Schlammschlacht um die »neue Mitte« . . .	14
Zur Wirtschaftsentwicklung in den USA	17

Korrespondenzen:

Gegen die Rentenpläne der Regierung:	
Der »heiße Herbst« der IG Metall	23
Bremen: Schärferer Ton bei der ITF-Aktionswoche	28
Bericht vom ÖTV-Gewerkschaftstag in Leipzig	31
Kelsterbach: ENKA-Belegschaft wehrt sich (Interview) . .	34
Dortmund: »Aufstand der Anständigen«	40
Hanau: Nicht alle lassen sich einbinden	42
Berlin: Die Bundesregierung rief und viele kamen	43
Berlin: Widerstand gegen Berliner Bildungspolitik	46
Italien: Die faulen Früchte der »konzertierten Aktion« . .	47

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeise-hallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestocheu scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbe
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
»GFSA e.V. · Postbox 106426 · D-20043 Hamburg«

Jahr 1996 auf neun Prozent letztes Jahr zu verzeichnen, die jüdischen Israelis europäischer Abstammung sind aber weit weniger betroffen als ihre Landsleute orientalischer Abstammung oder die Einwanderer, die in den letzten zehn Jahren vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion in sehr großer Zahl in das Land gekommen sind. Die Arbeitslosigkeit unter den »europäischen« Juden liegt nur bei 5,4 Prozent, bei den »orientalischen« Juden, den seit 1990 nach Israel eingereisten Einwanderern und bei den Angehörigen anderer Religionen dagegen mit gut elf Prozent mehr als doppelt so hoch.

Die starke Unterschiedlichkeit in der israelischen Gesellschaft schlägt sich nicht nur in der Arbeitslosenquote, sondern auch in der sehr ungleichen Verteilung der Einkommen nieder. Unter den lohnabhängig Beschäftigten des Jahres 1998 verdienten die unteren 30 Prozent mit max. 6200 NIS (Neue israelische Schekel) gerade einmal gut die Hälfte des nationalen Durchschnitts von 11.200 NIS, die oberen zehn Prozent dagegen mit durchschnittlich 27.400 NIS weit mehr als das Doppelte und auch das zweite Zehntel lag mit 17.900 NIS noch mehr als 50 Prozent über dem Durchschnitt. Insgesamt erreichen sechs von zehn Haushalten das nationale Durchschnittseinkommen nicht. Besonders stark betroffen sind dabei die nichtjüdischen Haushalte (vom unteren Zehntel gehört fast die Hälfte dazu). Aber auch viele jüdische Familien haben weniger als das Durchschnittseinkommen, denn die unterhalb von 11.000 NIS verdienenden Haushalte sind abgesehen vom untersten Zehntel ja zu 80 bis 95 Prozent jüdisch. Unter den oberen 20 Prozent der Einkommensbezieher sind mit 99 Prozent allerdings faktisch nur Juden (zumeist europäischer Herkunft) zu finden. Auch zwischen den Branchen existiert ein enormes Gehaltsgefälle. Während die Löhne seit 1994 in der Industrie insgesamt um über 25 Prozent und bei Banken und Versicherungen immerhin noch um 14 Prozent gestiegen sind, bleiben der öffentliche Dienst, der Transportsektor, der Handel und die Bauindustrie mit zwei bis fünf Prozent weit dahinter zurück. Im Gesundheits- und Sozialbereich ist sogar ein Rückgang um 1,3 Prozent zu verzeichnen.

Ein wesentlicher Faktor für die Einkommensunterschiede ist im unterschiedlichen Ausbildungsniveau zu suchen. Die Beschäftigten im High-Tech-Sektor sind in der Regel überdurchschnittlich gut ausgebildet. Das schlägt sich in den Verdiensten nieder. Wiesen 1998 vom oberen Zehntel der Verdienner gut 80 Prozent eine Ausbildung von mindestens 13 Jahren auf und vom zweiten Zehntel immerhin auch noch 70 Prozent, so lag dieser Prozentsatz in den unteren drei Zehnteln zwischen 25 und 40 Prozent und erreichte auch bei den mittleren Zehnteln nur gut 50 Prozent. Die »europäischen« Juden profitieren eindeutig von ihrer guten Bildung. Wie die unterschiedliche Verteilung der Arbeitslosigkeit schon vermuten lässt, sind die besser ausgebildeten Israelis auch hiervon weit weniger betroffen. Diejenigen, die 16 und mehr Jahre Ausbildung genossen haben, weisen nur eine Quote von 4,6 Prozent auf, diejenigen, die nur bis zu acht Jahren in der Schule waren, kommen dagegen auf 14 Prozent. Arabische Israelis zählen aufgrund der ungleich schlechteren Ausbildungsbedingungen in besonders hohem Maße zur letzteren Gruppe.

Die soziale Polarisierung wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Die Gesamtlage der israelischen Wirtschaft hat sich nämlich trotz des High-Tech-Booms und der relativ günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht

nennenswert verbessert. Die Arbeitsproduktivität ist seit Anfang 1999 rückläufig, das Handelsbilanzdefizit von 1998 auf 1999 um 23 Prozent von 6,37 auf 7,35 Mrd. \$ gestiegen und die gesamte Nettoauslandsverschuldung von 26,9 auf 32,7 Mrd. \$. Die Abhängigkeit von den regelmäßigen Transferzahlungen aus den USA ist nicht reduziert worden, sondern sogar noch gewachsen. Eine Verbesserung für die Masse der Bevölkerung ist daher nicht in Sicht.

Die politischen Folgen der sozialen Polarisierung

Politisch hat die soziale Spaltung der israelischen Gesellschaft in erster Linie eine Konsequenz: Die rechten Parteien bekommen seit Jahren immer stärkeren Zulauf. Während die Minderheit der »Liberalisierungsgewinner« vor allem die Arbeitspartei und Meretz wählt, gehen die Verlierer nach rechts zum Likud-Block, zu den religiösen Parteien wie Shas oder zur russisch dominierten Aussiedlerpartei. Seit 1992, als die Arbeitspartei und Meretz zusammen noch 56 der 120 Sitze der Knesset erobern konnten, ist ihr Anteil auf nun nur noch 38 Sitze zusammengeschmolzen. Die mit ihnen traditionell verbündeten arabischen Parteien haben ihren Anteil zwar auf zehn Sitze verdoppelt, die jüdische Bevölkerung hat bei den letzten Wahlen aber zu fast 60 Prozent die rechten Parteien gewählt, die es insgesamt auf 54 Sitze brachten. Kein israelischer Ministerpräsident hat es seit der Ermordung Rabins, der seine Mehrheit als erster auf die Stimmen der arabischen Abgeordneten gestützt hat, gewagt, gegen diese rechte Mehrheit unter den jüdischen Israelis Politik zu machen. Baraks Regierungsbildung wie -politik zeigen das mehr als deutlich. So haben zum Beispiel die Siedler unter seiner Regierung mehr Zugeständnisse erreicht als unter seinem Vorgänger Netanyahu und in strittigen Fällen haben sich im Kabinett stets die rechten Parteien durchgesetzt.

Zeitweise sah es so aus, als würde die Umstrukturierung der israelischen Wirtschaft zu einer innenpolitischen Polarisierung vor allem im Sinne eines Kulturkampfes führen. Die von der Marktöffnung profitierenden »europäischen« Juden mit ihrer Vorstellung von einem »normalen« kapitalistischen Israel nach dem Vorbild der USA oder Westeuropas und die »orientalischen« Juden mit ihren Vorstellungen von Großisrael und der Sabbatruhe schienen die beiden Pole zu bilden. Die Konflikte um die Öffnung von Kinos und Diskotheken, die religiösen Erziehungsinstitutionen oder die Befreiung von der Wehrpflicht wie auch der Wegzug vieler

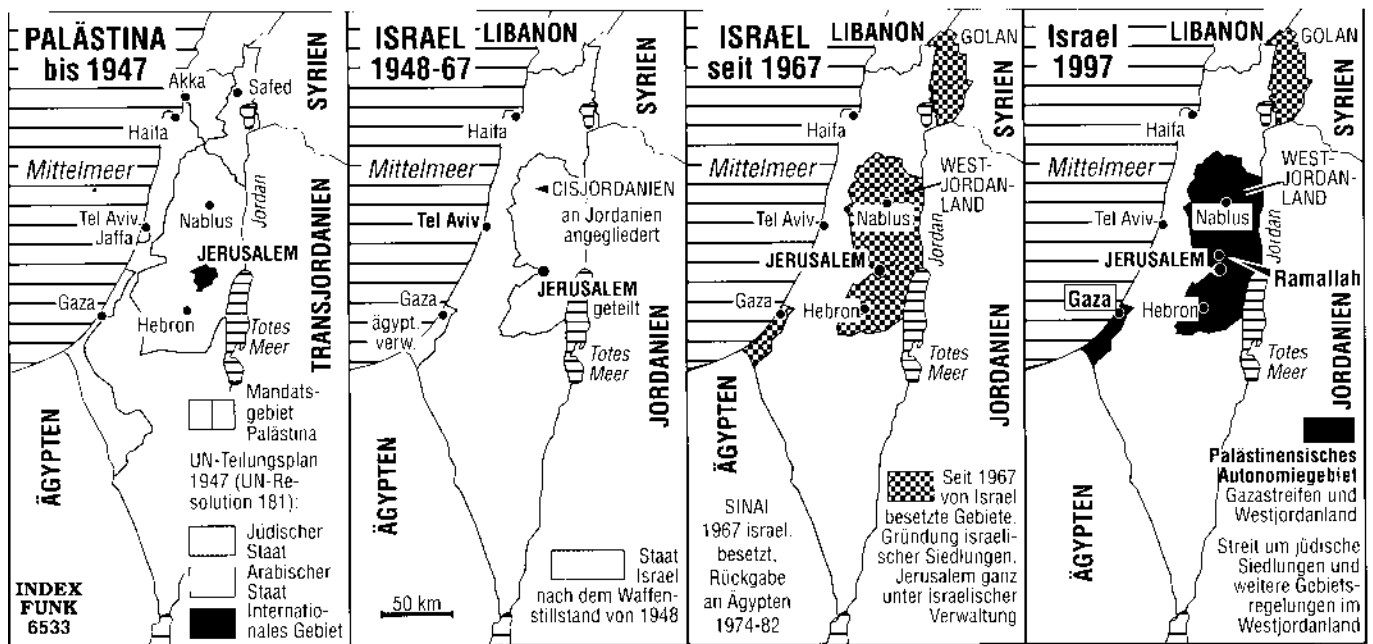
Frage an israelische Jugendliche:

»Wie sollen wir Deiner Meinung nach mit den israelischen Palästinensern umgehen?« Die Antworten:

- 44 % Israelische Palästinenser sollten wenigstens einige ihrer Rechte entzogen bekommen
- 32 % Israelische Palästinenser sollten alle Rechte haben, da sie Bürger des Staates sind
- 24 % Israelische Palästinenser sollten nur gleiche Rechte bekommen, wenn sie auch ihren Dienst in der Armee geleistet haben
- 19 % Israelische Palästinenser sollten ihre Rechte entzogen bekommen, da sie die staatliche Sicherheit bedrohen
- 18 % Israelische Palästinenser verdienen keine Rechte, da sie nicht in der Armee dienen
- 7 % Israelische Palästinenser verdienen in einem jüdischen Staat überhaupt keine Rechte

Umfrage unter 400 israelischen Jugendlichen (13 bis 18 Jahre). 37 % der Jugendlichen, die israelische Palästinenser aus Israel vertreiben wollen, sind religiöse Israelis. In: »Ha'aretz« (Tel Aviv) vom 20.1.98

Israelische Expansion in Palästina



»europäischer« Juden aus Jerusalem in die weltoffeneren Städte an der Küste waren dafür ein Indiz. Vor allem Meretz hat sich in diesen Auseinandersetzungen als säkulare und weltoffene liberale Kraft zu profilieren versucht.

Seit Beginn der neuen Intifada spielt dieser kulturelle Konflikt so gut wie keine Rolle mehr. Es ist vielmehr ein Schulterchluss fast aller jüdischen Israelis zu beobachten. Personen wie Uri Avnery, die das Vorgehen der israelischen Regierung auch weiterhin kritisieren, stellen inzwischen eine absolute Ausnahme dar. Von der ehemaligen Friedensbewegung, die während der ersten Intifada noch so zahlreich gegen die Politik der Regierung protestierte, ist nichts mehr zu sehen. Bei der großen Masse der Bevölkerung macht sich vielmehr ein starkes jüdisches Herrenmentum gegenüber den Arabern breit, das es in dieser Offenheit schon lange nicht mehr gegeben hat, und zwar gleichgültig, ob die Araber israelische Staatsbürger sind oder nicht.

Auch die »aufgeklärte« und gut ausgebildete Jugend in Tel Aviv und Haifa pflegt auf einmal ihre antiarabischen Vorurteile und schaut zumindest zu, wie Geschäfte und Restaurants arabischer Israelis demoliert werden. In Tel Aviv zerstörte zum Beispiel Mitte Oktober ein Mob von 500 jüdischen Israelis drei arabische Wohnhäuser, ohne dass die Polizei oder sonst jemand eingriff. Gleichzeitig schaltet sich dieselbe Polizei bei Auseinandersetzungen zwischen jüdischen und arabischen Israelis immer wieder zugunsten der jüdischen ein. In Nazareth erschoss sie Anfang Oktober beispielsweise zwei arabische Israelis, obwohl Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen ein Angriff jüdischer Israelis auf ihre arabischen »Mitbürger« war. Überhaupt ist auffällig, wie häufig die palästinensischen Opfer im Unterschied zur letzten Intifada durch Kopfschüsse verletzt oder gar getötet werden. Die Tatsache, dass Polizei und Armee zumeist sofort auf den Oberkörper und vor allem den Kopf von Demonstranten zielen, ruft in Israel keinerlei öffentliche Proteste hervor, auch

das ein Hinweis auf das Ausmaß der Herrenmenschen-Mentalität gegenüber den Arabern.

Die seit der Gründung des Staates Israel für die israelische Gesellschaft grundlegende Lebenslüge von dem leeren Raum, den man besiedelt habe, macht sich jetzt auch wieder bei denen bemerkbar, die jahrelang glaubten, den Menschen in Westeuropa und den USA näher zu sein als ihren ultraorthodoxen Glaubensbrüdern oder Mitbürgern. Wenn es darum geht, die eigenen Privilegien gegenüber »den Arabern« zu verteidigen, steht man trotz aller Differenzen letztlich doch zusammen. Der Klassengegensatz innerhalb Israels und vor allem der unter den jüdischen Israelis wird vollkommen überdeckt vom Gegensatz zwischen Israelis und Arabern.

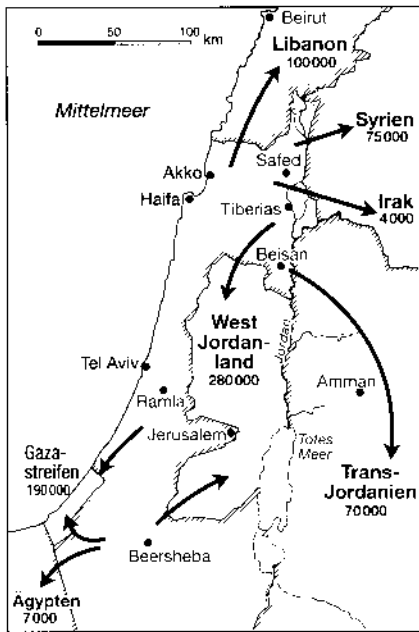
Die Lage der Palästinenser verschlechtert sich immer weiter

Die Entwicklung seit dem Abschluss des Oslo-Abkommens hat für die Palästinenser kaum Fortschritte beinhaltet, sondern ganz im Gegenteil in erster Linie erhebliche Verschlechterungen.² Während vom eigenen Staat Palästina weit und breit nichts zu sehen ist außer ein paar Flecken inmitten israelisch kontrollierten Gebiets, ist das Durchschnittseinkommen in dieser Zeit um 40 Prozent auf nur noch 1500 \$ gefallen. Die Anzahl der in Israel beschäftigten Palästinenser ist ebenfalls spürbar zurückgegangen. Ihre Ersetzung durch ausländische Arbeitskräfte oder Einwanderer nimmt mit jedem Jahr zu und gewinnt bei Konflikten wie dem jetzigen dramatisch an Geschwindigkeit. Offizielle israelische Stellen sprechen bereits davon, dass von den 120.000 palästinensischen Arbeitskräften, die vor der augenblicklichen Intifada in Israel tätig waren, in Zukunft nur noch 25.000 übrig bleiben werden.

Angesichts der Tatsache, dass die Löhne der in Israel beschäftigten Palästinenser im letzten Jahr trotz zahlreicher Absperrungen immer noch ungefähr 40 Prozent der Gesamteinkommen und ein Viertel des Bruttosozialprodukts der Westbank und des Gaza-Streifens ausmachten, wird klar, was eine solche Entwicklung für die Palästinenser bedeuten wird. Außerdem leiden die palästinensischen Arbeitskräfte

2) Genauere Informationen zur Entwicklung auf der Westbank und in Gaza im Artikel über die Funktion der jüdischen Siedlungen in dieser Ausgabe der Arbeiterpolitik.

Palästinensische Flucht



gehen nach Israel und 84 Prozent der Importe kommen von dort. Die Wasser- und Energieversorgung sind in den Händen israelischer Unternehmen. Die Entwicklung einer eigenständigen

Wirtschaft ist dagegen in ersten Ansätzen steckengeblieben. Die geplanten Sonderwirtschaftszonen sind de facto gescheitert, da angesichts der politischen Unsicherheit keine ausländischen Investoren kommen. Die militärischen Auseinandersetzungen und die damit verbundenen Zerstörungen durch die israelische Armee oder die Siedler tun ein Übriges, um die Wirtschaft weiter zu schwächen.

Da die palästinensische Autonomiebehörde (PA) unter Arafat die ihr von internationalen Organisationen, der EU oder den arabischen Staaten zur Verfügung gestellten Gelder überwiegend für die ausufernde Bürokratie und die völlig überproportional ausgebauten Polizeikräfte verwendet (60 Prozent des Haushalts der PA gehen dorthin, nur zwei Prozent in den Aufbau der Infrastruktur), wenn sie nicht in dunklen Kanälen versickern, ist auch von dieser Seite keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu erwarten. Sie bleibt insgesamt hoffnungslos. Die Erwartungen, die auch auf palästinensischer Seite viele Menschen einmal mit dem Oslo-Abkommen verknüpft hatten, sind zerstoßen. Es bleiben – vor allem unter den Jugendlichen – Resignation und Wut, die sich in der jetzigen Intifada Bahn brechen.

Zu dem Problem, dass die revoltierenden palästinensischen Massen in Gegensatz zu ihrer kompromissbereiten PLO-Führung geraten, veröffentlichen wir im Anschluss ein Dokument aus Israel.

21. 11. 2000 ■

■ AUS DER ISRAELISCHEN ZEITSCHRIFT »CHALLENGE«

Die al-Aksa-Intifada

Vorbemerkung der Redaktion

Im folgenden veröffentlichen wir eine Übersetzung aus Artikeln aus »Challenge«, einer israelischen Zeitschrift, die von der Partei »ODA – Organization for Democratic Action« (Organisation für demokratische Aktion) herausgegeben wird. Diese Gruppe arbeitet innerhalb Israels und besteht aus israelischen Bürgern jüdischer sowie arabischer Herkunft.

Ihre Arbeit konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte:

- ◆ Gewerkschaftliche Arbeit mit arabischen Arbeitern innerhalb Israels, deren Interessen von dem offiziellen zionistischen Gewerkschaftsbund Histadrut nicht vertreten werden.

den. Dies geschieht über sogenannte »Workers Advice Centers« (Arbeiterberatungszentren) und das »Arab Women's Workers Project« (arabisches Arbeiterinnenprojekt) in mehreren Städten Israels.

- ◆ Haus- und Mietverteidigungsarbeit in den – häufigen – Fällen, in denen arabische Mieter oder Hauseigentümer widerrechtlich und willkürlich verjagt werden, weil jüdische Baugesellschaften dort neue Wohnungen für jüdische Israelis bauen wollen.

- ◆ Erziehungs- und Jugendarbeit über Schulen für arabische Mütter und Sommerlager für arabische Mütter und Kinder.

- ◆ Landverteidigung zur Verteidigung der arabischen Bauern vor Enteignung. Daneben wird versucht, landwirtschaftliche Produkte palästinensischer Bauern zu vermarkten.

Neben der englischsprachigen »Challenge«, die alle zwei Monate erscheint, gibt die Gruppe eine Zweiwochenzeitschrift auf arabisch heraus: »Sabar« – Kaktus.

ODA war die einzige Gruppe der israelischen Linken, die von Anfang an entschieden gegen das Osloer Abkommen aufgetreten ist, da sie es als eine Kapitulation und einen Ausverkauf der palästinensischen Interessen angesehen hat. Aufgrund dieser Position war sie jahrelang isoliert – mehr und mehr auch bei der PLO, deren Mitglieder im Laufe der Zeit sich alle auf Oslo und die westliche Politik eingelassen haben, nicht zuletzt, um an die westlichen Gelder zu gelangen. ODA hat sich ihre unabhängige, kritische Position bewahrt und ist deshalb in der Lage, uns eine verlässliche Einschätzung der aktuellen Vorgänge zu liefern. Diese veröffentlichen wir auf den folgenden Seiten gern, auch wenn wir nicht in allen Einzelheiten übereinstimmen

21.11.2000 ■



Challenge erscheint zweimonatlich in englischer Sprache und richtet sich an alle, die an einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes interessiert sind.

Abo-Bestellungen an:
Challenge
P.O.Box 41199
Jaffa 61411, Israel

e-mail:
oda@netvision.net.il

Internet:
www.odaction.org/challenge/

Bye, Bye, Oslo? Die Straße sagt ja, das Regime sagt nein.

Der Besuch Ariel Sharons am 28. September auf dem Gelände der al-Aksa-Moschee – in dessen Folge es dort zu Zusammenstößen kam, in denen die israelische Polizei sieben Palästinenser tötete – hat einen Ausbruch ausgelöst, der sich über die besetzten Gebiete nach Israel hinein ausbreitet. Der Zorn hat allen verdeutlicht, dass dies das Ende der Osloer Verträge ist. Die an diesen Verträgen beteiligten Gruppen haben einen schweren, vielleicht tödlichen, Schlag erlitten. Die Organisation für demokratische Aktion (ODA – Da'am auf arabisch) folgt als politische Partei diesen Vorgängen aufs engste. Unsere Aktivisten innerhalb der Grenzen von 1948 nehmen aktiv daran teil, hören das Volk an und besuchen die Familien der Verwundeten und Toten in Um al-Fahem, Majd al-Krum, Nazareth und anderswo. Die Beteiligung und Konfrontation der Massen innerhalb der Grenzen von 1948, darunter insbesondere die massiven Straßenblockaden, haben, selbst verglichen mit dem Tag des Landes (Land Day) von 1976, ein vorher nicht gekanntes Ausmaß erreicht. Wenn Polizeiminister Shlomo Ben Ami die Vorgänge als »einen Zivilaufstand« bezeichnet, kommt er der Sache sehr nahe.

Alle Einverständnisse und Abkommen, mit denen Israel die besetzten Gebiete und deren arabische Bürger beherrscht hat (vermittels der palästinensischen Behörden bzw. des Obersten Überwachungskomitees [Supreme Monitoring Committee]), sind gescheitert. Dieses Debakel kündigt den Beginn einer neuen Ära an. Während die Osloer Verträge von der Vorherrschaft Israels ausgingen, hat deren Scheitern gezeigt, dass die Massen, die die Straßen blockieren, die Macht haben, die Situation zu verändern. Die Märtyrer – derzeit fast 80 in Israel und den besetzten Gebieten – sind in den Tod gegangen, weil sie nicht mehr bereit waren, ihr Schicksal den Führern zu überlassen, die an der Formulierung der Osloer Verträge beteiligt gewesen sind.

Wenn wir die Vorgänge untersuchen, müssen wir jedoch deutlich zwischen dem Heroismus und der Selbstaufgabe der Jugendlichen, die auf die Straße gehen, um zu zeigen, wie sehr sie die von den USA unterstützte israelische Unterdrückung auf der einen Seite satt haben, und der arabischen Führung, ob in den besetzten Gebieten oder Israel, die beharrlich die ökonomischen Interessen des Volkes missachtet hat, um diejenigen ihrer eigenen Klasse andererseits voranzubringen, unterscheiden. Es ist wichtig, dieser Unterscheidung gewahr zu sein, damit wir unsere Hoffnungen in dem langen vor uns liegenden Kampf nicht in die falschen Personen setzen.

Die ODA hat seit einiger Zeit behauptet, dass es während der vergangenen drei Jahre in der arabischen Welt, einschließlich der besetzten Gebiete, zu einer Haltungsänderung gekommen ist. Im Gegensatz zur während der Madrider Konferenz (1991) herrschenden Situation, ist die arabische Welt nicht länger gewillt, die US-israelische Vorherrschaft in der Region hinzunehmen. Hafez al-Assads Weigerung, ein Abkommen zu unterzeichnen, welches ihm einen kleinen Streifen Seeufer nehmen würde, verkörpert diese neue Hal-

tung. Die USA und Israel weigern sich diese Änderung zu sehen. Israelische Überlegenheit und arabische Unterordnung bleiben die Hauptbestandteile ihres Rezeptes für den Frieden. Die Änderung in der arabischen Haltung ist jedoch klar und deutlich. Darum ist Arafat mit dem Herannahen des Datums für die Unterzeichnung des Abschlussabkommens klar geworden, dass ihm das, was er unterzeichnen sollte, den Kopf kosten würde. Deshalb hat er in Camp David zu Clinton nicht gesagt: »Ich will nicht«, sondern: »Ich kann nicht.«

Auch die Regierung Baraks scheiterte in dem Moment, als sich der Tag der Wahrheit der Osloer Verträge näherte. Er regiert heute ohne parlamentarische Mehrheit. Den beiden Hauptakteuren fehlt es daher an Unterstützung in der Bevölkerung. Es steht nicht in ihrer Macht, ein Abkommen, das in Wirklichkeit den Nahen Osten für die Globalisierung herichten würde, durchzudrücken. Ebenso schwindet die Stärke der USA: Ihre Unfähigkeit, die Ölpreise niedrig zu halten, gibt Zeugnis davon.

Während die Zusammenstöße bereits zwei Wochen dauern, tauchen viele Fragen auf: Auf wessen Konto gehen sie? Hat Arafat sie angezettelt, dabei Sharons Provokation ausnutzend? Ist er in der Lage sie zu beenden? Wie ist die Stellung der arabischen Bürger in Israel? Welche Rolle hat ihre Führung? Befinden wir uns auf dem Weg in den Krieg?

In diesem Positionspapier werden wir versuchen, diese Fragen zu beantworten; allerdings müssen wir zuerst eine zweite klare Unterscheidung vornehmen, nämlich zwischen den Zusammenstößen innerhalb der israelischen Grenzen und denen innerhalb der besetzten Gebiete.

Palästinenser auf beiden Seiten der grünen Linie haben gemeinsame Wurzeln und fühlen eine tiefe Solidarität miteinander. Aber der politische Apparat ist in jedem der Fälle vollkommen verschieden. Innerhalb Israels ist die jetzt stattfindende Intifada ein spontaner Volksaufstand, derzeit noch ohne Führer und spezifische Forderungen. Sie drückt einen tiefen Bruch aller früheren Einverständnisse zwischen Juden und Arabern aus. Obwohl die Vorgänge in den besetzten Gebieten sehr viel machtvoller sind, als irgendjemand in so kurzer Zeit erwartet hatte – und auch mehr Leben gekostet haben – bewegen sie sich andererseits noch innerhalb der grundlegenden amerikanischen Regeln: So ist beispielsweise noch kein palästinensischer Staat ausgerufen worden.

Die »al-Aksa-Intifada«

Der Aufstand in den besetzten Gebieten war teilweise spontan, teilweise nicht.

Davor, in Camp David, hatte Clinton den großen Fehler begangen, sich eindeutig für die israelische Seite auszusprechen. Er machte Arafat für das Scheitern des Gipfels verantwortlich. Dann eröffneten einige US-amerikanische Kolumnisten eine Hetzjagd auf Ägyptens Hosni Mubarak, der – obwohl er viel US-amerikanische Entwicklungshilfe erhält – es nicht geschafft hatte, seinen palästinensischen Schützling in die von Washington erwünschte Richtung zu drängen.

Trotz solchen Drucks hat die arabische Welt jedoch nicht nachgegeben. Stattdessen signalisierte sie, dass die Ära Clinton vorüber war und dass der nächste Präsident gerechter sein muss.

Arafat entschloss sich, das Gipfeltreffen in Camp David an der al-Aksa-Frage platzen zu lassen. Er hat mindestens genauso wichtige Fragen, wie zum Beispiel die Befreiung von den israelischen Siedlungen und die Lösung des Flüchtlingsproblems, ignoriert. Er hielt sich an al-Aksa fest, weil er wusste, dass er mit diesem Thema die ganze muslimische Welt mobilisieren konnte. Nach dem Besuch Sharons und den Morden hat er die daraus hervorgehenden Demonstrationen und die unbarmherzige israelische Antwort benutzt, um seine Verhandlungsposition zu verbessern – dabei natürlich darauf achtend, nicht alle Brücken hinter sich abzureißen. Es ist kein Zufall, dass die Menschen, die die israelischen Positionen erstürmten, nicht seine uniformierten Sicherheitskräfte waren, die einen einigermaßen regelmäßigen, wenn auch ineffektiven, Kontakt zu ihren Pendants in der israelischen Armee unterhielten. Stattdessen schickte Arafat zwei Gruppen: unbewaffnete steineschmeißende Jugendliche und die »Tanzim« (-Organisation). Was ist die Tanzim?

Dies ist eine aus Fatah-Mitgliedern, der Fraktion Arafats innerhalb der PLO, zusammengesetzte Einheit. Deren Mitglieder sind von den Leuten zu unterscheiden, die Arafat aus Tunis mitgebracht hat. Arafat hat die »Tunesier« zum Kern der palästinensischen Behörden gemacht, aber er hat auch die Führer der lokalen Volksbewegung, von denen viele an der ursprünglichen Intifada vor zehn bis dreizehn Jahren teilgenommen haben, aufgebaut und bewaffnet. Diese bilden die Tanzim. Sie hegen sowohl einen Groll gegen Arafat als auch gegen die korrupten »Tunesier«, aber sie stellen keinerlei Alternative zu den palästinensischen Behörden dar. In den jüngsten Vorgängen hat Arafat die Tanzim benutzt, um seine offiziellen Sicherheitskräfte nicht zu kompromittieren (obwohl letztere auch gelegentlich an den Unruhen teilgenommen haben.) Die Tanzim-Aktivisten haben diese Regelung akzeptiert, um ihre Position in der zukünftigen Machtverteilung zu verbessern.

Doch diese Intifada erhält ihre Kraft weder von Arafat mit seinen »Tunesiern« noch von den Tanzim. Sie kommt von der wütenden und empörten Straße. Sieben Jahre nach Oslo sind die Leute wieder am Ausgangspunkt angelangt: Es gibt keinen anderen Ausweg als den Kampf. Die sieben Jahre alte diplomatische Unterwerfung hat nur Armut hervor gebracht, keinen Staat. Sie hat den Menschen einen Diktator aufgebürdet, der nun seine Haut dadurch zu retten versucht, indem er auf der Welle der Wut reitet.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die jungen, steineschmeißenden Männer die gegenwärtigen Gefechte in einen Unabhängigkeitskrieg verwandeln möchten, um sich von dem israelischen Joch, den Straßenblockaden und den Siedlungen zu befreien. Aber das ist bei weitem nicht Arafats Programm. Er ist bis hin zur letzten Waffe abhängig von den USA und Israel. Ohne deren Zustimmung hat er kein Geld für sein Haushaltsbudget. Ohne ihre Zustimmung kann er in der Tat noch nicht einmal telefonieren oder Strom benutzen, da alle diese Dinge unter israelischer Kontrolle verbleiben. (Barak hat zum Beispiel gerade den Flughafen von Gaza geschlossen.) Arafat befindet sich von daher in keiner Position, um die US-amerikanischen Bedingungen zu ignorieren und einen langen Guerillakrieg zu beginnen. Stattdessen ver-

sucht er auf Zeit zu spielen, in der Hoffnung, dass die USA ihm schließlich das bisschen mehr Spielraum geben werden, das er sich wünscht. Darum unterlässt er es einerseits die staatliche Souveränität auszurufen und alle Brücken hinter sich abzureißen. Andererseits weigert er sich ein gültiges Abschlussabkommen zu unterzeichnen, welches den Konflikt beendet. Der knappe Spielraum zwischen diesen Alternativen ist gefährlich und explosiv, wie der gegenwärtige Ausbruch zeigt. Angesichts des Fehlens einer unabhängigen, revolutionären Führung, kann die »Intifada der al-Aksa« zu nichts anderem als einer in die Länge gezogenen Auseinandersetzung führen.



»Die Intifada des Kindes«

Einen Tag nach den Morden an der al-Aksa-Moschee, am 30. September, zeigte das Fernsehen den zwölfjährigen Muhammad al-Dira, wie er neben seinem Vater an der Netzarimkreuzung in Gaza kauerte, bis er von dem israelischen Feuer getötet wurde. Als Antwort darauf demonstrierte die palästinensische Bevölkerung Israels auf den Straßen. Dieser Tod vor der Kamera hat das Gefühl von Erniedrigung und Hilflosigkeit, welches sich im vergangenen Jahrzehnt aufgestaut hatte, in den Vordergrund gerückt.

In diesem Jahrzehnt hat die gesamte arabische Führung, von der islamischen Bewegung bis hin zu Azmi Bishara, die Hoffnungen ihres Volkes in die Arbeiterpartei und die Osloer Verträge gesetzt. Sie haben dafür allerdings rein gar nichts bekommen. Die arabische Bevölkerung Israels, die mehr als eine Million zählt – ungefähr ein Fünftel der Gesamtbevölkerung –, wird in der nationalen Planung nicht berücksichtigt. Die Araber nehmen an der im Land stattfindenden Revolution in der Hochtechnologie nicht teil. Ihre Erwerbslosenrate und ihre Armut nehmen mit jedem weiteren Jahr zu. Ihr Durchschnittseinkommen liegt unter der Hälfte des jüdischen Durchschnittseinkommens. Ihr Lebensraum verkleinert sich, da die meisten ihrer Landreserven konfisziert worden sind. Sie verfügen über keine Industriegebiete, wie die jüdischen Städte. Viele haben immer noch kein Abwassersystem. Ihre Straßen befinden sich in einem fürchterlichen Zustand. Nur fünf Prozent der Universitätsstudenten sind Araber... Die Liste ist unendlich.

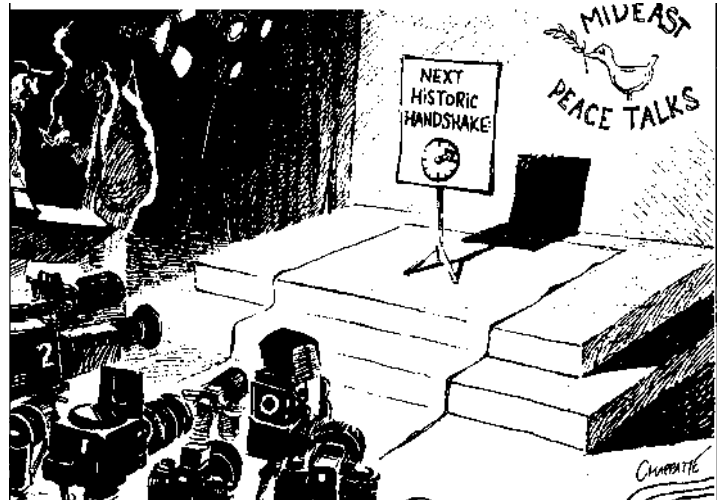
Diese Intifada hat auch ihre Vorboten gehabt: die Geschehnisse in Um al-Sahali im April 1998; diejenigen in

al-Roha im September 1998; jene in Lod im Juni 1999. Bei all diesen Vorkommnissen haben die Menschen gezeigt, dass sie dazu bereit waren, sich mit der Polizei auseinanderzusetzen, um ihre Häuser und das bisschen, was von ihrem Land verbleibt, zu verteidigen.

Ehud Barak, der seine Position den arabischen Wählern verdankt, zog es vor, eine Rechtskoalition mit der National Religious Party (Mafdal [Nationale Religiöse Partei]) und Shas einzugehen. Barak ist araberblind. (Während er sie für die jüngsten Unruhen ausschimpfte, erinnerte er sie daran, dass sie in »einer vorbildlichen Demokratie« leben.) Der arabische Hass ihm gegenüber kommt langsam an die Oberfläche, wenngleich auch die Demonstranten erst noch lernen müssen, ihren Groll politisch auszudrücken.

Ein Abgrund hat sich zwischen der arabischen Bevölkerung und dem israelischen Establishment aufgetan. Die Polizei hat scharfe Munition gegen die Demonstranten eingesetzt, wodurch sie bis jetzt wenigstens elf getötet hat – eine noch nie dagewesene Anzahl an Toten. (Der Tag des Landes [Land Day] im Jahre 1976 forderte sechs Tote.) Die Polizei schaffte es nicht, ein Pogrom zu verhindern, in dem Juden aus Nazareth Illit in das arabische Nazareth einfielen, zwei Menschen töteten und viele mehr verletzten. Im gesamten Land haben Juden das Gesetz in ihre eigenen Hände genommen, und dabei arabisches Eigentum zerstört und das Leben arabischer Menschen bedroht. (In praktisch jedem israelischen Haushalt gibt es Waffen.) Wir sollten nicht vergessen, dass diese Dinge nicht unter Benjamin Netanyahu geschehen, sondern unter Ehud Barak, der mit Hilfe arabischer Wählerstimmen an die Regierung kam.

Gleichzeitig hat sich auch ein Abgrund zwischen den arabischen Massen und der arabischen Führung aufgetan einschließlich der Angehörigen der Knesset, die ihre Dienste Barak anboten, wie sie dies auch gegenüber Rabin und Peres vor ihm taten. Diese Führung rekrutiert sich aus bourgeoisen und akademischen Kreisen in Israel, die – nach dem Zusammenbruch des weltweiten sozialistischen Lagers – des Stigmas Araber zu sein, überdrüssig wurden. Die Osloer Verträge eröffneten ihnen eine hervorragende Möglichkeit, eine Nische im israelischen Establishment zu finden, um so als »Brücken des Friedens« zwischen dem »jüdischen Staat« und der arabischen Welt zu fungieren. Selbst als die letztere die Normalisierung mit Israel zurückwies, haben diese Führer sie weiterhin propagiert (und sind dafür in den arabischen Hauptstädten sehr in Misskredit gefallen.) Man sollte sich von der scheinbar radikalen Rhetorik der Führer von Hadash, der islamischen Bewegung, oder Balad (der Partei Bisharas) nicht täuschen lassen. Tatsächlich greifen sie die Symbole des Zionismus an, wie beispielsweise die Flagge und die Nationalhymne, aber sie vermeiden sorgsamst Barak anzugreifen, in dessen Regierung sie auf der Stelle eintreten würden. Sie bevorzugen eine Schlagzeile oder einen Auftritt in einer Talkshow vor der alltäglichen Plackerei, die der Kampf um die Verbesserung der Lebensumstände der Araber in diesem Land bedeutet. Wie wollen die arabischen Führer ihre Unterstützung Baraks rechtfertigen, wenn sich erstmal der Staub nach den gegenwärtigen Unruhen gelegt haben wird, sofern es überhaupt soweit kommen sollte? Wie wollen sie ihre Politik des vergangenen Jahrzehnts rechtfertigen? Immer wieder haben sie behauptet, dass es möglich sei, mit dem Zionismus in Koexistenz zu leben. Während der Jahre Rabins haben die Führer Hadashs sogar verkündet: »Der Zio-



nismus hat sich verändert.« Nur eine linke Partei hat die Araber dazu aufgerufen, anstatt für Barak zu stimmen, die Wahlzettel nicht auszufüllen, und dies war die ODA.

Das politische Bündnis mit der Arbeiterpartei (Labor) darf nicht fortgesetzt werden. Wir bleiben bei dem, was wir immer gesagt haben: Die Araber in Israel brauchen eine Führung, die sie mit der ganzen arabischen Welt, einschließlich ihres eigenen Volkes in den besetzten Gebieten, zusammenführt. Sie brauchen eine Führung, die bestrebt ist, sich von dem amerikanischen Falken zu lösen, und sich stattdessen einem weltweiten antikapitalistischen Programm anschließt.

Diplomatische Kontakte

Das jüngste Treffen zwischen Arafat und Barak in Paris (5. Oktober), welches einen Waffenstillstand erzielen sollte, ist gescheitert. Die USA erklärten sich dazu bereit, die Gespräche unter Beteiligung des französischen Präsidenten Jacques Chirac und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Anan, die beide für ihre guten Kontakte zur arabischen Welt bekannt sind, zu führen. Dies war der Preis, den Washington zur Beschwichtigung der Araber zahlen musste, nachdem es zuvor seinen Mangel an Neutralität deutlich hatte werden lassen.

Arafats Ziel war es gewesen, eine vielfältig zusammengesetzte internationale Kommission zur Untersuchung der Ursachen der Gewalt einzuberufen und seine Verhandlungsposition zu verbessern. Barak und Albright waren jedoch nur gewillt, einer von den beiden Konfliktparteien und den USA durchzuführenden Untersuchung zuzustimmen. Sie übten massiven Druck aus, und erreichten, wie sie später ausdrückten, ein Abkommen – welches Arafat jedoch nicht unterzeichnete. Chirac lehnte den Vorschlag ab und beeinflusste Arafat, der seine mündliche Zustimmung zurückzog, und die Gespräche wurden abgebrochen. Barak kehrte ohne Übereinkunft zurück. Die ihm offenstehenden Möglichkeiten sind schwierig: Er kann mit Likud eine nationale Einheitsregierung bilden, um unter Einsatz von Stärke der Gewalt Herr zu werden – während er damit seine Macht gegenwärtig absichern würde, beendete er so den Friedensprozess. Oder er kann einen weiteren Versuch unternehmen, Arafat zur Ordnung zu rufen und ihn zur Unterzeichnung eines Abkommens zu drängen. Die Amerikaner drängen auf die zweite Alternative, aber es ist fraglich, ob Arafat es sich zu diesem Zeitpunkt erlauben kann, den israelischen Bedingungen nachzugeben. Die USA wollen keinen Krieg im

Wie der deutsche Außenminister Fischer die Mikrofone abschalten ließ...

Der Journalist ROBERT FISK berichtet vom europäischen Außenministertreffen in Marseille in der englischen Zeitung »Independent« vom 19. November 2000:

»Amerikas Politik in Nahost ist in Trümmer zerbrochen. Der Oslo »Friedensprozess« bricht auf in einen Bürgerkrieg zwischen Juden und Moslems. Beide, Palästinenser und Israelis, stimmen überein, dass der Konflikt sehr, sehr viel schlimmer wird. Nur die Europäer, so sagen die Araber, mögen in der Lage sein, das Blutvergießen zu stoppen. Aber in der letzten Woche verwarf Europa die Gelegenheit, den Frieden in Nahost zu retten.

Die europäischen Außenminister, die sich in Marseille trafen, weigerten sich nachdrücklich, die Israelis für die exzessive Gewaltanwendung zu verurteilen, sie bestanden darauf, dass sie weiterhin an die nun bankrotte Vereinbarung von Oslo glauben, und verkündeten – zur Freude Israels –, dass die ‚entscheidende Rolle‘ auf dem Weg zum Frieden in Nahost den USA verbleibt. An keinem Punkt fragte die EU, warum so viele der Toten – gut über 90 % – Palästinenser seien.

Und als ein deutscher Bürger, Harald Fischer, 68, von einer israelischen Rakete getötet wurde, akzeptierte der deutsche Außenminister Joschka Fischer unterwürfig Israels Konditionen und verkündete, dass die Israelis eine ‚gründliche Untersuchung‘ des Zwischenfalls begännen. Unbekümmert verneinte Israels Außenminister Shlomo Ben Ami später, dass irgendeine hochrangige Untersuchung stattfinde. Als ein französisch sprechender Reporter das Mikrofon ausstreckte, um Fischers Worte einzufangen, drückte ein offizieller Begleiter das Aufnahmegerät aus. Dies war nur für deutsche Ohren bestimmt, wurde ihm bedeutet «.

Nahen Osten. Von heute an versuchen sie in Sharm al-Sheik, einen Gipfel zustande zu bringen, an dem Bill Clinton, Hosni Mubarak und Kofi Anan teilnehmen sollen. Es ist schwer vorauszusagen, ob dieser Anlauf gelingen wird. Clinton, Barak und die arabischen Staaten, die den Osloer Prozess unterstützen, sind extrem darauf bedacht, keinen Krieg im Nahen Osten ausbrechen zu lassen. Sie werden alles unternehmen, um Ruhe hereinzubringen. Einen totalen Ausbruch würden sie auf der politischen Ebene alle teuer zu bezahlen haben. Aus den jüngsten Vorgängen können wir verschiedene Schlussfolgerungen ziehen:

❶ Die USA verlieren die Kontrolle in diesem Gebiet. Die Regierung Clintons basiert ihre Strategie auf zwei Achsen: a) Krieg mit dem Irak, der eine implizite Drohung gegen die anderen ölproduzierenden Länder verdeckt; und b) die Osloer Verträge, die eine totale Unterstützung der israelischen Position einschließen. Dieses sollte am Ende als regionale ökonomische Macht hervorgehen.

Beide Achsen sind entzwei gebrochen. Trotz der langen Blockade hat der Irak es geschafft durchzuhalten. Zweitens scheinen die Osloer Verträge erledigt zu sein. Der jüngste Ausdruck von Washingtons Schwäche war dessen Unfähigkeit, sein Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu nutzen (es enthielt sich), als dieser Israel angesichts der Vorgänge an der al-Aksa verurteilte.

❷ Die arabische Welt kann nicht länger wie in der Vergangenheit geführt werden. Ihre Massen werden weder ihre eigenen Diktatoren noch die Auflagen der Weltbank tolerieren. Die riesigen Demonstrationen gegen die USA und Israel in der ganzen Welt sind eine Warnung an die Adresse solcher diktatorischer Regime wie Ägypten, Jordanien und Syrien. Alle bewegen sich auf dünnem Eis. Oder, um ein anderes Klischee zu wählen, sie befinden sich in der Klemme zwischen dem amerikanischen Hammer und dem Amboss der eigenen verarmten Bevölkerung.

❸ Das israelische politische System, welches den Osloer Prozess führte, ist in eine Sackgasse geraten. Barak verfügt über keine Koalition von »Tauben«, welche Konzessionen – selbst partiellen, symbolischen – auf den Golanhöhen oder in Jerusalem zustimmen könnte. Die israelische Gesellschaft ist einem religiösen und nationalistischen Fanatismus verhaftet, der starke Züge eines Faschismus trägt. Im Ergebnis kann dies sehr wohl zu einer Verschanzung in militanten rechten Positionen führen.

❹ Die arabische Bevölkerung Israels wird ihre Forderungen neu definieren müssen. Sie wird einen militanten, unabhängigen Kampf eröffnen müssen, um die israelische Regierung zur Aufgabe des Beschneidung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten, ihrer Quellen des Lebensunterhaltes und ihrer Möglichkeiten auf angemessenen Wohnraum, zu zwingen. Die Araber können diesen Kampf nicht als Teil der Arbeiterpartei (Labor) führen, sondern nur als militante Opposition. Die gegenwärtige Aufgabe besteht nicht darin, in der Knesset Lobbyarbeit zu machen, sondern die Menschen für den Kampf zu mobilisieren. Die Menschen auf der Straße müssen einen Einfluss auf die Entscheidungen ihrer Führer bekommen. Es gibt keinen Grund, warum mehr als eine Million Bürger ihre Volks- und Wählermacht nicht einsetzen sollten, um ihre Interessen zu verteidigen.

❺ Vor neun Jahren haben die USA und Israel die Alternative eines unabhängigen palästinensischen Staates in den besetzten Gebieten abgelehnt und stattdessen die Strategie bevorzugt, die heute unter den Bezeichnungen »Madrid« und »Oslo« bekannt ist. Indem sie diesen Weg einschlugen, haben sie den Weg einer Kompromisslösung zurückgewiesen. So wie Washington sich dazu anschickte die Hegemonie über die Welt zu erlangen, so sollte Israel sie über den Nahen Osten erhalten. Die in Oslo festgehaltenen Prinzipien sind Ausdruck eines totalen israelischen Sieges. Gleichzeitig haben sie jedoch den Konflikt zwischen den Palästinensern und Israelis in einen Existenzkampf verwandelt, der unvermeidlich unter der Oberfläche weitergeht, wenn er nicht in Gewaltausbrüchen hervorbringt. Die Architekten von Oslo haben bewiesen, dass es keine Versöhnung zwischen der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung und dem Zionismus geben kann, gerade so, wie es in Südafrika keine Versöhnung mit der Apartheid geben konnte. Es war die Apartheid, die verändert werden musste – und nicht die Forderungen der Schwarzen nach Gleichheit.

Die Osloer Verträge haben die Illusion genährt, dass ein zionistisches Israel mit veränderten Grenzen mit der arabischen Welt, die von pro-US-Regimes angeführt wird, koexistieren könne. Jetzt sind diese Verträge in eine Sackgasse geraten. Alle daran Beteiligten – die sich erhofften auf dem Rücken der Massen davon zu profitieren – sehen heute, dass ihr Futtertrog zerbrochen ist. Übersetzung vom 20.10.2000 ■

Die Bedeutung der israelischen Siedlungen für die Okkupation Palästinas

Zur Zeit erleben viele Palästinenser wieder einmal hautnah, wie schnell und weitgehend ihr soziales und wirtschaftliches Leben durch eine umfassende israelische Abriegelung erstickt werden kann. Als Ende Oktober die israelische Armee erklärte, sie werde endlich in die Offensive gehen, das heißt nicht nur auf Steinewerfer »reagieren«, bedeutete das nicht nur die Fortsetzung des Einsatzes von Hecken-schützen und Kampfhubschraubern. Nunmehr wurden zusätzlich um viele palästinensische Ortschaften mit Bulldozern Dämme aufgeschoben.

Damit nicht genug: In der palästinensischen Gemeinde Hares – um nur ein Beispiel herauszugreifen – müssen seit her die dort wohnenden rund 3000 Palästinenser auch weitgehend ohne Wasser leben, denn die israelische Armee hat nicht allein die Verbindungsstraße zum Nachbarort durch Betonklötze gesperrt, sondern auch die Wasserleitung gekappt. Zudem liegt der Ort zwischen den israelischen Siedlungen Ariel und Revava (letztere gilt als illegal errichtet und von religiösen Eiferern bewohnt), so dass sie zusätzlich von diesen Siedlern kontrolliert werden. Andernorts bedurfte es nicht einmal der »neuen Initiative«, um die Wohngebiete der Palästinenser zu Geisterstädten zu machen. Nablus, Bethlehem, Jenin und Ramallah zum Beispiel waren vorher schon abgeriegelt worden.

Über die Altstadt von Hebron wurde bereits am 1. Oktober eine totale Ausgangssperre verhängt. Während sich die 200 bis 500 israelischen Siedler dort frei bewegen können, sind rund 40.000 Palästinenser den israelischen Soldaten auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Die Siedler demolieren zum Beispiel palästinensische Autos oder Häuser, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden. Palästinensische Mütter dagegen haben Schwierigkeiten, wenn sie außerhalb der dafür vorgesehenen Zeit (in den ersten 23 Tagen fünfmal für wenige Stunden, später täglich fünf Stunden) Nahrungsmittel für ihre Kinder besorgen müssen. Eine schwangere Frau, die in Panik gestolpert war, als ein israelischer Hub-schrauber in niedriger Höhe über ihr Haus flog, verlor ihr Baby, weil die herbeigerufene Ambulanz nur über Umwege zu ihr gelangte und auf der Rückfahrt zum Krankenhaus an mehreren Checkpoints gestoppt wurde. Eine Fahrt, die üblicherweise fünf Minuten dauert, erstreckte sich so auf anderthalb Stunden.

Wirtschaftliche Schäden

Die völlige Abriegelung der Palästinensergebiete durch israelisches Militär hat tiefgreifende wirtschaftliche Auswirkungen. Palästinensische Arbeiter gelangen nicht zu ihren Arbeitsplätzen in Israel, womit ihnen täglich Löhne in einer Gesamthöhe von rund 3,5 Mio. Dollar entgehen. Auch in den einzelnen Palästinensergemeinden können wegen deren Abschottung voneinander viele palästinensische Beschäftigte ihre dortigen Arbeitsplätze nicht erreichen. Die Absper-rung verhindert zugleich, dass palästinensische Waren nach Israel exportiert bzw. von dort verschifft werden können, und umgekehrt werden palästinensische Importe in Israel aufgehalten. Die Palästinenser-Administration schätzt die entsprechenden Verluste auf insgesamt rund elf Mio. Dollar

pro Tag. Die UN veranschlagten nach fünf Wochen al-Aksa-Intifada einen Gesamtverlust von rund 400 Mio. Dollar.

Soweit handelt es sich um Schäden, die die israelische Armee verursacht. Aber auch die Aktivitäten ihrer Hilfstrup-pen, der Siedler, haben weitreichende Konsequenzen. Wie sehr die Siedler-Aktivitäten die palästinensische Wirtschaft ins Mark treffen, wird beispielhaft an den Olivenbauern deutlich. Landwirtschaftliche Produkte machen 14 Prozent des Exportes der besetzten Gebiete aus. Innerhalb der ersten zwei Wochen dieser Auseinandersetzungen waren 70 Hektar der Citrus- und Olivenhaine einschließlich der Wasser-quellen und der Vorrats-Bassins zerstört worden. Gelegentlich plündern israelische Siedler die gerade eingebrachte Oliven-ernte direkt unter den Augen der Armee. Die Solda-ten, so heißt es, seien zum Schutz der Siedler dort, zu nichts sonst. Das Militär allerdings scheint auch kein Kostverächter zu sein und konfisziert mitunter die Ernte palästinensischer Olivenbauern an seinen Checkpoints.

Noch mehr Sorge machen den Bauern jedoch die häufig vorkommenden gewalttätigen Überfälle. Sie werden immer wieder bei der Ernte »gestört«, weil Siedler auf sie schießen. Die Olivenbauern von Hares berichten, seit Ende Oktober werde täglich auf sie geschossen. In der Nähe von Nablus wurden am 30. Oktober ein Olivenbauer der palästinensi-schen Gemeinde Ain Abus, am 1. November zwei Palästinenser des Dorfes Urif durch Schüsse schwer verletzt. Zwei Wochen zuvor war dort bereits ein Palästinenser getötet worden, für dessen Tod selbst israelische Sicherheitskräfte zwei Siedler verdächtigten; das Untersuchungsgericht ließ sie gleichwohl wieder frei. In dieser Gegend liegen auch die Moschee von Hawara, welche von Siedlern in Brand gesteckt wurde, und die palästinensische Ortschaft Beit Furik, die von zwei Siedlern aus Itamar unter Beschuss genommen wurde. Ein Bewohner von Beit Furik wurde Mitte Oktober getötet. Allein in der ersten Oktoberwoche überfielen Siedler um Nablus herum sieben Palästinenser-Gemeinden.

Selbst israelische Armeeeoffiziere kommen nicht umhin, auf die täglichen Konfrontationen zwischen Siedlern und Palästinensern in dieser Gegend hinzuweisen. Zielscheibe der alltäglichen Angriffe sind insbesondere die Olivenbau-ern, deren Felder von den Umgehungsstraßen der Siedlun-gen zerschnitten werden. Zwangsläufig kommen sie bei ihrer Arbeit in deren Nähe. Die Siedler, die dort Wache schieben, behaupten dann, sie fühlten sich angegriffen, und nehmen die palästinensischen Bauern so heftig unter Beschuss, dass sie fliehen müssen. Die israelische Armee erklärt hierzu, sie könne nichts machen – zumindest nichts zum Schutz der palästinensischen Bauern. Gegen alles, was nach Intifada aussieht, geht es natürlich doch: So walzte sie zum Beispiel einen ganzen Olivenhain in der Nähe von Hares nieder, weil sich hinter den Bäumen Steinewerfer verstecken könnten. Die israelischen »Verteidigungstreitkräfte« setzen damit nur fort, was sie in den letzten sieben Jahren des Oslo-Prozesses bereits praktiziert haben: So wurden zum Beispiel aus ange-blichen Sicherheitserwägungen rund 85.000 Olivenbäume gefällt.

Kampf um die Wasserversorgung

Die palästinensische Landwirtschaft hat aber nicht allein unter den aktuellen Angriffen der Siedler und der Armee zu leiden, sondern auch dauerhaft mit dem Problem der Wasserknappheit zu kämpfen. Dies liegt nicht allein an den klimatischen Bedingungen der Region, sondern ist unmittelbar mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt verknüpft. Für Israel ist das Wasser der Palästinensergebiete so wichtig, dass es darauf nur schwerlich verzichten kann. Neben den Sicherheitserwägungen ist die Wasserversorgung ein zentraler Grund dafür, dass Israel nicht bereit ist, sich vollständig aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Im gesamten Nahen Osten ist eine Lösung des Wasserproblems prinzipiell schwierig, weil der Wasserbedarf von Jahr zu Jahr zunimmt (dank moderner Ökonomie und wachsender Bevölkerungszahl), der Nachschub aber immer geringer ausfällt (Versandung der Region und Versalzung des Grundwassers infolge von Überausbeutung). So erklärte kurz nach Unterzeichnung der Oslo-Papiere der damalige israelische Ministerpräsident Rabin: *»Selbst wenn wir alle Konflikte im Nahen Osten in Zukunft beilegen: Falls wir das Wasserproblem nicht lösen, wird die gesamte Region explodieren«.*

Den Israelis spielen dabei die meteorologischen und topographischen Bedingungen in die Hände. Die vom Mittelmeer herangetriebenen Wolken regnen zumeist über dem Hügelland des Westjordan-Gebietes ab. Das Nass versickert dann im Boden und fließt unterirdisch in Richtung auf die Küste zurück – also auf israelisches Gebiet oder zum Gaza-Streifen. Auf Basis dieser natürlichen Vorteile hat Israel nach dem Krieg von 1967 zudem eine für sich vorteilhafte Wasserregelung auf Kosten Palästinas durchgedrückt. Sie verhindert zum Beispiel, dass die Palästinenser auf der Westbank tiefere Brunnen graben, um an das dort versickernde Wasser heranzukommen, bevor es nach Israel abfließt.

Nur ein Bruchteil des Wassers in den palästinensischen Gebieten kann auch dort genutzt werden. Weil die Israelis Quoten festlegen, wieviel Wasser die Palästinenser verbrauchen dürfen, haben die israelischen Siedlungen reichlich davon, während die palästinensischen Gemeinden es rationieren müssen. Einem Israeli stehen im statistischen Durchschnitt rund 282 Liter täglich zur Verfügung; einem Palästinenser 50 bis 70 Liter. Palästinenser müssen für einen Kubikmeter Wasser rund neun DM bezahlen, Israelis etwa 90 Pfennig. In heißen Sommern wie dem letzten wird bei ihnen gespart, bei den Israelis nicht. Den Palästinensern bleiben oft nur Rinnsale, die so spärlich fließen, dass es eine gute Stunde dauert, um einen Eimer zu füllen. Immer noch gibt es etwa 150 Palästinenserdörfer, die nicht an das überörtliche Wasserversorgungssystem angeschlossen sind.

Zehn Prozent des Wassers des Westjordanlandes steht den Palästinensern zur Verfügung, der Rest geht nach Israel. Insgesamt wird der israelische Wasserbrauch gut zur Hälfte aus Quellen gespeist, die außerhalb des eigentlichen Staatsgebietes liegen. Zu den Palästinensergebieten kommen noch die besetzten Golanhöhen hinzu. Allein ein Drittel des israelischen Wasserbedarfs wird durch die dortigen Wasser-Ressourcen bzw. den davon abhängigen See Genezareth gespeist. Charakteristisch ist zudem der Raubbau: Im Gaza-Streifen wird den Quellen rund doppelt soviel Wasser entzogen, als im Interesse ihrer dauerhaften Erhaltung angebracht wäre. Diese Überausbeutung fällt nicht in die Verantwortung der Palästinenser-Administration, denn allein zuständig für die

Eine Agenturmeldung vom 12.9.2000

Jerusalem (dpa) – Die jüdischen Siedler in den Palästinenser-Gebieten haben damit begonnen, sich zu bewaffnen, um damit für den Fall eines Konflikts mit den Palästinensern gewappnet zu sein. Wie die Tageszeitung »Jerusalem Post« am Dienstag berichtete, haben die Siedler in den vergangenen Wochen mehrere Millionen US-Dollar aus Auslandsspenden in modernste Ausrüstung investiert, darunter Waffen, Kampfausrüstungen, Nachtsicht-Geräte und Fahrzeuge.

Sie wollten damit für den Fall gerüstet sein, dass der Friedensprozess mit den Palästinensern scheitert und in den Palästinenser-Gebieten Gewalt ausbricht, heißt es. In den besetzten Gebieten leben zur Zeit schätzungsweise 175.000 israelische Siedler.

Nach Angaben der Sprecherin des jüdischen Siedlungsrats, Jehudit Tadschar, sind die Waffen- und Ausrüstungskäufe voll mit der israelischen Armee abgestimmt. Diese hat in den vergangenen Monaten immer wieder gewarnt, dass es bei einem Scheitern des Friedensprozesses zu einer Explosion der Gewalt und bewaffneten Angriffen auf jüdische Siedlungen kommen könnte. *»Eines der Szenarien der Armee geht davon aus, dass palästinensischer Mob uns angreift«*, meinte Tajar.

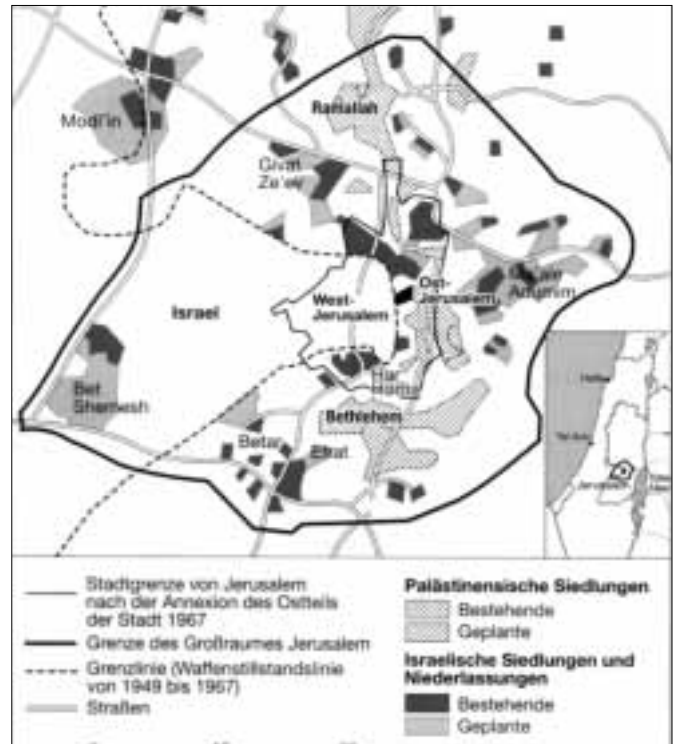
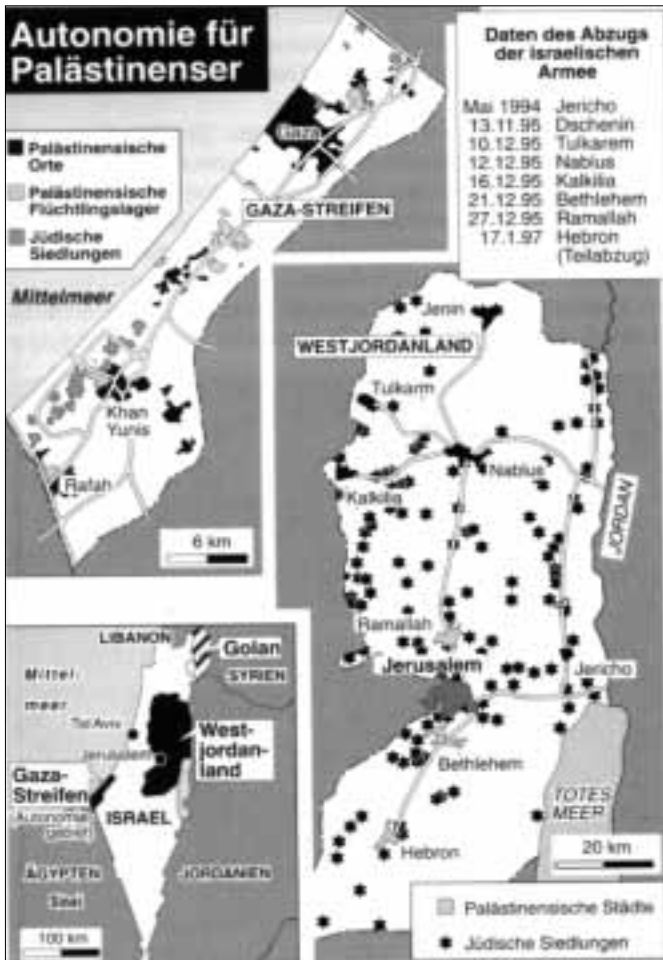
Die rechtsgerichtete Gruppe »Opfer des arabischen Terrorismus« hat inzwischen an jüdische Jugendliche in den USA appelliert, nach Israel einzuwandern, um die Siedlungen im Fall eines Konflikts zu verteidigen. Die jungen Leute würden in den USA und in Israel *»legal«* im Gebrauch von Waffen ausgebildet, meinte Siedler-Sprecherin Tadschar. ■

gesamte Wasser-Infrastruktur im Gaza-Streifen ist das israelische Versorgungsunternehmen Mekorot.

Im Oslo-Prozess haben sich die Israelis zwar prinzipiell zu Kompromissen bereit erklärt – zu einer grundlegenden Veränderung in der Wasserverteilung aber niemals. Ein Beispiel dafür ist etwa die zur Zeit immer wieder umkämpfte israelische Siedlung Netzarim im Gaza-Streifen, die bewusst über einem der dortigen Aquifere (unterirdische Wasserreservoirs) errichtet wurde.

Allein durch die Siedlungen wird Palästina bereits in Homelands gespalten

Trotz solcher strukturellen Ungerechtigkeiten ließen sich die Palästinenser auf den Oslo-Prozess ein. Indem die Mehrheit der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten dies akzeptierte, hatte sie bereits eine enorme politische Vorleistung erbracht. Sie erkannte an, dass ein zukünftiges Palästina nicht mehr ihre gesamte, ursprüngliche Heimat umfasst, sondern nur noch einen kleineren Teil (rund 20 Prozent), der zudem in zwei getrennte Gebiete zerfällt. Von vornherein war außerdem klar, dass Israel einer endgültigen Regelung nur zustimmen würde, wenn für das israelische Kernland ein relativ größerer Anteil am Wasser gesichert wäre. All diese palästinensischen Vorleistungen wurden von den Israelis jedoch nicht honoriert. Bekanntlich ähnelt heute insbesondere die Westbank einem Leopardenfell: Herrschaftsgebiete der Palästinenser-Administration wechseln mit denen der Israelis ab. Hätte Arafat das israelische Angebot von Camp David akzeptiert, dann wären zwar rund 90 Prozent



der besetzten Gebiete unter seine Verwaltung gekommen, aber faktisch wäre er nur Chef eines Homelands geworden. Warum das so ist, zeigt ein Blick auf die Siedlungen. Für die Siedlungspolitik gibt es traditionell drei Gründe: Zum einen ging und geht es vielen Siedlern darum, das »gelobte Land« für das »auserwählte Volk« zurückzuerobern und zu sichern. Zum anderen hatten die verschiedenen israelischen Regierungen immer im Sinn, unumkehrbare Fakten zu schaffen. Und schließlich bilden die Siedlungen einen Verteidigungsgürtel an den Flanken im Norden, vor allem aber im Osten Israels.

Anzahl der Siedler seit »Oslo« verdoppelt

Zwar ist nur ein kleiner Teil dieser Niederlassungen als Wehrsiedlungen radikaler Groß-Israel-Anhänger anzusehen, und seit Beginn des Oslo-Prozesses sind nur wenige wirkliche Neugründungen hinzugekommen. Über ihre aggressive Funktion und Stoßrichtung kann dies jedoch nicht hinwegtäuschen. Die bestehenden Zentren wucherten dermaßen aus, dass von ihnen heute eine stärkere Wirkung als noch vor ein paar Jahren ausgeht. Kurzzeitige Vorposten wurden unter Duldung der Regierung so umgewandelt und ausgebaut, dass sie eben doch zu faktisch eigenständigen Siedlungen wurden. Illegal errichtete Kolonien, die sich -wie die in Revavan bestehende Zentren anlehnten, wurden am Ende als deren Ausweitung ausgegeben und anerkannt.

Die Zahl ihrer Bewohner hat sich im Rahmen des Oslo-Prozesses ungefähr verdoppelt. In den letzten sieben Jahren soll sie auf der Westbank von rund 100.000 auf etwa 202.000 gestiegen sein (zu Beginn der ersten Intifada 1987 waren es

zirka 73.000). Zu den Siedlern auf der Westbank kommen noch einmal rund 6500 in 16 Siedlungen im Gaza-Streifen hinzu. Unter dem Sozialdemokraten Barak wurden mehr neue Wohnungen gebaut als unter seinem konservativen Vorgänger Netanjahu. Während dieser auf Druck der USA zum Beispiel den Bau der Siedlung Har Homa in Ost-Jerusalem weitgehend einstellen ließ, wurde unter Barak fleißig weitergebaut. Da ist es nur konsequent, wenn dessen Regierung auf die aktuellen Spannungen nicht mit Zurückhaltung beim Siedlungsbau reagiert, sondern offensiv wird: Sie beschloss jetzt, in der größten Stadt auf den Golanhöhen, Katzrin, weitere 1500 neue Wohneinheiten zu errichten.

Die wachsende Zahl der Siedler als solche ist freilich nur ein Konfliktpunkt unter anderen. Das fundamentalreligiöse politische Auftreten einiger Siedler ist ein weiterer. Deren Traum von Groß-Israel muss sie zwangsläufig mit Palästinensern, die ihren eigenen Staat fordern, aneinander geraten lassen. Durch den Oslo-Prozess sehen sie ihre Perspektive ruiniert, so dass sie auch im Konflikt mit der sozialdemokratisch geführten israelischen Regierung stehen. Die Arbeitspartei stellt jedoch nur die maximalistische Zielvorstellung dieser Siedler in Frage und ist bereit, etwas »Land für den Frieden« aufzugeben. Sie hat keineswegs vor, alle Siedlungen aufzulösen, obwohl deren Bau in besetzten Gebieten gegen das Völkerrecht verstößt.

Für die Verteidigung dieses Standpunkts gibt es selbst aus Sicht von vergleichsweise moderaten Israelis mittlerweile handfeste Gründe. In der Praxis macht es kaum einen Unterschied, ob die Siedlungen von radikalen Überzeugungstätern wie in Hebron bewohnt sind oder von solchen, die – wie im Großraum Ost-Jerusalem – einfach billige Wohnungen suchten. Letztlich sind auch diese Siedler nicht ohne weiteres bereit, sich nach Israel zurückzuziehen, denn das hätte zumindest wirtschaftliche Einbußen zur Konsequenz. Typisch hierfür ist eine kleine Bauernsiedlung namens Qarantal im Jordantal in der Nähe von Jericho, welche seit Anfang der achtziger Jahre dort existiert. Die Siedler gebär-

den sich nicht als religiöse Eiferer, sondern bauen dort schlicht Bananen und Datteln an. Weil sie damit gute Geschäfte machen, wollen sie nicht einsehen, dass sie «»ihr« Land zugunsten eines Palästinenserstaates aufgeben müssten, und fordern deshalb von der israelischen Armee Unterstützung. Im speziellen Falle dieser Siedlung hat die Armee zwar entschieden, dass sie angesichts der sich zuspitzenden al-Aksa-Intifada nicht zu halten ist, aber für viele andere gilt das eben nicht – insbesondere für die große Masse, welche einen Gürtel rund um Ost-Jerusalem bildet.

Alle Regierungen, egal welcher Koalitionszusammensetzung, waren sich darin einig, den größten Teil der Siedlungen zu erhalten. Und das, obwohl unter der israelischen Bevölkerung zumindest vor Beginn der al-Aksa-Intifada die Distanz gegenüber den Siedlern nicht gering war. Der wichtigste Grund, weshalb Israel einen Konflikt riskiert, ist jedoch nicht auf die privaten Interessen der Siedler beschränkt. Selbst wenn die Vorschläge von Camp David in die Tat umgesetzt worden wären, wären nur etwas mehr als 20 Siedlungen mit 40.000 Bewohnern unter palästinensische Verwaltung gekommen. Weil den Betroffenen eine Kompensation angeboten werden sollte, wäre eine Auflösung dieser Komplexe zwar nicht leicht gefallen, aber immerhin wären 120 der 145 Siedlungen erhalten geblieben. Wenn die Regierung dennoch auf den Siedlungen beharrte, dann liegt der zentrale Grund in der militärischen Funktion im Rahmen der Okkupation Palästinas durch Israel. Faktisch sind sie zu einem Knebelungsinstrument gegenüber den Palästinensern geworden.

Die Siedlungen sind Forts in Feindesland

Mit dem Argument der Vorbeugung gegen Überfälle wurden die Siedlungen militärisch so abgesichert, dass sie wie Burgen oder Forts in Feindesland wirken. Zentrale Siedlungsteile wurden bewusst auf Hügeln errichtet, so dass man von dort das Umland kontrollieren kann. Alle Siedlungen sind mit einer autarken Wasser- und Elektrizitätsversorgung ausgestattet. Darüber hinaus gibt es »Sicherheitsstraßen«, die nur für die Siedler und die israelische Armee bestimmt sind. Allein israelische Fahrzeuge haben die Berechtigung, auf ihnen zu fahren; Palästinenser dürfen sich da nicht blicken lassen. Regelmäßig fährt die israelische Armee dort Patrouille. Es wurden Bewegungsmelder installiert, welche es der Einsatzzentrale ermöglichen, jederzeit ein genaues Lagebild zu erstellen, wie viele Fahrzeuge sich wo auf der Straße befinden. Ihre Absicherung erfordert außerdem rechts und links einen Quarantänestreifen, in denen Spezialhunde im Einsatz sind. Darüber hinaus wurden elektronische Spürgeräte installiert, um eventuell versteckte Bomben ausfindig zu machen.

Da so ziemlich alle palästinensischen Ortschaften von irgendwelchen Siedlungen und deren Zufahrtsstraßen umge-

ben sind, kann die israelische Verwaltung darüber deren Zugang bestimmen. Im Augenblick hat Israel eben mal wieder die schon angesprochenen verschärften Sicherheitsbestimmungen über die besetzten Gebiete verhängt, was zur Folge hat, dass die Palästinenserverwaltung zwar weiterhin über jede einzelne ihrer Ortschaften der Zone A «»regieren« kann, aber ohne israelische Genehmigung kein Mensch von einer Gemeinde zur nächsten gelangen kann. Während der Gaza-Streifen sich mit Ausnahme der Siedlungen, die allerdings zwischen einem Viertel und vielleicht einem Drittel des dortigen Territoriums ausmachen, in palästinensischer Hand befindet, ist die Verwaltung auf der Westbank bekanntlich in drei verschiedene Zonen eingeteilt. Über die Zone A bestimmen allein die Palästinenser. Zu dieser Zone, welche alle palästinensischen Städte und die meisten größeren Ortschaften umfasst, gehören zwar nur 17,2 Prozent des Gebietes, aber die überwiegende Mehrzahl aller Palästinenser lebt dort. Für die Zone B gibt es eine Gewaltenteilung: Die Palästinenser sind für die Verwaltung zuständig; die israelische Armee überwacht alle Sicherheitsfaktoren. Die Zone B macht 23,6 Prozent des Territoriums aus. Weiterhin vollständig von den Israelis kontrolliert wird die Zone C. Hierauf entfallen immer noch 59 Prozent der Westbank

Im ursprünglichen Oslo-Vertrag hatte es diese Zonen-Aufteilung nicht gegeben. Sie war späteres Ergebnis israelischer Hinhaltetaktik. Trotz aller Verzögerungen hatte es lange Zeit den Anschein, als ob im Endeffekt alles darauf hinausliefe, den Sinn des Oslo-Prozesses (Land gegen Frieden) zu erfüllen, so dass es am Ende keine Zonen B und C mehr hätte geben dürfen. Oberflächlich betrachtet, schienen die Ergebnisse von Camp David tatsächlich ein Schritt in diese Richtung zu sein. Wären jedoch die israelischen Vorschläge von Camp David umgesetzt worden, so wäre das unter israelischer Militärbesetzung stehende Gebiet zwar auf rund zehn Prozent geschrumpft, aber in der Praxis der Kontrolleffekt fast der gleiche geblieben. Durch die Fortexistenz der Siedlungen hätte Israel sich drei Einflusszonen vorbehalten: Westsamaria, Jerusalem praktisch bis zur jordanischen Grenze und die Gegend um Bethlehem. Faktisch wäre die Westbank in drei Homelands gespalten gewesen. Beim kleineren Gaza-Streifen reicht die vergleichsweise kleine Netzarim-Siedlung, um alle Hauptverkehrsadern so zu blockieren, dass jene Region ebenfalls in drei völlig getrennte Areale zerfällt.

Die Selbstverwaltung innerhalb der Palästinensergebiete hätte am Ghetto-Charakter also nur wenig geändert. Da keines der politischen Lager Israels bereit ist, ernstlich über die Vorschläge von Camp David hinauszugehen, welche die Okkupation Palästinas zementierten, ist es allein deshalb leicht verständlich, wenn die Palästinenser dagegen rebellieren.

28.11.2000 ■

Das Schlimmste kommt erst noch

Die Konfrontation zwischen Israel und Palästinensern könnte einen Flächenbrand auslösen – von Marokko bis Jemen / VON MICHAEL LÜDERS

Es ist eine „ganz letzte palästinensische Bitte geblieben, um Personen Verwandter und Mütter nach der anderen in „verborgenen“...“ (Die Wochenzeitung „Die Welt“ Nr. 4, 6. DEZEMBER 2000)

Sprache der Gewalt. Sie können von den Palästinensern bis ins 22. Jahrhundert zurückverfolgt, wenn ihnen die Gewalt nicht außer Kontrolle geraten. Diese Gewalt wird weiter eskalieren, solange die Israelis mit deren arabischen Feinden nicht beenden, dass sie ihre Vorstellung von „Frieden“ des ARBEITERPOLITIK Nr. 4, 6. DEZEMBER 2000

stärker Prozess laufen gilt. Dass die Forderung in Saudi-Arabien besser lasse über den Einsatz des Chasid... (Die arabischen Zeitung Al-Khaleel (Der Gott) schreibt: „Kann von Araber führt sich...“)



Die endlose Schlammschlacht um die »neue Mitte«

Josef W. Stalin soll einmal gesagt haben:
 »Wer einen Stimmzettel abgibt,
 entscheidet nichts. Wer die Stimmzettel
 zählt, entscheidet alles«.

Dieser Satz, für dessen Echtheit wir uns nicht verbürgen können, wurde im Laufe der Auseinandersetzung um die Stimmenaushaltung bei der Präsidentschaftswahl mehr als einmal in den US-Medien zitiert. Auf die heutigen Verhältnisse in den USA bezogen, drückt er aus, was für die Mehrheit der Bevölkerung bereits seit geraumer Zeit feststeht: Dass Politik ein schmutziges Geschäft ist, in dem letzten Endes nur die Mächtigen, die Besitzer des großen Geldes und die großen und kleinen Parteibürokraten den Ton angeben.

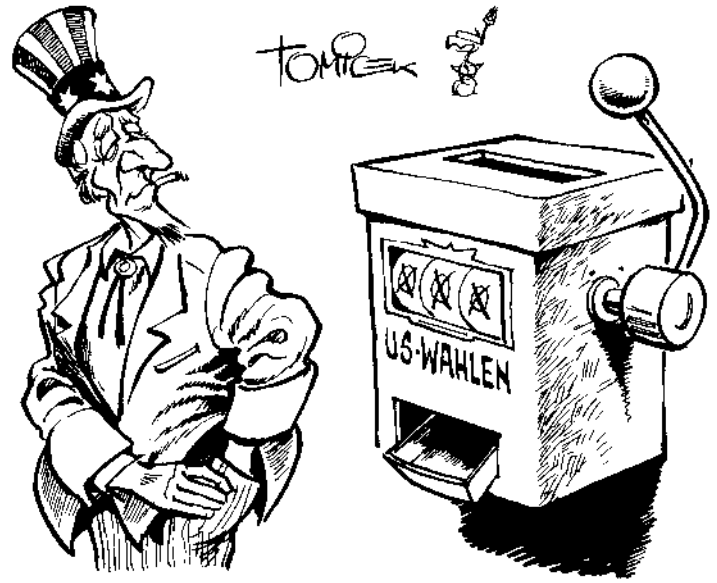
Dies ist weder in den USA noch in den parlamentarischen Demokratien anderer kapitalistischer Industrieländer eine sonderlich neue Erfahrung. In den USA gab es eine ähnliche Situation schon einmal – nämlich im Jahre 1960, als John F. Kennedy den damaligen Präsidentschaftsbewerber der Republikaner, Richard M. Nixon, mit einer hauchdünnen landesweiten Mehrheit von 115.000 Stimmen schlug.

Zünglein an der Waage war damals die Stadt Chicago. Deren demokratischer Oberbürgermeister – der für seine korrupten Praktiken bekannte Richard »Boss« Daley – hatte seine »Parteimaschine« so gut organisiert, dass sie auch in einer für Kennedy schon fast aussichtslosen Situation noch die benötigten Stimmzettel beibrachte. Wie viele auf den Friedhöfen Chicagos schlummernde Anhänger der Demokraten damals als Wähler registriert waren und begeistert für Kennedy stimmten, ist bis heute ein Geheimnis geblieben.

Die Situation nach den Präsidentschaftswahlen 2000 unterscheidet sich in drei wesentlichen Punkten: Erstens in der übermächtigen Rolle der elektronischen Medien bei der Inszenierung des Spektakels. Zweitens hinsichtlich der enormen Geldsummen, die die Kandidaten für die Beeinflussung dieser Maschinerie aufbringen. Drittens in Ausmaß und Dauer des mit Hilfe von Anwälten, Gerichten und allerlei dubiosen Provinzpolitikern ausgetragenen Gerangels um die Stimmenaushaltung.

Im Jahre 1960 herrschten andere Verhältnisse. Zu einer der heutigen vergleichbaren Schlammschlacht um Zweifel erweckende Stimmzettel, schadhafte Wahlmaschinen und verschwundene Urnen kam es nicht. Der damalige amtierende Präsident Eisenhower machte nämlich klar, dass er seinen republikanischen Nachfolgekandidaten bei so etwas nicht unterstützen würde. Nixon selbst – später als Präsident bekanntlich nur selten von Gewissensbissen geplagt – schrieb in seinen Memoiren, dass er das Land niemals einer Situation hätte aussetzen können, in der die Autorität des Präsidentenamtes über Monate in Frage gestanden hätte.

Angesichts der damaligen welt- und innenpolitischen Lage hätten sich die USA die öffentliche Zurschaustellung der unschönen Seiten ihres bürgerlich-parlamentarischen Politikbetriebes kaum leisten können. Weltpolitisch bewegte sich zu dieser Zeit bekanntlich die Konfrontation mit dem sozialistischen Staatenlager ihrem Höhepunkt zu. Im Innern hatte die schwarze Bürgerrechtsbewegung gegen das damals noch herrschende System faktischer Apartheid in den US-Südstaaten erste einschneidende Veränderungen im politischen Rahmen der Rassentrennung durchgesetzt. Mehr als



einmal war in diesen Kämpfen auch die Frage nach der Berechtigung der bürgerlichen Klassenherrschaft gestellt worden.

Politik in der »new economy«

Die Vorgänge um die Präsidentschaftswahlen sagen ebensoviel über die gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen aus, wie über die innenpolitischen Verhältnisse in den USA. Medien und bürgerliche Politiker in der BRD mögen sich über die Zustände in der »Bananenrepublik USA« mokieren und über die Entsendung von UN-Wahlbeobachtern »auf den amerikanischen Balkan« witzeln (so die »FAZ«). Tatsache ist, dass die USA derzeit wirtschaftlich und politisch so stark dastehen, wie schon lange nicht mehr (siehe Artikel zur Wirtschaftsentwicklung).

Aus diesem Grunde sollte das Debakel bei der Stimmenaushaltung wie auch der andere »Großskandal« um das US-Präsidentenamts, die Affäre Clinton/Lewinsky, nicht als eine politische Systemkrise missverstanden werden. Beide Entwicklungen beschleunigen zwar die weitere Entfremdung immer breiterer Bevölkerungsschichten vom politischen Betrieb. International gibt es aber heute weder ernstzunehmende militärische Gegner, noch ehrgeizige Verbündete im kapitalistischen Lager, die die Skandale in Washington und Florida zum Kratzen an der weltpolitischen Führungsstellung der USA nutzen könnten.

Innenpolitisch bestätigen die derzeitigen Entwicklungen den schon länger anhaltenden »Trend zur Mitte«, der sich vor allem darin niederschlägt, dass sich die Programme der Parteien und Kandidaten immer weniger unterscheiden.

Die Kandidatur George W. Bushs war nicht zuletzt deshalb zustande gekommen, weil die Führungsriege der Republikaner in Senat und Repräsentantenhaus mit ihrem inquisitorischen Auftreten in der Clinton-Lewinsky-Affäre Schiffbruch erlitten hatte. Die beiden wichtigen Präsidentschaftsbewerber der Republikaner, Bush Jr. und John McCain, waren relative Außenseiter in der Partei. Mit Bush setzte sich schließlich der Kandidat durch, der das Image des unabhängigen Jungen aus der Provinz verkaufen konnte, aber mit sei-

nem Familiennamen und seiner konservativen Haltung in republikanischen Kernthemen wie Abtreibung, Einwanderung, Todesstrafe und deren rassistischen Anwendungen Kontinuität verspricht.

Bushs Wahlkampf basierte darauf, den Demokraten ihre Kernthemen wie bessere Bildung, soziale Gerechtigkeit oder Gleichberechtigung ethnischer Minderheiten zu klauen – eine Taktik, die wiederum von den Wahlkampagnen Bill Clintons 1992 und 1996 abgeschaut war. Die »Washington Post« beschrieb dies treffend als einen »Tarnkappen-Wahlkampf«. Die seit dem Erdrutschsieg der Republikaner bei den Kongresswahlen 1994 proklamierte »Revolution gegen den Staat« blieb als Wahlkampfthema ebenso ausgespart wie deren »Erfolge« – zum Beispiel die Verschlechterung von Umweltschutzgesetzen, die versuchte Abschaffung des Bildungsministeriums oder die vom Kongress erzwungene »Schließung« der Regierung wegen nicht genehmigter Haushaltsmittel.

Gore blieb gegenüber dieser Umarmung nicht viel anderes übrig, als sich ein Stück weit »nach links« zu profilieren – auch im Vergleich zu seinen eigenen Grundpositionen und denen Clintons. Er versprach besonders eine bessere Gesundheits- und Sozialpolitik – zum Beispiel die Rückführung des Eigenanteils der Patienten bei Krankenversicherungsleistungen und die Verwendung der Überschüsse des laufenden Bundeshaushaltes zur Sicherung der »Social Security« genannten staatlichen Grundrente. Gore zielte damit vor allem auf die Unterstützung durch die Gewerkschaften und die Mobilisierung von Gewerkschaftsmitgliedern als Wähler.

Der von der Gewerkschaftsführung stark unterstützte Schulterchluss hatte allerdings seine Grenzen. Gores Wahlkampfmanager ließen sich weder auf die von den Gewerkschaften seit langem geforderte Rücknahme einiger gewerkschaftsfeindlicher Gesetze aus der Ära Reagan/Bush Sr. ein noch auf die Forderung nach Handelsbeschränkungen für bestimmte Billiglohnländer, die im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Mobilisierung gegen den Welthandels Gipfel in Seattle im letzten Jahre und gegen den WTO-Beitritt Chinas standen.

Wahl ohne Ergebnis

Wer immer nun der nächste Präsident der USA werden wird – als politisches Stimmungsbarometer verweist die Wahl auf die relative Stabilität der Wählerlager wie auch der politischen Kräfteverhältnisse insgesamt. Das hervorstechende Ergebnis ist wiederum die geringe Wahlbeteiligung. Diese liegt zwar mit gut 50 Prozent etwas höher als vor vier Jahren. Es bleibt freilich festzuhalten, dass die Gleichgültigkeit einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem herrschenden politischen Betrieb eine Dauererscheinung ist. Die Mehrheitsverhältnisse in Kongress und Regierung drücken kaum die in der »new economy« (die sogenannte »neue Wirtschaft«, die sich durch einen angeblich unaufhörlichen Aufschwung basierend vor allem auf der High-Tech-Industrie auszeichnet) bestehenden sozialen Gegensätze aus.

Mit seinem noch im Sommer nicht zu erwartenden Wahlergebnis hat Bush es vermocht, das Lager der Republikaner zusammenzuhalten. Das wenig erfolgreiche Agieren der republikanischen Rechten um Gingrich in den letzten Jahren hat in der Wählerschaft nicht zu nennenswerten Absetzbewegungen geführt – weder nach rechts noch nach links.

Ausdruck hierfür ist vor allem das schlechte Abschneiden Pat Buchanans, einer Leitfigur der US-Rechten, der in der Vorwahlkampagne 1996 mit starken Auftritten gegen den damaligen Präsidentschaftskandidaten Dole für massive Mobilisierungen im rechten Lager gesorgt hatte. Buchanans Versuch einer eigenen Kandidatur an der Spitze der früher von Ross Perot gegründeten »Reformpartei« scheiterte kläglich. Er erhielt gerade mal ein Prozent der Wählerstimmen.

Dies ist nicht zuletzt die Quittung für die rücksichtslose, gegen den Mehrheitswillen der Parteimitglieder betriebene »Übernahme« der Perot-Partei, mit der sich Buchanan die durch das Wahlergebnis der Partei 1996 erworbenen Ansprüche auf 12 Mio. \$ staatlicher Unterstützung sicherte. Perot selbst hatte sich aus der Partei weitgehend zurückgezogen – offenbar in Einschätzung der Lage, dass für einen bürgerlichen Alternativkandidaten der »Mitte« dieses Mal kein Raum sein wird. Buchanan brach der Griff nach der Staatsknete gerade bei den Wählern das Genick, die ihn als saubere Alternative zu den etablierten Politikern gesehen hatten.

Auf Seiten der Demokraten fallen demgegenüber das schlechte Abschneiden Gores in den Südstaaten und im Mittleren Westen sowie der begrenzte Erfolg der Wählermobilisierung der Gewerkschaften auf. Die Wahl wurde bekanntlich in einer Anzahl von Bundesstaaten mit äußerst knappen Mehrheitsverhältnissen entschieden, auf die die Kandidaten in der Endphase des Wahlkampfes alle Energien konzentrierten. Von diesen gewann Gore nur die wichtigen Industriestaaten Michigan und Illinois, während andere Staaten des »Rostgürtels« wie Ohio, Indiana und West Virginia sowie fast alle von Clinton 1996 gewonnenen Südstaaten zurück an die Republikaner fielen.

Die Erfolge Gores im Mittleren Westen sind ohne Zweifel zu einem bedeutenden Teil den massiven Aktivitäten der Gewerkschaften in diesen Gebieten zuzuschreiben. Dies gilt besonders für Michigan, wo die Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit den Autokonzernen sogar einen freien Tag für die Wahl ausgehandelt hatte. Der Misserfolg Gores in einem traditionellen Industriestaat wie Ohio verweist aber auf die Grenzen der gewerkschaftlichen Mobilisierungsmöglichkeiten. In den für die US-Industrie heute zunehmend wichtigen Südstaaten wie Tennessee, Kentucky oder Arkansas sind die Gewerkschaften kaum vorhanden.

In den Staaten, in denen es solide demokratische Mehrheiten gab, spielten die Gewerkschaften für die Wählermobilisierung keine ausschlaggebende Rolle. Dies gilt etwa für den Bundesstaat New York, in dem die Senatskandidatur Hillary Clintons das alles überstrahlende Ereignis war. In Kalifornien profitierten die Demokraten von den Nachwirkungen der ausländerfeindlichen Politik des Republikanischen Gouverneurs Wilson in den neunziger Jahren, die den Republikanern vor allem unter den rasch wachsenden Wählerschichten der Latinos dauerhaft Kredit gekostet hat. Dort, wo weiße Wählerschichten zusammen mit größeren Gruppen der Latinos für die Demokraten stimmten, erreichte Gore Mehrheiten von über 55 Prozent (zum Beispiel im Umland von San Francisco oder einigen Stimmbezirken im Raum Los Angeles).

Keine Perspektiven für eine »dritte Kraft« auf der Linken

Ein Verlierer der Wahl war schließlich auch der Kandidat der Grünen, Ralph Nader. Seine Kandidatur war nicht nur auf

der Linken mit vielen Hoffnungszeichen versehen. Als erfolgreicher Anwalt des Verbraucherschutzes ist er seit Jahrzehnten eine national bekannte Figur im Kampf gegen den Filz von Großkapital, Politik und Gerichten. Weit über die in den USA unbedeutende Partei der Grünen hinaus erhielt Nader Unterstützung von zahlreichen Einzelpersonen und Initiativen auf der Linken, auch aus Kreisen klassenbewusster Gewerkschafter.

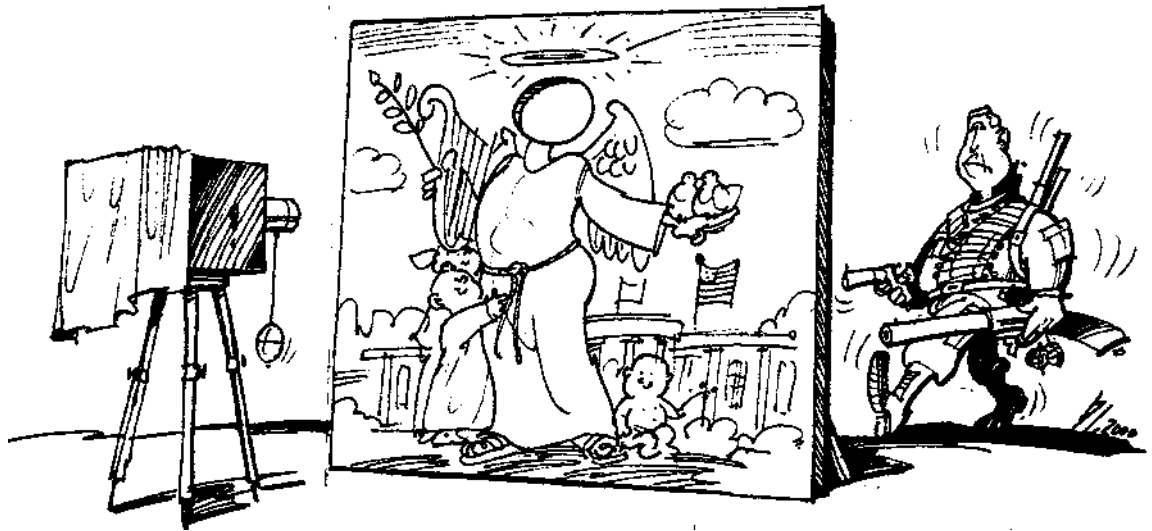
Nader und seine Unterstützer hofften, jenes bunte gesellschaftliche Spektrum aus Umweltschützern, Bürgerinitiativen, Immigrantengruppen und Gewerkschaftern mobilisieren zu können, das auch die Proteste gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Seattle getragen hatte. Dagegen gab es massiven Druck aus dem Lager der Demokraten, nicht zuletzt auch von den Gewerkschaftsspitzen. Da Nader ohnehin in keinem Bundesstaat Aussicht auf eine Mehrheit hatte, so wurde gesagt, schade jede Stimme für Nader Gore.

Diese Argumente zeigten unter potentiellen Nader-Wählern Wirkung, zumal angesichts des sich abzeichnenden knappen Wahlausganges. Nader blieb erheblich hinter seinem erklärten Ziel von fünf Prozent der Wählerstimmen zurück. Deutlich über den insgesamt erreichten drei Prozent lag Nader nur in einigen ohnehin »grün« orientierten Bundesstaaten wie Wisconsin, Washington oder Oregon (vier bis fünf Prozent) sowie in einigen Wahlkreisen Nordkaliforniens mit 13 bis 14 Prozent. Aber auch in Staaten wie Kalifornien, wo eine Stimmabgabe für Nader angesichts der Vorsprünge Gores »sicher« schien, gab es nicht die erhofften Ergebnisse.

Das »Seattle-Spektrum«, so lässt sich schlussfolgern, war für eine wirkungsvolle Wahlalternative auf der Linken zu schwach. Anders als etwa die »Regenbogenkoalition« Jesse Jacksons in den achtziger Jahren war das Unterstützerspektrum Naders nicht ein Zusammenschluss von Organisationen und Initiativen, sondern bestand weitgehend aus Einzelpersonen. Auch waren die Kandidaturen Jacksons stets Kampagnen für einen alternativen Wahlkandidaten innerhalb der Demokratischen Partei, nicht aber gegen diese. Vor allem aber konnte sich die Nader-Kampagne auf keine geschlossene reformorientierte Wählergruppe innerhalb des herrschenden Parteienspektrums stützen.

Unter den Schwarzen erreichte Nader im nationalen Maßstab kaum mehr als ein Prozent der Stimmen. Die Latinos – deren überwiegende Mehrheit nach wie vor nicht wählen darf oder will – stimmten mehrheitlich für Gore, in Texas für Bush. Die führenden Gewerkschafter unter den Latinos – besonders jene, die die gewerkschaftlichen Organisierungsbewegungen von Latino-ArbeiterInnen in Staaten wie Kalifornien führen – unterstützten fast alle Gore.

Eine direkte Auswirkung von Naders relativ schlechtem Wahlergebnis besteht darin, dass die Grünen bei der nächsten Präsidentschaftswahl keine staatliche Wahlkampfbeihilfen erhalten. Dafür bedarf es mindestens fünf Prozent der



Stimmen im nationalen Rahmen. Aus diesem Grund brachte die Kandidatur Naders auch nicht die von ihm selbst propagierte Initialzündung für den weiteren Aufbau einer wahlpolitischen »dritten Kraft« auf der Linken. Als Sammelbecken für einen solchen Prozess dürften die Grünen wieder so uninteressant sein wie zuvor.

Man kann allerdings mit einem Blick auf das knappe Wahlergebnis vor allem in Florida feststellen (dort bekam Nader etwa 90.000 Stimmen), dass – oberflächlich gesehen – die Naderstimmen Gore den Wahlsieg gekostet haben. Genau diesen Vorwurf machen jetzt viele demokratischen Wähler Nader und seinen Wählern und bezeichnen sie als die Schuldigen daran, dass ein eventueller Präsident Bush wieder eine reaktionäre Politik wie Reagan in den Achtzigern betreiben wird. Es hat auch vor den Wahlen genügend Aufforderungen von Nader-Sympathisanten gegeben, die Nader selbst aufforderten, in Staaten mit einem voraussichtlich knappen Wahlausgang seine Wähler aufzufordern, für Gore die Stimme abzugeben. Dass Nader dies nicht getan hat, werden ihm viele nicht verzeihen. Wir wissen zwar, dass – wie oben ausgeführt – Gore und die Demokraten mit ihrer Politik selbst für ihre Wahlniederlage verantwortlich sind, trotzdem wäre es aus einer Nader-Position heraus betrachtet richtig gewesen, zur Stimmabgabe für Gore aufzurufen. Dadurch wäre die jetzt erfolgte Entfremdung zwischen »linken« Demokraten und Nader-Sympathisanten vermieden und eine gemeinsame Zusammenarbeit in der Zukunft weiterhin ermöglicht worden.

Vom Standpunkt klassenbewusster Kräfte im heutigen Protestspektrum der USA ist damit deutlich, dass auch das zunehmende Zusammenrücken der bürgerlichen Politiker in der »neuen Mitte« und die scheinbar endlosen Schlamm-schlachten um die besten Plätze dort den Aufbau einer alternativen politischen Kraft auf der Linken nicht einfacher machen. An unabhängige progressive Wahlbündnisse ist konkret auch bis auf weiteres nur auf lokaler Ebene zu denken.

Eine wirkliche Veränderung der Kräfteverhältnisse kann nur dort entstehen, wo die Kämpfe um die soziale Organisation der gewerkschaftlich und politisch unorganisierten Branchen und Regionen der US-Wirtschaft praktisch vorangetrieben werden. Ansätze dazu gibt es. An deren Verbindung über den einzelnen Betrieb und die einzelne Region hinaus zu arbeiten ist das vordringliche politische Ziel klassenbewusster Kolleginnen und Kollegen in den USA.

B./Ffm, 23.11.2000 ■

Eine Frischzellenkur für den »amerikanischen Traum«?

Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung in den USA scheint allen ökonomischen Schulweisheiten zu widersprechen. Die überdurchschnittlich lange Periode relativ stabilen Wachstums läßt bürgerliche Ökonomen über das »Ende der Konjunkturzyklen« philosophieren. Einige Siegesrhetoriker des Kapitalismus sprechen gar schon vom »Ende der Geschichte«.

Daran muss man nicht unbedingt glauben. Dennoch scheint zumindest die Überlegenheit des neoliberalen Wirtschaftsmodells angelsächsischer Prägung gegenüber dem »rheinischen Kapitalismus« Westeuropas und dem einstigen Vorbild Japan bestätigt. Auch der anhaltende Höhenflug des US-Dollar straft anscheinend alle diejenigen Lügen, die seit den siebziger Jahren einen dauerhaften Niedergang der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des US-Kapitalismus festzustellen glaubten.

Ist die Prosperität der Leitökonomie des kapitalistischen Lagers nur ein vorübergehendes Zufallsprodukt günstiger Konjunkturmstände? Oder deutet sich hier eine einseitige

Verschnaufpause in der Krisenentwicklung des Kapitalismus an? Entsteht vielleicht sogar so etwas wie ein neues Modell kapitalistischer Wachstumsentwicklung? Und was bedeutet das offensichtliche Wiedererstarken des US-Kapitalismus für die Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt und innerhalb des kapitalistischen Lagers?

»New Economy«

Das Schlagwort »new economy« steht für die allseits bewunderte Dynamik des US-Kapitalismus in den neunziger Jahren. Im Sprachgebrauch der Börsenmakler und Massenmedien werden mit »neuer Ökonomie« die rasant wachsenden Hochtechnologie-Industrien wie die Informationselektronik und die Biotechnik bezeichnet. In der Zukunft der Wirtschaftswissenschaftler steht der Begriff für das Zusammenspiel der wirtschaftlichen Wachstumsfaktoren, die der heutigen Konjunkturentwicklung in den USA unterliegen:

Seit Überwindung der Rezession 1991/92 herrschen solide, wenn auch nicht übermäßig hohe Wachstumsraten des Sozialproduktes. Diese gehen einher mit regelmäßigen Steigerungen der Arbeitsproduktivität, hohen Unternehmensgewinnen und annähernder Vollbeschäftigung. Anders als in früheren Jahrzehnten ist der Aufschwung bislang aber ohne die typischen Erscheinungen konjunktureller »Überhitzung« verlaufen, das heißt vor allem ohne Preissteigerungen. Das fast inflationsfreie Wachstum erlaubt der Zentralbank eine dauerhafte Politik niedriger Zinsen. Dies begünstigt insbesondere die Entwicklung der Aktienmärkte. Auch wachsen beträchtliche Aktienvermögen in der Hand privater Haushalte.

Die Zahlen sprechen für sich: Die Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft lagen in den letzten Jahren konstant bei 3 bis 4 Prozent – und das mittlerweile im neunten aufeinanderfolgenden Jahr. Die jährlichen Preissteigerungsraten betragen seit 1992 nie mehr als 2,5 Prozent. Dies ist deutlich weniger als in den achtziger Jahren, als Inflationsraten von 3 bis 4,5 Prozent an der Tagesordnung waren. Die für Kredite, Hypotheken und Anleihen zu zahlenden Zinsen gingen von 1988 bis 1996 kontinuierlich zurück. Trotz eines leichten Wiederanstieges in den letzten zwei Jahren liegt das Zinsniveau immer noch deutlich unter dem der achtziger Jahre (Zahlen nach Schaubild 1).

Die niedrigen Zinsen begünstigen wiederum die Profite der Industrie und damit auch die Investitionen. Besonders auffällig ist der Anstieg der Investitionen in neue Informationstechniken – zu Mitte der neunziger Jahre immerhin fast 6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Und schließlich ist ein starker Anstieg des Warenexportes und seines Gewichtes für die Gesamtwirtschaft zu verzeichnen. Die Exportquote des Bruttoinlandsproduktes verdoppelte sich von Anfang der achtziger bis Mitte der neunziger Jahre von gut 6 auf etwa 12 Prozent. Angesichts der traditionell starken Orientierung der US-Wirtschaft auf den nationalen Binnenmarkt kann man dies als einen regelrechten »Globalisierungsschub« bezeichnen.



GRAFIK 1 · Business Week, 30.9.1996

Das am meisten kommentierte Phänomen ist indes die geringe Arbeitslosigkeit. Mit durchschnittlich 5,8 Prozent liegt die Arbeitslosenquote in den neunziger Jahren deutlich niedriger als in den Jahrzehnten zuvor (6,2 Prozent in den Siebzigern, 7,3 Prozent in den Achtzigern). Im Oktober 2000 wurde mit 3,9 Prozent der niedrigste Wert seit 1970 erreicht. Seit etwa 1995 herrscht faktisch Vollbeschäftigung. In einigen Regionen des Südens und Westens, die ein besonders starkes Wachstum aufwiesen, ist der Arbeitsmarkt nahezu leergefegt. Hier herrschen Arbeitslosenquoten von deutlich unter 2 Prozent.

Die dunklen Seiten des »Beschäftigungswunders«

Auf der Negativseite der Entwicklung stehen eine Reihe von Faktoren, die das »Job-Wunder« des letzten Jahrzehnts nicht ganz so segensreich erscheinen lassen:

- ◆ Eine anhaltende Stagnation der unteren und mittleren Lohneinkommen. Die durchschnittlichen Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte haben sich in den letzten 20 Jahren nicht mehr erhöht. Leichte Zugewinne bei den Löhnen in den letzten Jahren wurden durch den fortgesetzten Abbau betrieblicher Sozialleistungen, insbesondere der Krankenversicherung zunichte gemacht. Zugleich sind die Arbeitszeiten erheblich gestiegen. Die insgesamt schlechte Einkommenssituation der mittleren und unteren Schichten schlägt sich auch in einer nach wie vor hohen Verschuldung der privaten Haushalte nieder.

- ◆ Eine zunehmende Polarisierung der Einkommensverhältnisse. Für das oberste Zehntel der Lohn- und Gehaltsempfänger stiegen die Realeinkommen zwischen 1980 und 1995 um immerhin 11 Prozent. Für das unterste Zehntel hingegen ging der Realverdienst im gleichen Zeitraum um etwa 4 Prozent zurück. Selbiges gilt auch für den mittleren Durchschnittslohn.¹⁾ Eine dauerhaft hohe Armut, die auch wachsende Teile der regelmäßig Beschäftigten erfasst (»*working poor*«). Ursache ist vor allem die enorme Zunahme ungesicherter und unregelmäßiger Beschäftigungsverhältnisse, also von Zeitarbeits- und Kontraktjobs. Diese machen immerhin 30 Prozent aller Arbeitsplätze aus.²⁾

- ◆ Das nach wie vor hohe Defizit in der Außenhandelsbilanz. Diese seit Mitte der siebziger Jahre zu beobachtende Erscheinung hat sich in den neunziger Jahren weiter zuspitzt. Mit 347 Mrd. \$ übertraf das Minus bei den Importen im Jahre 1999 die Höchstwerte der achtziger Jahre um mehr als das Doppelte (siehe Grafik 2).

- ◆ Ein massiv gesteigerter Energieverbrauch, der auch ein wesentlicher Auslöser für die gegenwärtige Steigerung der Ölpreise in der Welt ist. Die Furcht vor einem Ende der Konjunktur in einer Abwärtsspirale, die durch mangelnde Nachfrage, Überkapazitäten und einen davon ausgehenden Verfall der Preise (Deflation) ausgelöst werden könnte.

Eine solche Krisengefahr wird vor allem von Ökonomen gesehen, die den Vorstellungen des Keynesianismus nahe stehen. Ihnen erscheint die relativ unsichere Entwicklung der Lohneinkommen als Vorbote einer Depression ähnlich der Jahre 1929 bis 1932. Die geringe Massenkaufkraft wird als Hauptursache einer erneuten Krise gesehen – eine Sichtweise, die in den USA (wie auch bei uns) besonders in den Gewerkschaften verbreitet ist.

Viele frühere Verfechter einer keynesianischen Wirtschaftspolitik sind aber von ihren einstigen Positionen abgerückt. Dazu gehören auch solche, die immer wieder die

Vorteile Japans und europäischer Länder bei der Entwicklung von Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit im industriellen Bereich betont und die »Wohlfahrtsstaaten« Westeuropas zum Vorbild für die USA erklärt hatten. Sie verweisen heute auf die beträchtlichen Vorsprünge des US-Kapitalismus in der Informationstechnik und sehen in den gewaltigen Produktivitätssteigerungen durch den breiten Einsatz der Mikroelektronik den Hauptgrund für die geringe Inflation.

Damit unterscheidet sich auch die Mehrzahl der progressiv-liberalen Ökonomen heute nur noch wenig von den Neoliberalen. Die »harten« Marktwirtschaftler schreiben allerdings auch der in den achtziger Jahren unter Reagan begonnenen Zurückdrängung der Gewerkschaften, der Deregulierung von Arbeitsmärkten, wichtigen Infrastruktursektoren und Finanzmärkten sowie schließlich dem unter Clinton durchgesetzten Abbau der staatlichen Haushaltsdefizite eine ausschlaggebende Rolle für den Erfolg der »new economy« zu.

Erholung der Profitraten trotz ungünstiger Grundlagen

Aus marxistischer Sicht lassen sich heute kaum ernsthafte Anzeichen für eine Depression nach dem Muster der zwanziger und dreißiger Jahre ausmachen. Dennoch sind die Aussichten längerfristig keineswegs rosig. Die ohne Zweifel günstige Entwicklung der Konjunktur findet statt vor dem Hintergrund anhaltend schlechter Bedingungen der Kapitalverwertung.

Ein Blick auf die langfristige Entwicklung zeigt, dass die jährlichen wirtschaftlichen Wachstumsraten auch in den neunziger Jahren im Durchschnitt deutlich unter denen der Nachkriegsjahre lagen. Mit jahresdurchschnittlich 3,1 Prozent erreichte das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in den neunziger Jahren in etwa das Niveau der siebziger und achtziger Jahre, lag aber deutlich unter dem der sechziger Jahre.

Ähnliches gilt für die Arbeitsproduktivität. Mit 1,9 Prozent im Jahresdurchschnitt liegen die Werte für die neunziger Jahre in etwa auf dem Niveau der siebziger, aber deutlich unter dem der sechziger Jahre. Eine spürbare Verbesserung konnte aber im Vergleich zu den Jahren 1980 bis 1990 erzielt werden – jener Periode also, in der der Verfall der Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie massiv spürbar war.

Die Ursachen der langfristigen Stagnation des Kapitalwachstums wie auch der gegenwärtigen (nationalen und internationalen) Wirtschaftskrisen sind denn auch keineswegs beseitigt. Ihre Wurzeln liegen in dem Rückgang der Profitraten, den das Kapital in allen wichtigen Industrieländern seit Ende der sechziger Jahre erlebte. In den USA hat es zwar seit 1993 wieder eine deutliche Aufwärtsbewegung der Gewinne der Unternehmen gegeben (siehe Grafik 1). Langfri-

1) Zahlen nach U. Walwei/H. Werner: Frauen tragen das höchste Risiko, im unteren Lohnsegment zu bleiben. Das US-amerikanische Beschäftigungswunder – und ein Vergleich mit Deutschland. »Frankfurter Rundschau«, 6.9.1999.

2) Dies drückt sich auch im massiven Anwachsen der Gefängnisbevölkerung aus. Seit 1985 hat sich die Zahl der Gefängnisinsassen in den USA verdoppelt. Eine kürzlich erschienene Studie zweier renommierter Ökonomen der Universitäten Princeton und Harvard geht davon aus, dass heute etwa 2,3 Prozent der arbeitsfähigen männlichen Bevölkerung der USA hinter Gittern sitzen. Die Arbeitslosenrate wird dadurch immerhin um 0,2 Prozentpunkte verringert (»Business Week«, 20.9.1999)

Zur langfristigen Entwicklung der US-Wirtschaft

(inflationbereinigt)

	1960-69	1970-79	1980-89	1990-99
<i>Durchschnittliche Zunahme pro Jahr in %:</i>				
Bruttoinlandsprodukt	4,4	3,3	3,1	3,1
Arbeitsproduktivität	2,9	2,0	1,4	1,9
<i>Jährlicher Durchschnittswert in %:</i>				
Inflation	2,3	7,1	5,6	3,0
Arbeitslosigkeit	4,8	6,2	7,3	5,8

Quelle: »Business Week«, 24.4.2000,
nach Daten Federal Reserve Bank of St. Louis

stig gesehen liegen die Profitraten aber nach wie vor deutlich unter dem Niveau der »goldenen Jahre« der Nachkriegskonjunktur.³⁾

Der Verfall der Profitraten ist Ergebnis der fortschreitenden Investitionen des Kapitals in neue und leistungsstärkere Produktionsanlagen und -techniken. Die Weltmarktkrisen seit den siebziger Jahren gingen einher mit der verschärften internationalen Konkurrenz, die aus dem erfolgreichen Aufholen der Hauptkonkurrenten der USA (insbesondere BRD und Japan) während der Nachkriegsära entstand. Das Kräftegleichgewicht zwischen den Polen der kapitalistischen Weltökonomie war Ausdruck des schnelleren Kapitalwachstums in Japan und Europa, wodurch international ein »Überangebot« an Produktionsmöglichkeiten entstand.

Ein Ausdruck der Verwertungsprobleme des Kapitals ist die Existenz dauerhafter Überkapazitäten in fast allen wichtigen Industriezweigen des verarbeitenden Gewerbes. Es ist also mehr Kapital im nationalen und internationalen Maßstab angehäuft, als sich zu den bestehenden Bedingungen profitabel verwerten ließe.

Bedeutsam ist allerdings, dass es in den USA heute trotz der insgesamt schlechten Verwertungsbedingungen in den neunziger Jahren wieder zu einer verbesserten Entwicklung der Arbeitsproduktivität kommen konnte. Bedeutsam ist auch, dass die Entwicklung der Arbeitsproduktivität von der Industrie getragen wird. Hier betrug das jahresdurchschnittliche Wachstum in den Jahren 1990 bis 96 immerhin 4,2 Prozent. Im Dienstleistungsbereich hingegen waren es nur 0,2 Prozent.⁴⁾

Bei den meisten Dienstleistungen handelt es sich denn auch typischerweise um Bereiche mit niedriger Arbeitsproduktivität. Diese beschäftigen allerdings eine große Zahl von Arbeitskräften – zumeist in jenen schlecht bezahlten, ungesicherten Tätigkeiten, die als »McDonalds-Jobs« bezeichnet werden. Zugespielt kann man vielleicht sagen, dass die verbesserte Konkurrenzfähigkeit der US-Wirtschaft auf dem

Weltmarkt also nicht wegen des »Beschäftigungswunders« im Dienstleistungsbereich, sondern trotz des Wachstums dieser Bereiche zustande gekommen ist.

Die relativen Vorteile des US-Kapitalismus machen die Musik

Diese Daten weisen zwar nicht auf ein Ende kapitalistischer Konjunktur- und Wachstumskrisen hin, wohl aber auf eine deutlich verbesserte Position des US-Kapitals im internationalen Konkurrenzgeschehen. Die für ihre nüchterne Betrachtungsweise bekannte britische Wirtschaftszeitung »Financial Times« fasste dies zu Beginn des Jahres 1997 so zusammen:

»Es ist verbreitete Ansicht, dass die US-Wirtschaft in den neunziger Jahren durchgestartet ist, während Europa und Japan im Staub zurückgeblieben sind. Dem ist nicht so. Die Ergebnisse der USA sind im besten Falle mittelmäßig, während die Differenzen zu den anderen beiden Regionen zum größten Teil zyklischer Natur sind.« (9.1.1997)

Diese relativen Unterschiede sind es aber, die heute die Musik machen. Die Vorteile der USA erklären sich aus dem Zusammenspiel der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Land und den gegenwärtigen Struktur- und Kräfteverschiebungen in der kapitalistischen Weltökonomie. Die USA erscheinen vor allem in drei Bereichen überlegen, nämlich

- ◆ bei der Regulierung der krisenbedingten Umbrüche »nach innen« – sowohl gegenüber den Lohnabhängigen als auch unter den verschiedenen Akteuren der Kapitalseite;
- ◆ bei der Mobilisierung neuer Produktivitätsreserven;
- ◆ bei der Teilhabe an den produktivitäts- und profitsteigernden Wirkungen der »Globalisierung« der Produktion.

Ein wesentlicher »innerer« Faktor für die relativ erfolgreiche Krisenregulierung ist die Zurückdrängung der Gewerkschaften. Diese Entwicklung, die wir in der »Arbeiterpolitik« öfters und ausführlich beschrieben haben, hat unter anderem zum Ergebnis gehabt, dass in den USA im Laufe der achtziger Jahre fast alle wichtigen branchenweiten Tarifabkommen aufgebrochen sind. Zu Ende der neunziger Jahre kann der Zentralbankpräsident Greenspan ohne großen Widerspruch erklären, der dauerhafte Wirtschaftsaufschwung bringe keine Inflationsgefahr, weil die Arbeitnehmer sich auch in Zeiten positiver Beschäftigungsentwicklung nicht mehr trauen würden, höhere Löhne zu fordern.

Noch wichtiger vielleicht ist die Beschneidung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen in den Betrieben. Die Regelung zahlreicher Elemente des Arbeitsalltages (Arbeitsabläufe, Job-Klassifizierungen, Lohngruppen etc.) in den Tarifverträgen bildete ein Rückgrat der US-Sozialpartnerschaft der Nachkriegsära. Wo die Gewerkschaften nicht ganz aus dem Betrieb verdrängt wurden, wurden die tarifvertraglichen Arbeitsregeln durch die Einführung von Gruppenarbeit und allen möglichen Formen der Pseudo-Mitbestimmung unterlaufen.

Die am Vorbild Japan orientierte »Teamwork-Revolution« hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Beschäftigten heute kaum verbrieft Möglichkeiten haben, der Verschärfung von Arbeitsdruck und Arbeitszeiten in den Betrieben etwas entgegenzusetzen. Dies gilt auch für gewerkschaftlich organisierte Betriebe. Das auf breiter Front durchgesetzte »management-by-stress« wirkt ökonomisch als eine für das Kapital kostenlose Steigerung der Arbeitsproduktivität, die

3) Wir stützen uns bei dieser Aussage auf Daten, die der US-Marxist Robert Brenner kürzlich in einer umfassenden vergleichenden Analyse der Kapitalakkumulation in den USA, Japan und Deutschland vorgelegt hat (»Turbulence in the World Economy«, Sonderheft New Left Review, 1998, Seiten 5 bis 9). Auf die komplizierten methodischen Probleme der empirischen Darstellung der Profitraten in einer kapitalistischen Ökonomie können wir hier nicht eingehen.

4) Brenner, a.a.O.

nicht durch Investitionen in neue Produktionsanlagen finanziert werden muss.

Der »Shareholder-Value-Kapitalismus« eröffnet neue Verwertungsmöglichkeiten in der Produktion

Die Regulierung der Löhne und Arbeitsbedingungen kann aber die Fähigkeit des Kapitals zur Umstrukturierung der Produktion nicht im Kern erklären. Entscheidend für die Entwicklung von Kapitalakkumulation und Arbeitsproduktivität sind die Investitionen, auf die Gewerkschaften und Lohnabhängige keinen Einfluss haben. Was dabei zählt, sind auch qualitative Faktoren – also mit welchen Gewinnzielen, von wem und in welchen Bereichen investiert wird, sowie die Geschwindigkeit der Umsetzung von Kapitalinvestitionen in profitable Produkte.

In diesem Bereich scheint die US-Wirtschaft heute entscheidende Vorsprünge zu besitzen. Die Vorteile einer Produktionsstruktur wie in Deutschland oder Japan, die auf längerfristig beschäftigten Stammebelegschaften in relativ stabilen Unternehmen beruht, werden zunehmend durch die höhere Beweglichkeit des Geldkapitals aufgewogen. Dies ermöglicht sozusagen eine höhere »Produktivität« des eingesetzten Investitionskapitals. Dies wirkt gerade bei bestehenden Überkapazitäten und beschleunigtem Innovationswettbewerb als ein Gegenmittel zum Verfall der Profitraten.

Eine solche »Rationalisierung« des Kapitaleinsatzes wird in den USA vor allem durch die traditionell wesentlich stärker entwickelten Instrumente der Unternehmensfinanzierung über den Aktienmarkt gestützt. Realwirtschaftlich geht es dabei um die raschere Umsetzung strategisch wichtiger Neuinvestitionen und um die schnellere Aufgabe nicht mehr profitabler Produkte, Betriebe und Unternehmen.

Es zeigt sich, dass die in den USA traditionell bestehende relativ hohe Selbständigkeit des Geld- und Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital keineswegs nur produktivitätshemmende Wirkungen hat. Als ausgesprochen leistungsfähig erweist sich das US-System der Investitionsfinanzierung bei der Entwicklung neuer Technologien und darauf aufbauender neuer Produktionsstrukturen. Auch die in den USA stärker ausgeprägte Verselbständigung von Forschung und Entwicklung in eigenständigen spezialisierten Unternehmen erweist sich gerade in High-Tech-Branchen als Vorteil.

Als Paradebeispiel steht hierfür die Informationstechnik. Die Zentren dieser Branche, allen voran das kalifornische »Silicon Valley«, verknüpfen ein ausgefeiltes System der »Wagniskapital«-Finanzierung mit hochentwickelten Strukturen der Fertigung und des Maschinen-, Instrumente- und Anlagenbaus. Nach diesem Muster sind in Staaten wie Texas, Arizona, Oregon, Washington, North Carolina oder Florida eine Reihe neuer Industriezentren entstanden, die technologische Entwicklungskapazitäten auf Spitzenniveau mit Massenproduktionsprozessen zu niedrigen Löhnen kombinieren. Diese neuen Industriestandorte waren von Anbeginn auf den Weltmarkt ausgerichtet und zugleich in die internationalen Zuliefernetze der US-Industrie – namentlich in Mexiko und Südostasien – eingebunden.⁵⁾

Der US-Kapitalismus als Gewinner der »Globalisierung«

Die Fähigkeit des US-Kapitalismus zur Mobilisierung neuer und zur Entwertung alter Produktionspotentiale erweist sich besonders zur Bewältigung des heute in allen wichtigen

Industriebranchen herrschenden globalen Verdrängungswettbewerbes als nützlich. Die rasche Umstrukturierung der Produktion schlägt sich nieder in einer deutlich verbesserten Konkurrenzfähigkeit der US-Industrie auf dem Weltmarkt und einer gegenüber der Nachkriegsära stark gewachsenen Exportorientierung der US-Wirtschaft.

Deutlichster Indikator hierfür ist die Verdoppelung des Anteils der Exporte am Bruttosozialprodukt von etwa 6 Prozent 1983 auf 12 Prozent 1996. Exporte und Importe zusammengekommen stellen heute 26 Prozent des Sozialproduktes. Der Aufschwung der neunziger Jahre wurde besonders vom Wachstum der Warenexporte getragen. So wuchs der Export zwischen 1994 und 1996 mit 14 Prozent dreimal so schnell wie die US-Wirtschaft insgesamt.⁶⁾

Die Wiederbelebung der industriellen Konkurrenzfähigkeit der USA wäre allerdings kaum denkbar gewesen ohne die seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre herrschenden internationalen Währungsrelationen. Die dauernde Abwertung des US-Dollar gegenüber der D-Mark und dem Yen erschwerte die Situation Japans und Deutschlands auf dem Weltmarkt und begünstigte in entscheidender Weise die Exportchancen der USA.

Diese bis zum Beginn der Finanzkrise in Südostasien 1997 anhaltende Konstellation war im wesentlichen ein Resultat der internationalen Währungspolitik der achtziger Jahre. Das auf dem Höhepunkt der »Handelskriege« zwischen den USA und Japan 1985 abgeschlossene sogenannte Plaza-Abkommen leitete eine kontinuierliche Aufwertung des Yen ein. Von 1985 bis 1995 verdreifachte sich der Kurs der japanischen Währung gegenüber dem Dollar. Die japanische Wirtschaft geriet dadurch in eine tiefgreifende, über Jahre hinweg anhaltende Rezession. In Europa waren zu Mitte der neunziger Jahre ähnliche Erscheinungen zu beobachten.

Die gestärkte Exportfähigkeit der US-Wirtschaft geht freilich mit einem starken Wachstum der Importe einher. Die traditionellen Defizite der USA im Warenhandel sind während der gesamten neunziger Jahre nicht zurückgegangen, in den Jahren 1997 bis 99 sogar wieder stark angestiegen. Hauptquelle dieses Defizits ist nicht mehr – wie in den achtziger Jahren – der Warenhandel mit Japan, sondern die Einfuhr aus den NAFTA-Ländern Mexiko und Kanada, aus Südostasien und in wachsendem Maße China.

Die Importe billiger Industriegüter aus diesen Ländern sind ein wesentlicher Faktor für die geringen Preissteigerungen der letzten Jahre. Auf der Konsumseite subventionieren sie gewissermaßen das Reproduktionsniveau der Arbeitskraft, vor allem angesichts der stagnierenden Realeinkommen. Auf der Produktionsseite tragen billige Vor- und Zulieferprodukte wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit der US-Industrie auf dem Weltmarkt bei.

Für die Finanzmärkte schließlich wirkt die Nutzung kostengünstiger Produktionsressourcen im Ausland als »Zinsbremse«. Der Warenimport verhindert die Überauslastung der Kapazitäten der Betriebe im Inland. Die Notenbank kann auf Zinserhöhungen zur Bekämpfung der Inflation weithin verzichten. Wie bereits gesagt, begünstigt dies auch die Investitionen der Unternehmen.

5) Vgl. unseren Bericht zur Situation der Gewerkschaften in den Südstaaten der USA in »Arbeiterpolitik« 4/1999

6) Vgl. Zahlen nach »Business Week«, 30.12.1996, vgl. Schaubild 1.

US-Handelsbilanz: Absturz ins Defizit



GRAFIK 2 · FR, 22.8.2000

Wachsendes Handelsdefizit bei steigender Exportfähigkeit: Das Paradox der »new economy«

Die scheinbar paradoxe Parallelentwicklung von verbesserter internationaler Konkurrenzfähigkeit einerseits und steigenden Handelsbilanzdefiziten andererseits verweist auf die grundlegend veränderten Voraussetzungen des Kapitalwachstums. Die Vorteile der USA in der »globalisierten« Ökonomie des 21. Jahrhunderts beruhen nicht mehr auf dem einstigen Stärkefaktor eines großen und geschlossenen Binnenmarktes. Die USA erscheinen heute vielmehr als diejenige unter den führenden kapitalistischen Ökonomien, die am stärksten von der Herausbildung neuer internationaler Zusammenhänge der Industrieproduktion und Kapitalverwertung profitieren kann.

Mit ihrer starken Stellung in Lateinamerika und in Südostasien verfügen die USA heute über die besten Voraussetzungen, die Produktionsbasen der industriell entwickelten Länder der Dritten Welt auszunutzen. Die Stellung Mexikos als metropolennaher Billiglohnstandort mit inzwischen hoch entwickelten Industriestrukturen ist von den vergleichbaren »Hinterhöfen« des japanischen und der europäischen Kapitalismen kaum zu schlagen. In den ehemaligen »Tigerstaaten« Südasiens haben die USA seit Mitte der achtziger Jahre Japan als regionaler Wirtschaftsvormacht den Rang ablaufen können. Ähnliches gilt für die Volksrepublik China.

Die US-Ökonomie wird so selbst immer mehr zu einem Knotenpunkt transnationaler Produktionsnetze. Exemplarisch wird dies wiederum in den bereits erwähnten »High-Tech«-Regionen deutlich. Die exportstärkste Region der USA

ist heute nicht mehr – wie in früheren Jahrzehnten – die Autostadt Detroit oder das Handelszentrum New York. Die Spitzenstellung nimmt vielmehr das kalifornische San Jose ein, das die Chip- und Computermetropole »Silicon Valley« umfasst. Die Region hat allerdings auch die höchsten Importe – denn die Informationselektronik nutzt wie kaum eine andere Branche kostengünstige Komponenten und Vorprodukte aus Südostasien und anderen »Schwellenländern«.

Die mit einer solchen Export-Import-Verflechtung verbundenen Kostenvorteile verbilligen nicht nur die Produktion und das Reproduktionsniveau der Lohnarbeit. Die USA werden auch als Produktionsstandort für multinationale Konzerne anderer Länder zunehmend attraktiv. Hinzu kommt, dass mit der Internationalisierung der Wirtschaft auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aller Qualifikationsstufen beschleunigt wird – eine Entwicklung, die heute in den meisten Bereichen des Wirtschaftslebens der USA ein wesentliches Element der ökonomischen Restrukturierung ist.

Die »new economy« ist damit auf eine dauernde Blutzufuhr von außen angewiesen. »Wachsende Nettoimporte und ein sich vergrößerndes Handelsdefizit« – so kürzlich Notenbankpräsident Greenspan – »verlangen ständig wachsende Portfolio- und Direktinvestitionen aus dem Ausland, eine Entwicklung, die nicht grenzenlos andauern kann.«⁷⁾

Die Finanzierung des US-Handelsbilanzdefizits läuft heute in erster Linie über die massiven Investitionen ausländischer Unternehmen und Banken in Beteiligungen an US-Unternehmen. Nach Angaben der Investmentbank »Morgan Stanley« erhielten die USA in den zwei Jahren von Anfang 1998 bis Anfang 2000 etwa 583 Mrd. \$ an ausländischen Direktinvestitionen. Dies entspricht etwa der Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen in den letzten 50 Jahren!⁸⁾

Die Hauptquelle hierfür ist Europa. Europäische Unternehmen haben in den letzten Jahren ihre Investitionen in den USA auf ein nie gekanntes Niveau hochgeschraubt. Symbolhaft dafür stehen Megafusionen wie die von Daimler-Benz und Chrysler oder die von der Deutschen Telekom angestrebte Übernahme des US-Mobilfunkanbieters »Voicestream«. Allein in den Jahren 1999 und 2000 flossen jeweils um die 80 Mrd. \$ an Nettodirektinvestitionen aus dem Euro-Raum in die USA (vgl. Grafik 3). Diese beträchtlichen Kapitalströme bilden auch die Ursache für die gegenwärtige Schwäche des Euro.



GRAFIK 3 · Business Week, 2.10.2000

Die Ölpreiskrise – oder: Die »Rache der alten Ökonomie«

Angesichts dieser hochgradigen Abhängigkeiten ist klar, dass die Aussichten der US-Konjunktur heute mehr denn je von internationalen Faktoren bedingt werden. Schlaglichtartig deutlich wurde dies mit der Finanzkrise in Südostasien 1997/98. Mit ihr trat die Abhängigkeit der »new economy« vom Import billiger Industriegüter aus den Schwellenländern hervor. Zugleich wurden die Gefahren sichtbar, die vom Aufbau industrieller Überkapazitäten an diesen Standorten heute für die USA und die Weltwirtschaft insgesamt ausgehen.

Die Asienkrise führte zwar nicht zu der befürchteten deflationären Abwärtsspirale in den Zentren der kapitalistischen Welt. Allerdings war eine Stabilisierung der Lage nur möglich durch die weitere massive Steigerung der Industriegüterexporte aus Ostasien in die USA. Das Problem der globalen industriellen Überkapazitäten wurde damit nicht behoben.⁹

Der Beinahe-Crash der US-Börsen (insbesondere der Technologiebörse NASDAQ) Ende März 2000 und die erneute Talfahrt der Technologieaktien seit dem Spätsommer senden neue Krisensignale. Vor allem der Einbruch der Schwergewichte unter den Technologieaktien wie Intel, Dell oder Applied Materials, die nach wie vor gute Geschäftsaussichten haben, demonstriert die zunehmende spekulative Überhitzung des Kapitalimportes in die USA. Zudem beeinträchtigt der hohe Dollar inzwischen wieder in massiver Weise die Exportfähigkeit der US-Wirtschaft.

Die größte Gefährdung der US-Konjunktur geht allerdings derzeit von der internationalen Ölpreiskrise aus. Der bis vor nicht allzu langer Zeit recht niedrige Rohölpreis war ein wesentliches Schmiermittel der US-Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre. Die USA profitierten dabei nicht zuletzt auch von ihren militärischen Interventionen im wichtigsten Herkunftsgebiet des Öls, der Golfregion.

Der massive Anstieg der Ölpreise kündigt nunmehr wohl das Ende der langen Phase inflationsfreien Wachstums an. Die Verknappung des Angebotes auf den Weltrohölmärkten und das rücksichtslose Ausnutzen dieser Situation durch die Ölkonzerne trifft den US-Kapitalismus von seiner empfindlichsten Seite. Die massiven Preissteigerungen für Verbraucher und Industrie heizen die Inflation an. Dies zwingt die Zentralbank zum Gegensteuern, vor allem durch eine Erhöhung der Zinsen. Damit aber verteuert sich das Investitionskapital für die Unternehmen. Zugleich fließt weniger Geld an die Aktienbörsen, da auch Anleihen in klassischen Zinstiteln wieder rentierlich werden.

»Die Rache der alten Ökonomie« – so das Wirtschafts magazin »Business Week« – trifft also jene Hochkonjunktur bei den Investitionen in neue Produktionsausrüstungen (insbesondere Informationstechnik), die das Rückgrat der »new economy« der neunziger Jahre bildete. Ob damit die traditionellen Vorteile der kapitalistischen Ökonomien Europas und Japans – namentlich die stetigere Entwicklung der Inve-

stitutionen und der Arbeitsproduktivität – wieder stärker zum Tragen kommen, mag einstweilen dahingestellt sein. Deutlich wird aber, dass die »neue Ökonomie« der USA sicherlich alles andere als ein längerfristig taugliches Wachstumsmodell für andere kapitalistische Ökonomien ist.

Politische Konsequenzen

Im Gesamtzusammenhang betrachtet deuten die derzeitigen ökonomischen Entwicklungen in den USA also kaum auf eine Phase relativer Stabilisierung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses hin. Ebenso wenig kann man die Umriss eines neuen Wachstumsmodells erkennen, das einen gleichzeitigen, längerfristigen Aufschwung der Produktion und des Lebensstandards der breiten Masse der Lohnabhängigen unter kapitalistischen Bedingungen ermöglichen würde. Ein Zurück zu den materiell vergoldeten Zeiten des »amerikanischen Traums« gibt es bis auf weiteres nicht.

Es zeigt sich allerdings auch, dass der Kapitalismus über Mittel und Wege verfügt, die wirtschaftliche Stagnation durch die Mobilisierung neuer Verwertungsmöglichkeiten im Zaum zu halten. Das wesentliche Mittel hierzu ist die permanente Umschichtung der Produktion im globalen Maßstab. Der US-Kapitalismus verfügt dabei heute über eine Reihe von relativen Vorteilen gegenüber seinen Hauptkonkurrenten in Europa und Japan, die aus der besonderen Form der Einbindung des »Standortes USA« in den Weltmarkt resultieren.

Diese Vorteile beschränken sich keineswegs auf die Vorherrschaft US-amerikanischer Interessen im internationalen Finanzsystem und dessen Institutionen wie dem IWF, der Weltbank oder der Welthandelsorganisation WTO. Auch die militärisch abgesicherte Vormacht bei der Kontrolle der internationalen Rohstoff- und Energiereserven ist nicht der ausschlaggebende Faktor. Die Vorsprünge der USA ergeben sich gerade im Kernbereich des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, nämlich der industriellen Produktion.

Der US-Kapitalismus kombiniert heute seine durch neue Technologien, Intensivierung der Arbeit und Absenkung des Lohn- und Sozialniveaus der Arbeiterklasse gewonnenen Konkurrenzvorsprünge mit der systematischen Nutzung neuer Produktionsbasen in den industrialisierten Zonen der »Dritten Welt«. Hinzu kommt die Schaffung eines breiten Sektors von schlecht bezahlten Niedriglohnarbeiten im Innern. Dieser stellt billige Dienstleistungen für Konsumenten und Industrie zur Verfügung und bietet zugleich dem Heer der unregelmäßig Beschäftigten eine Überlebensperspektive auf niedrigstem Niveau.

Die relative Dynamik dieses »Modells« und seine Anziehungskraft für die internationalen Kapitalströme demonstrieren, dass die wirtschaftlichen Entwicklungsrezepte der Nachkriegsära endgültig passé sind. Vor allem bestehen kaum noch politische Grundlagen für die von Gewerkschaften und Liberalen in den USA immer wieder geforderte Erhöhung der Massenkaufkraft als Mittel wirtschaftlicher Stabilisierung.

Die Entwicklung der letzten zehn Jahre lehrt, dass der Kapitalismus auch ohne solche Maßnahmen weder im wirtschaftlichen Chaos versinkt noch den Widerstand breiter Massen herausfordert. Die »Globalisierung« – sprich der massenhafte Import billiger industrieller Konsumgüter – ist heute faktisch das wichtigste Mittel zur Stabilisierung der Kaufkraft der Lohnabhängigen.

7) »Business Week«, 4.9.2000

8) »Business Week«, 2.10.2000. Diese Zahl bezieht sich nur auf direkte Käufe von Beteiligungen an US-Unternehmen sowie die Investitionen ausländischer Unternehmen in ihre bestehenden US-Niederlassungen. Käufe von Aktien oder Anleihen zu Anlagezwecken an der Börse. (Portfolioinvestitionen) fallen nicht darunter.

9) Vgl. »Arbeiterpolitik«, Nr. 2/1998

Sozialdemokratie im Sog der »new economy«

Die politischen Fronten in der »new economy« der USA verlaufen denn auch längst nicht mehr zwischen neoliberalen Marktwirtschaftlern und arbeitnehmerorientierten Sozialstaatspolitikern. Zwar kann der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO unter der Losung »America needs a raise!« (Amerika braucht eine Lohnerhöhung) Sympathien und Wählerstimmen mobilisieren. Zum Dreh- und Angelpunkt der innenpolitischen wie auch der gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in den USA ist aber die Haltung zur »Globalisierung« der Wirtschaftsbeziehungen geworden.

Kampf »gegen die Globalisierung« wird dabei immer mehr zum Synonym für Widerstand gegen den Kapitalismus, aber auch für reaktionäre Abschottungsparolen. Die Proteste gegen den WTO-Gipfel in Seattle (vgl. Arpo 1/2000) standen dafür wie kein anderes Ereignis der letzten Jahre.

In internationaler Perspektive wird die »new economy« der USA zum Grab traditioneller sozialdemokratischer Reformpolitik. Die herrschenden Klassen der USA führen vor, dass eine kapitalistische Ökonomie heute auch in den zentralen Bereichen der Industrieproduktion wettbewerbsfähig agieren kann, ohne auf die Zusammenarbeit mit Belegschaften, Gewerkschaften und bürgerlichen »Arbeiterpolitikern« Rücksicht nehmen zu müssen. Zugleich gewinnt der »amerikanische Weg« der Stabilisierung des Kapitalismus mit Hilfe eines breiten Niedriglohnsektors zusehends an

Anziehungskraft – vor allem für Sozialdemokraten, die unter dem Diktat knapper Kassen einen kaputten »Wohlfahrtsstaat« sanieren müssen.

Für klassenbewusste Kräfte kann es freilich keine Alternative sein, gegenüber dem Schreckbild des amerikanischen Neoliberalismus die vermeintlichen Vorzüge des »zivilisierten« Kapitalismus europäischen Musters zu beschwören. Dies ist auch die Propagandamasche derjenigen in Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die einem »Dritten Weg« zwischen Neoliberalismus und sozialdemokratischer Reformpolitik das Wort reden. In der Praxis steht dahinter das bekannte »Standortdenken«, das Belegschaften und Gewerkschaften unfähig zum Widerstand gegen die kapitalistische Krisenpolitik macht.

Die Entwicklungen in den USA lehren freilich, dass sich in der »new economy« auch neue Widerstandsbewegungen in der Arbeiterschaft entwickeln. Wir haben in der Arbeiterpolitik in den letzten Jahren immer wieder über solche Beispiele berichtet – etwa über Streikbewegungen wie beim Paketdienst UPS 1997, über die Organisierungserfolge von ImmigrantInnen in den neuen Niedriglohnindustrien oder über Protestbewegungen wie in Seattle. Aus den Erfahrungen dieser Kämpfe zu lernen und ihre Bedingungen zu verstehen ist ein konkreter Schritt zur politischen Überwindung sozialpartnerschaftlichen Denkens und seiner nationalistischen Logik.

B./Ffm, Oktober 2000 ■

KORRESPONDENZEN

■ DER KAMPF DER IG METALL GEGEN DIE RENTENPLÄNE DER REGIERUNG

Keine Mobilisierung für den »heißen Herbst«

Der IG-Metall-Vorsitzende Zwickel hatte einen »heißen Herbst« gegen die Rentenpolitik der Schröder-Regierung angekündigt. Wir sind am Ende des Herbstes angelangt und die Ankündigung hat sich als Sprechblase erwiesen. Statt machtvoller Demonstrationen auf der Straße gab es vereinzelte Alibiveranstaltungen im Saal. Von der IGM-Küste zwei in Hamburg, zur ersten mit Riester und Schmitthener (IGM-Vorstand) kamen hundert Kollegen, zu der zweiten mit Engelen-Kefer (2. DGB-Vorsitzende) 500. An diesen Konferenzen nahmen nur einzelne KollegInnen von Betriebsräten und VK-Leitungen der IGM-Küste teil. Widerstand aus den Betrieben ist nicht bekannt geworden. Eigenständige Ansätze von Gegenwehr wie bei den Stahlwerken und DaimlerChrysler in Bremen blieben die Ausnahme. Und auch hier fand die Initiative der vom Klassenstandpunkt ausgehenden Kollegen nicht die notwendige volle Unterstützung der IGM und der Betriebsräte. Andere Gewerkschaften brachten sich hierbei auch nicht ein. Anlass für uns, Bilanz zu ziehen und die Einflusslosigkeit der Belegschaften auf die Politik der Regierung und den fehlenden Willen der IG Metall für Gegenwehr in den Betrieben darzulegen.

Aufrufe reichen für eine Mobilisierung nicht aus

Als nach dem Ende der Tarifrunde 2000 die von der Regierung längst geplante »Rentenreform« verkündet wurde, machte die IG-Metall-Sozialabteilung unter Schmitthener mobil: Mit »metall-extra«-Flugblättern wurde kurz infor-



miert und wurden Aktionen angekündigt: »Für die Rente weiter Druck«, »Ab 6. Juli sollen Signale gesetzt werden – fünf Minuten für die Rente«; »lasst uns in dieser Woche, mit den verschiedensten Formen des Protestes loslegen«. Von der Verteidigung der bisherigen Finanzierung der Renten aus den Beiträgen der jüngeren Generationen im Umlageverfahren, die noch nicht auf Zinsgewinne schießt und noch auf dem Solidargedanken zwischen den Generationen aufbaut, ist in diesen Blättern schon nicht mehr die Rede. Aber mit Forderungen nach Beibehaltung der gleich hohen Beitragszahlung von Beschäftigten und Unternehmern und nach einer Verbreiterung der Beitragsbasis durch Selbständige

und Besserverdienende ruft Schmitthenner zu Aktionen auf. Diese Aufrufe für Aktionen wurden von den Betriebsräten verbreitet, oft kommentarlos ausgelegt. Um Kollegen und betrieblichen Funktionären aber die Bedeutung der grundlegenden Änderungen im Rentensystem durchschaubar zu machen, reichten die »metall-extra« nicht aus. Das interne Grundlagenpapier der IGM-Sozialabteilung wurde in den Betrieben überhaupt nicht bekannt. Die darin enthaltenen Informationen und Standpunkte hätten Funktionäre nutzen können, den Kollegen im Betrieb die Augen zu öffnen und eine Kampagne in Gang zu bringen. Wenn die Kollegen die Folgen für sich selbst aus dem spärlichen Informationsmaterial – außer über die Internet Homepage »igm-rente« – nicht erkennen, können sie aus eigenem Antrieb auch keinen Widerstand entwickeln.

Anstatt die Argumente auf den Punkt zu bringen: **Die Regierung mit Riester als Arbeitsminister will, dass die Lohnabhängigen die Entlastung der Unternehmer bezahlen. Deshalb sollen die Arbeiter künftig 15 Prozent und die Unternehmer nur elf Prozent einzahlen!**, lenkt Zwickel (metall 11/2000) von dieser Konsequenz ab: »Auf einen wirklichen Politikwechsel in Berlin warten die Gewerkschaften noch« ...»deren Interesse ist nun mal eine paritätisch finanzierte Altersvorsorge. Weshalb Walter Riester dieses bewährte Prinzip ohne Not aufgeben will, verstehe ich bis heute nicht«. Als sei ihm nicht bekannt, dass es sich um einen Schritt beim Sozialabbau handelt, an den sich die Kohl/Blüm-Regierung nicht herangetraut hatte.

Die IG Metall ist nicht konsequent der Verdummungskampagne der Unternehmer, der Regierung und der Medien entgegengetreten, die da behaupten, der demografische Wandel mache die Rentenreform notwendig. Denn noch nie ist so viel gesellschaftlicher Reichtum in Deutschland produziert worden, mit dem die Renten finanziert werden können, wie in der Gegenwart. Produziert worden ist er von den arbeitenden Menschen, die nur nicht darüber verfügen, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse sie daran hindern. Die Gewerkschaften, die die junge Generation gewinnen müssen, um nicht zu vergreisen, haben diesen jungen Menschen nicht die Zusammenhänge aufgezeigt und gesagt: Ihr werdet belogen, wenn gesagt wird, die geringere Zahl von Jungen könnten die Renten der vielen Alten nicht aufbringen.

Wenn auch das interne Material der IGM nicht »unten« ankam, war Bremer Betriebsräten doch das Material von Johannes Steffen von der Arbeiterkammer bekannt. Diese aussagefähige Gegenüberstellung von »Behauptung und Tatsachen zur Rentenreform« wurde aber für die offizielle Kampagne nicht genutzt. Die IGM-Führung mobilisierte eben nicht ernsthaft und nahm ihre Funktionäre für die angekündigten Aktionen nicht in die Pflicht. Und unten im Betrieb, da tat sich auch nichts: So hatten die Vertrauenskörperleiter der Bremer Metallbetriebe im Juli 2000 mehrheitlich eine Mobilisierung vor der Urlaubszeit als nicht möglich angesehen. Nicht einmal Veranstaltungen im Betrieb zur Einbeziehung und Information der Kollegen hielten sie im Sommer für möglich.

Stahlwerke Bremen: Selbstständiges Handeln

In dieser Situation beschloss die Vertrauenskörperleitung der Stahlwerke Bremen die Mobilisierung selbstständig durchzuführen. Dieses Werk hat keine Sommerpause in der Produktion. Der VK-Leiter erläuterte in den Betriebsver-

sammlungen die Folgen für alle, wie u.a. auch Altersarmut bei Schichtarbeitern und rief zum Widerstand gegen die Rentenpläne auf. Und so wurde eine Unterschriftenaktion als »Offener Brief« an Riester gestartet, den über 1200 unterschrieben (von 5000). Auch hier war die Mehrheit im Betriebsrat nicht gewillt, etwas zu unternehmen. Die Aktion wurde nur von der VKL und wenigen Betriebsräten getragen.

Die hier unterschriebenen Forderungen an Riester waren: »STOP den Systembruch in der Rente. Wir Gewerkschafter fordern dich auf:

- ◆ *Erhalte die Parität, Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen sich die Beiträge zur Rente. Auch dann, wenn dadurch die Beiträge steigen. Keine Systemänderung der Rente.*
- ◆ *Erweitere die Beitragsbasis. Beziehe alle Erwerbstätigen, Selbständigen und Vermögenden in die Rentenbeitragszahlung mit ein.*
- ◆ *Gib der jungen Generation eine Zukunft, durch eine verlässliche Rentenversicherung, wie bisher.*
- ◆ *Baue die betriebliche Altersversorgung aus.«*

Kundgebung von DaimlerChrysler-Kollegen am 12. Oktober

Kollegen im Daimler-Werk Bremen griffen die Initiative der Stahlkollegen auf und sammelten Unterschriften. Auch hier fanden ihre Argumente in der Belegschaft offene Ohren: Die Aufgabe der paritätischen Zahlungen bedeutet Entlastung der Unternehmer und für uns Lohnverlust.

Einige Betriebsräte von diesem mit 15.000 Beschäftigten größten Bremer Betrieb traten für Aktionen der IGM ein. Sie erreichten, dass der Rentenspezialist Johannes Steffen auf einer Vertrauensleuteversammlung befragt werden konnte. Dieser stellte den Systembruch zugunsten der Unternehmer und der Banken zum Nachteil der Beitragzahler und Rentner klar heraus und zeigte auch Wege auf, dieses zu vermeiden um das deutsche Modell der umlagefinanzierten Rente zu behalten. Klassenkämpferische Kollegen erinnerten die Vertrauensleute daran, dass die Belegschaft durch ihr eigenes Handeln vor vier Jahren die Kürzung der Lohnfortzahlung bekämpft habe – »wir sind die Gewerkschaft«. Das wurde verstanden und der VK-Vorsitzende erklärte aufgrund der guten Stimmung, eine Aktion der IGM in der Mittagspause am 12.10. vor Tor 7 dazu zu machen. Die Mobilisierung erfolgte auf Beschluss der VKL nicht schriftlich, die VL wüßten sowieso Bescheid und die Betriebsräte sollten das den Kollegen mit dem Hinweis erklären: Es ist ja in der Pause. Der VK-Leiter mobilisierte, ferner die aktive Minderheit im Betriebsrat um die Betriebszeitung »Kollegen von Daimler informieren«. Außer diesen waren weder Betriebsräte noch Vertrauensleute vor dem Tor zu sehen, auch nicht die Mitglieder der VK-Leitung. Die Belegschaft dieses Werkes ist um die 30 Jahre alt und jünger. Sie haben andere Probleme als die Rente, will man die mobilisieren, dann muss man mit ihnen am Arbeitsplatz reden und die Rentenprobleme dort erklären, ein schriftlicher und gut begründeter Aufruf hätte zudem die Autorität der IGM ins Spiel gebracht. Weil das nicht geschah, kann man von einer wirklichen Mobilisierung der Belegschaft nicht sprechen.

Die IGM-Leitung hatte am 12. 10. nur 50 Teilnehmer erwartet, es kamen 300, dann von der nächsten Schicht noch mal 150. Die Argumente der IGM wurden vom VK-Leiter und der zuständigen Sekretärin vorgetragen. Sie wurden gut verstanden, die Stimmung war nicht schlecht, eher happening-

mäßig. Obwohl VK-Leitungen der Metallbetriebe informiert waren, kamen nur die Kollegen vom IGM-Erwerbslosenkreis mit ihrem Transparent: »Kein Systembruch bei der Rente«. Ein Reporter fragte die Teilnehmer: »Muss jetzt nicht alles für den Erfolg des gewerkschaftlichen Protestes getan werden? Sonst sehen die Unternehmer, dass die IG Metall keine Kraft mehr hat«. Die Antwort einer der Organisatoren war: Diese Gewerkschaftsführung will Kampfesworte nicht in die Tat umsetzen und scheut die Bewegung der Basis. Sie wird auch nicht gegen die SPD-Regierung antreten.

also eine gute Sache, die wir zur Nachahmung empfehlen können.« Dieser Aufruf sollte nur verdecken, dass der DGB und die Einzelgewerkschaften nicht weiter mobilisierend tätig wurden. Die Gewerkschaftsorganisationen wurden nicht eingesetzt zur Stütze solcher Aktionen wie die der Stahlwerker und Daimler-Kollegen.

IGM Bremen: Keine Mobilisierungskraft mehr

Von der IGM-Küste wurde im Juli bekannt, dass der Bezirksleiter Teichmüller die Betriebsräte von Großunternehmen



Bremen, 5.9.2000: Veranstaltung des DGB mit Otmar Schreiner

Wie halbherzig die Mobilisierung durch die Organisation blieb, zeigte sich in den verschiedenen Gewerkschaftsveranstaltungen in Norddeutschland im Herbst.

In einer DGB-Veranstaltung am 5.9.2000 mit zirka 50 Gewerkschaftern unter dem Motto »Noch ist Zeit, sich einzumischen« sprachen der SPD-AfA-Vorsitzende Schreiner und Johannes Steffen. Schreiner setzte sich für die Anwesenden überraschend kritisch mit der Rentenreform auseinander und sagte deutlich, »die Renten sind auch so weiterhin bezahlbar«. Er könne aber nur seine Meinung in der SPD-Fraktion sagen. Als Juso habe er früher die Doppelstrategie verfolgt. Also letztlich: Ich bin ja voll dagegen, aber ich stimme mit der Mehrheit der SPD-Fraktion. Der Rentenexperte der Arbeiterkammer Bremens, J. Steffen, schloss seine Darlegungen pessimistisch. Die Ergebnisse des gerade beendeten Gewerkschaftsrates der SPD im Kopf, sagte er: Die Gewerkschaften werden nach dem Gespräch mit der Regierung nichts mehr dagegen tun.

Die DGB-Vorsitzende Bremens, Helga Ziegert, trat verbal gegen die Rentenpläne auf. Die wiederholte Forderung aus der Versammlung heraus, die Gewerkschaften müssten endlich aktiv werden, beantwortete sie jedoch mit der Information, die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften Bremens sähen keine Möglichkeiten zur Mobilisierung gegen die Rentenpolitik der Regierung. Auch betriebliche Kollegen, von denen nur wenige anwesend waren, äußerten sich so. Empört wandte sie sich gegen den Vorwurf, die Kollegen würden von den Gewerkschaften nicht informiert. Als Helga Ziegert die durchaus vorhandene Mobilisierungsmöglichkeit am Beispiel der Unterschriftensammlung der Bremer Stahlwerke entgegen gehalten wurde, griff sie diese Aktion als Beweis für Information durch die Gewerkschaften auf und forderte die Anwesenden auf, selber aktiv zu werden. Nach der Versammlung schrieb sie an die Gewerkschaftsvorstände: Es sei »noch Zeit sich einzumischen ... Kollegen vom Stahlwerk Bremen haben zu dieser Aktion ... Unterschriften gesammelt;

Norddeutschlands über die Stimmungslage befragt habe. Deren Antwort war: Nicht mobilisierungsfähig. Über die Presse teilte der IGM-Vorsitzende Zwickel weiterhin mit: »Aktionen starten im September«; später dann: »Proteste im Oktober auf die Straße tragen«.

Was tat sich nun nach der Sommerpause in Bremer Betrieben? Die Ortsverwaltung der IGM trat zusammen, und die Betriebsräte der Unternehmen erklärten am 4.9.2000, sie könnten nicht mobilisieren. Von dieser Sitzung wurde eine Aussage von Bezirksleiter Teichmüller berichtet, man wisse nicht genau, wofür man kämpfen solle. Für die, die sich gegen die »Reform« wehren wollten, war jetzt so richtig »die Luft raus«. In der Delegiertenversammlung am 11.9. gab es dennoch eine Konfrontation. Kritiker der Rentenpolitik nannten deren Folgen und forderten die IGM zum Handeln auf. Die Bremsen waren Vertreter der Großbetriebe wie die Sprecher des Betriebsrates der Stahlwerke, deren Antwort war: Seit zehn Jahren sei die Mobilisierungsfähigkeit verlorengegangen; sie möchten als Betriebsrat etwas innerbetrieblich gestalten und nicht immer Negatives in die Belegschaft tragen... Der 2. Bevollmächtigte Bremens wies auf die geplanten Funktionärskonferenzen des Nordens in Hamburg hin: Dort werden wir hören, wieviel Bewegungsbereitschaft es gibt.

In dieser Delegiertenversammlung flossen die Ergebnisse des SPD-Gewerkschaftsrates (Leitung: Bundeskanzler Schröder) vom 4.9. ein: Die IGM sei dort von den anderen Gewerkschaften allein gelassen worden, Schulte stand gegen Zwickel; die IGM hätte die weitestgehenden Forderungen vertreten. Den Bremer Delegierten wurde eine schriftliche Mitteilung mit den Annäherungspunkten und noch bestehenden Forderungen der IGM an Riester vorgelegt, dabei fehlten aber die wesentlichen Punkte: Umlagefinanzierung und paritätische Zahlung. Damit waren die entscheidenden Mobilisierungsargumente vom Tisch und die Linie des IGM-Vorstandes klar, im Randbereich des Gesetzes noch Änderungen durchzusetzen. Das sind vor allem Punkte, die die Senkung des Rentenniveaus bremsen sollen und für die Be-

troffenen sinnvoll und nötig sind, es sind aber nicht die einzigen, die gegen diese Renten»reform« sprechen. Ein Kollege, der die Ergebnisse des Gewerkschaftsrates kritisierte, hielt die IGM-Information hoch und meinte, »das Ding hat Null Mobilisierungsgrad«.

Berlin: Gescheiterter Oppositionsversuch

Im September gab es einen größeren Mobilisierungsversuch von Gewerkschaften in Deutschland und zwar vom Aktionsbündnis »Aufstehen für eine andere Politik-Halbzeit: Zwei Jahre Rot-Grün; Unsere Alternative: Arbeit und soziale Gerechtigkeit«, Demonstrationen und eine »Kundgebung für eine andere Politik« am 23.9. in Berlin. Erwartet wurden 20.000 und entsprechend waren die Vorbereitungen. Bremer Gewerkschaften und Initiativen unterstützten diesen Protest, der vor einigen Ministerien stattfand. Für die Abschlusskundgebung waren angekündigt: Gingold (VVN), Gysi (PDS), Hickel (alternative Wirtschaftspolitik), Richter (SPD-MdB), Schmitthenner (IGM). Die Bremer Teilnehmer kamen enttäuscht zurück, mitgefahren waren Kollegen vom Friedensforum und Erwerbslose. Der Demonstrationsszug zum Arbeitsministerium mit zirka 500 Leuten war nicht sehr auffallend, der zum Außenministerium war auch nicht größer. Zur Abschlusskundgebung kamen zirka 1000, die Redner redeten zu ihnen, als wären sie viele Tausende. Bemerkung von resignierten Berlinfahrern: Die Deutschen lassen sich alles gefallen, wann wehren sie sich endlich? Den Organisatoren wurde im nachhinein vorgeworfen, dass diese Aktion nicht mit der der Gewerkschaftsjugend koordiniert gewesen sei. Unter dem Motto: »Her mit dem schönen Leben« hatten sich zeitgleich zirka 20.000 von der Gewerkschaftsjugend mobilisierte Menschen in Berlin getroffen. Die »Kundgebung für eine andere Politik« hätte nicht getrennt stattfinden dürfen, sondern mangels Masse bei dem Jugend-Abschluss-Festival mit eingebracht werden müssen.

Hamburg, 10.10.: Riester stellt sich IGM-Funktionären

Es sollte eine Konferenz der führenden Betriebsvertreter des IGM-Bezirks Küste sein – die mobilisieren sollen. Eine hundertköpfige Versammlung war es nur – aus Nord-Niedersachsen bis Mecklenburg, und das spricht für sich. Nur wenige Vertreter von Betriebsräten und VK-Leitungen nahmen teil, von sechs Diskussionsrednern kamen fünf aus Bremen. Riester erhielt für die Erklärung, was sie an Kohl'schen Verschlechterungen zurückgenommen hätten, Applaus. Sonst erklärte er, was sein müsse: Sie hätten leere und nicht mehr finanzierbare Rentenkassen vorgefunden. Die Bundeszuschüsse aus Steuermitteln mit 40 Prozent betragen 136 Milliarden – das sei zu viel. Den Kritikern drohte er, dass er mal den Mund aufmachen würde, wenn er weiter so angeschossen würde – über die üppige Selbstversorgung der hauptamtlichen Gewerkschafter auf Pensionsbasis. Und weiter: Es ginge nicht anders, wenn überhaupt noch Renten gezahlt werden sollen. Eine Grundsicherung sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Einen heißen Herbst halte er nicht für real, weil alle Leute sagen, die »Lohnnebenkosten« seien zu hoch. Er verhandle nicht mehr mit den Gewerkschaften, wenn zu viel kritisiert werde.

Schmitthenner erläuterte Richtiges zum Systembruch, erhielt viel Beifall und hielt Riester entgegen: Für Jüngere bedeute das höhere Eigenleistung und dabei komme weniger gesetzliche Rente heraus als nach dem bisherigen Modell;

man könne Jüngeren gar nicht mehr klarmachen, warum sie für eine gesetzliche Rente sein sollen. Bezirksleiter Teichmüller redete über jede Position drumherum und rechtfertigte den berechtigten Protest der Betroffenen gegenüber Riester. Kollegen, die Teichmüller von früher her aus der Werftkrisenzeit kennen, waren enttäuscht von ihm, weil das Kämpferische fehlte, er sei kein Interessenpolitiker mehr.

In den kritischen Diskussionsbeiträgen wurde deutlich, dass es schon Altersarmut (zum Beispiel bei Schichtarbeitern) gibt, dass dieses bald für jeden zweiten Rentner gilt, es andere Modelle zur Sanierung der Rentenkassen gibt, die nicht nur die Beschäftigten belasten, zum Beispiel die Einbeziehung von Besserverdienenden; der Staat darf nicht aus der sozialen Verantwortung entlassen werden: Keine Privatvorsorge, denn die wenig verdienen oder krank waren, können diese nicht bezahlen; Koppelung der Rente an den Lebensstandard, d.h. eine Rente muß gezahlt werden, von der ein Mensch leben kann – also Grundrente. Das Hauptthema der Kritik an Riester waren die 15:11 Prozent, die Aufgabe der paritätischen Einzahlung zugunsten der Unternehmer und zum Lohnabbau der Kollegen. Zur Politik der Gewerkschaftsführungen wurde gesagt: Sie sollen mal aufordern, was zu machen, dann werden wir sehen, wer was macht; sie sollen außerdem andere betroffene Kreise wie Kirchen und Sozialverbände in den Widerstand gegen Sozialabbau einbeziehen – wie früher.

Die Erwerbslosen der IGM-Bremen verteilten einen »Offenen Brief«, den sie Riester und Teichmüller vorher zur Beantwortung in der Versammlung geschickt hatten. Inhalt: die Belange der besonders betroffenen Erwerbslosen, von denen sonst keiner spricht (siehe Kasten). Riester schwieg dazu, Teichmüller übergab das. Daraufhin schickte die Erwerbslosengruppe den Brief nochmal nach Berlin zu Riester und informierte die Bremer Medien über die immer noch fehlende Antwort.

Hamburg, 14.10.:

IGM: Mit der Regierung kann man verhandeln

Die Einladung für die Versammlung mit der Kollegin Engelen-Kefer vom DGB war sehr ansprechend: Büfett, Kabarett, Rede, Diskussion, Rede von Teichmüller, Diskussion (die aber wegen der Essensausgabe und weil angeblich alle nach Hause wollten, nicht stattfand). Das Kabarett kam gut an: Die Bundesregierung (»Ich hatte einen Hund, der hat Scharping die Hand geleckt – und ist gleich eingegangen«), CDU- und andere Politiker wurden geistreich durch den Kakao gezogen und veräppelt. Auch die Beschäftigten bekamen ihr Fett ab: »Was ist denn mit der Arbeiterklasse? Kennt doch jeder – die heißt jetzt A-Klasse«, »Ich sehe die Zukunft des Sozialismus eher im Antiquitätenhandel«. Es fehlte aber, dass die Kabarettisten die Politik der Gewerkschaftsführungen aufs Korn nahmen, zum Beispiel wegen des Unterschiedes zwischen Reden und Handeln. Auch diese Versammlung war mit 500 Teilnehmern nicht voll: Es waren hauptsächlich über Fünfzigjährige, Erwerbslose, Rentner und die Bevollmächtigten aus Norddeutschland, höchstens die Hälfte waren Betriebsfunktionäre. Von 20 angemeldeten Vertrauensleuten der Stahlwerke Bremen waren gar nur fünf mitgekommen – der VK-Leiter sprach das offen an: Warum die Gewerkschaft nichts tut, wollen viele nicht verstehen und fehlen hier.

Kollegin Engelen-Kefer ließ gleich die Katze aus dem Sack: Im Durchschnitt ist die Bundesregierung positiv, wich-

An den Bundesminister...

An den
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Herrn Walter Riester
Jägerstr. 9 · 10117 Berlin *Bremen, 6. Oktober 2000*

Sehr geehrter Herr Riester,
unsere Gewerkschaft hat Sie am 10. Oktober zu einer Diskussionsveranstaltung über die Rentenreform eingeladen.

Da es keine Informationen darüber gibt, mit welchen Vor- und Nachteilen Erwerbslose rechnen müssen, ist für uns die Beantwortung folgender Punkte in Ihrem Referat lebensnotwendig. Folgende fünf Fragen sollen deshalb in Ihrem Referat einzeln behandelt werden:

1. Private Altersvorsorge kostet Geld. Geld, das Erwerbslose nicht haben. Wenn die Erwerbslosenunterstützung mehr schlecht als recht zum Leben reicht, kann nichts fürs Alter gespart werden. Welche Privatvorsorge ist von der Regierung für Erwerbslose vorgesehen? Welche staatlichen Zuschüsse gibt es dafür?

2. Wegen niedrigen Löhnen, Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit zählen immer mehr Kolleg/innen zu den »arbeitenden Armen«. Wenn sie ergänzende Sozialhilfe bekommen, können sie keine Vorsorge treffen, das steht den Regelungen der Sozialhilfe entgegen. Auch angesparte Vermögenswerte zur Alterssicherung müssen bis auf 2.500 DM aufgelöst und verbraucht werden. Dadurch schaffen Sie Millionen von Armen. Diese Menschen sind für immer – auch im Alter – auf das Sozialamt angewiesen.

Welche Massnahmen wollen Sie als Bundesminister dieser rot-grünen Regierung dagegen ergreifen?

3. Bei der Berechnung von Arbeitsamtsleistungen werden die Sozialversicherungsbeiträge in der üblichen Höhe berechnet. Rentenrelevant sind jedoch beim Arbeitslosengeld nur 80 Prozent des alten Bruttoeinkommens und bei der Arbeitslosenhilfe nur noch der Auszahlungsbetrag. Diese Regelung bei der Arbeitslosenhilfe wurde nicht von der Kohl-Regierung, sondern durch Ihre Regierung veranlasst. Sie bedeutet einen Verlust vom monatlichen Rentenanspruch von bis zu zwei Dritteln.

Warum bestraft diese Regierung Beschäftigte, die jahrelang Beiträge und Steuern entrichtet haben und alle, die ohne Verschulden erwerbslos wurden?

4. Die Bundesregierung sagt, sie setze sich für die Gleichberechtigung der Frauen ein. Es ist bekannt, dass Frauen durch die Bedürftigkeitsprüfung weniger Arbeitslosenhilfe bekommen als Männer. Bei den Rentenbeiträgen der Arbeitslosenhilfe hebt die Bundesregierung die Gleichberechtigung von Mann und Frau aus. Welchen Grund haben Sie und Ihre Regierung, erwerbslose Frauen in erheblichem Masse bei der Alterssicherung zu benachteiligen? Wie sollen diese benachteiligten Frauen höhere Beiträge für die Privatvorsorge aufbringen?

5. Wie schätzen Sie als Minister dieser Bundesregierung die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Rentner/innen in Folge dieser Rentenreform ein?

Arbeitskreis erwerbsloser Metalller/-innen Bremen

tige Reformen stehen noch aus. Die nächsten Monate entscheiden, ob die Politiker gewechselt wurden oder die Politik gewechselt hat. »Wir wollen keine Altersarmut«, lasst uns gemeinsam daran arbeiten, hart ringen. Das Interesse der Arbeitnehmer muss eingebracht werden, wenn nötig mit Druck... Wir haben die 1989-Reform mitgetragen, jetzt geht's nicht mehr. Wir wissen, dass wir Abstriche im Rentenniveau hinnehmen müssen, aber nicht einseitig zu unseren Lasten und zur Entlastung der Unternehmer. Wir sollten weiter diskutieren, ob wir heißen Herbst machen oder uns in Sälen verkriechen.

Soweit die 2. DGB-Vorsitzende. Alles war ummauert mit richtigen Punkten der Kritik an der Rentenreform. Engelen-Kefer am Schluß: Sie hätten mit Riester im DGB vorher alles besprochen, wie sie sich die Reform vorstellten, und dann kam 14 Tage danach was ganz anderes raus. Sie ruft auf: Nur mit Reden kommt man nicht weiter, wir brauchen eure Unterstützung. Wir machen keine Fundamentalopposition. Wir sind verhandlungsbereit und kompromissfähig.

Über zehn Diskussionsredner zeigten auf, dass die Altersarmut von Rentnern schon besteht; es nicht ausreicht, was die Gewerkschaften bisher an Widerstand organisierten; schilderten die Probleme der Mobilisierung durch die Uninformiertheit der Belegschaften und dass die Mehrheiten in den Betriebsräten und auch viele IGM-Funktionäre nichts dagegen tun.

Teichmüller zeigte offen die Grenzen der IGM-Politik auf, wobei er Zustimmung mit Beispielen einholte wie, die

Kosten der Einheit und die der Sozialpläne wurden den Sozialversicherungen übergebolt; mehr Vorteile haben die hohe Steuern Zahlenden durch die Vergünstigungen... Zur Mobilisierungsfrage sagte er: Wenn der Druck aus den Betrieben wie bei der Lohnfortzahlung wäre, hätten wir eine Großaktion gemacht. Zur Bremer Daimler-Aktion: 300 Leute in der Mittagspause, ist das das Zeichen? Und die Presse sieht das, ist das der Druck? Er gibt zu, dass in den Kohl-Jahren keine Sozialpolitik von ihnen gemacht wurde. Es gibt keine Alternative zu dieser Bundesregierung, wenn welche sagen, Riester nicht – wer dann? In England sagen sie zu Blair, Thatcher war schlimmer.

Die Systemfrage ist in der Gesellschaft zu stellen, nicht in der Gewerkschaft. Man kann nicht so tun, wenn man das draußen nicht lösen kann, in der Gewerkschaft das alleine lösen. Diese Bundesregierung macht es uns leichter, sozialpolitische Vorstellungen zu verwirklichen – alle Betriebe, die Lohnfortzahlung nicht hatten, haben sie jetzt. Zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes: Die alte Regierung hätte kein Gespräch mit uns darüber gehabt. Wieviel Kollegen kriegt ihr morgen für die Mitbestimmungsforderung auf den Platz? Wir brauchen Verbündete im Parlament, die die Gesetze machen. Verhandeln wir nicht – verbessern wir dann die Situation? Ist die SPD weg, zaubern wir da was Besseres aus dem Boden? Wo in der EU gestreikt wird, stehen die Kollegen nicht besser da. Die Menschen müssen sich mit Sozialversicherungspolitik beschäftigen, wollen das aber nicht, die wollen, dass jemand das löst. Die sozial-

demokratische Regierung unterliegt Zwängen und Mehrheiten. Zum Schluss: Der Herbst ist noch nicht vorbei, den Kollegen muss deutlich gemacht werden, was es an der Rente zu verändern gilt. Denen, die kämpfen, muss Unterstützung gegeben werden. Die starken Worte am Schluss, als käme in den nächsten Wochen noch was Kämpferisches von der IGM, fanden ein Echo in Wortmeldungen, doch die Versammlung wurde abgebrochen.

Fazit der Rede von Teichmüller: Er sagte nichts zur Rentenproblematik und lenkte mit den Aussagen zum Betriebsverfassungsgesetz davon ab. Die Diskussionsredner zu den Aussagen von Engelen-Kefer waren in die radikale Ecke gestellt und nicht ernst genommen worden. Dabei sind die es, die sich für das eigene Handeln der Kollegen einsetzen, diese informieren und orientieren. Kein Fett kriegten die Betriebsräte ab, die nicht gekommen waren und nicht mobilisieren. Dazu sagte er nur, »die muss ich in die Pflicht nehmen«. Doch es blieb der Eindruck: Mit der Bundesregierung hat die IGM schon einen faulen Kompromiss gemacht. Bevor der »heiße Herbst« überhaupt anfangen könnte, ist er schon aufgegeben. Die Kritiker dieser Anpassungspolitik blieben dabei: Auch wenn die Gewerkschaften nicht die Systemfrage lösen können, ist doch ihre Aufgabe, den Widerstand gegen den Sozialabbau zu organisieren.

Perspektiven dieser IG Metall?

Mit der Einbindung in das »Bündnis für ... Wettbewerbsfähigkeit« lassen sich dort die Gewerkschaften die Richtung vorgeben: Und die heißt Senkung der »Lohnnebenkosten«. Damit ist keine Organisation da, die Widerstand organisieren könnte. Die Gewerkschaftsführungen erhoffen sich durch ihre Zurückhaltung eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen im globalisierten Wettbewerb – und damit die Hoffnung auf Arbeitsplatzhaltung und Rücksichtnahme der Unternehmer.

Die politische Einflussnahme der Gewerkschaften vor zwei Jahren zur Bundestagswahl für die SPD hatte zur Abwahl von Kohl/Blüm wegen der »sozialen Kälte« ihrer Politik geführt. Heute nehmen die Gewerkschaften eine gegenüber der SPD/Grünen-Regierung tolerierende Haltung in dem Sinne ein: Hauptsache, wir sind am Verhandlungstisch dabei, auch bei diesem Sozialabbau. Und das trotz steigender Gewinne der Unternehmen und Banken. So wird die Rolle der SPD deutlich: Sie führt im Interesse des Kapitals deren Politik durch – die sie gewählt haben, sind enttäuscht und zur Opposition unfähig geworden.

Die Kampfesworte ohne wirkliche Mobilisierung führen zur Enttäuschung von Mitgliedern, die etwas anderes erwarten. Immer mehr Beschäftigte finden ihre Interessen in den Gewerkschaften immer weniger vertreten. Das noch bestehende Vertrauen in die IGM geht dabei verloren. Die Gewerkschaften verlieren durch ihr Nichthandeln an Perspektive, geben keine Orientierung. Die junge Generation, die eigentlich für die Gewerkschaften gewonnen werden müsste, sieht jetzt widerstandslos die Verschlechterungen auf sich zukommen. Sie erlebt nicht, was eine Gewerkschaft für ihren Schutz und ihre Organisation bedeuten kann – und wendet

sich ab. Zersplittert, egoistisch, unsolidarisch und für ihren Betrieb denkend, werden die Beschäftigten Spielball der Unternehmerinteressen.

Die Rücksichtnahme auf die SPD-Regierung bewirkt für die Gewerkschaften genau das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigen: Damit werden von der SPD enttäuschte Menschen passiv und auch den demagogischen Kräften wie CDU oder NPD in die Arme getrieben. Die Furcht der Gewerkschaftsführungen, durch aktiven Widerstand die schlafenden Kräfte des Riesen – die Beschäftigten – zu wecken, gefährdet so langfristig den Bestand ihrer Organisationen. Nur in der Verteidigung ihrer sozialen Interessen können die Kollegen überhaupt den Wert ihrer Gewerkschaft erkennen.

Kollegen heute noch zu solchen Versammlungen wie denen in Hamburg hin zu organisieren hat oft auch eine Kehrseite. Zu oft haben diese erfahren, dass sie dort nur der applaudierende Rahmen für Sonntagsredner – Statisten – sind und kritische Reden keinerlei Auswirkungen auf die Gewerkschaftspolitik haben. Das hinterlässt nur Enttäuschung, die nicht wieder teilnehmen. Da heute von den Kollegen kein Druck ausgeht, eigene Interessen solidarisch zu vertreten, da die Masse der Beschäftigten nicht in Richtung eigener politischer Interessenvertretung drängt, noch nicht mal eine Perspektive darin sieht, können Linke nur in ihrem möglichen Rahmen zusammenarbeiten und unter den Kollegen Voraussetzungen dafür schaffen, dass es mehr werden, die an Veranstaltungen bewusst teilnehmen, Einfluss nehmen und ihre Meinung sagen.

28.11.2000 ■

■ BREMEN

Schärferer Ton bei der ITF-Aktionswoche

Vom 25. bis 29. September fand wieder eine europaweite Kampagne der internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) gegen Billigflaggenschiffe statt. Die ITF ist der weltweite Zusammenschluss von Transportarbeitergewerkschaften. In Deutschland gehören ihr die ÖTV und die GdED an. Die Kampagne wird seit einigen Jahren durchgeführt, um Tarifverträge (Mindestlohn) auf sogenannten Billigflaggschiffen durchzusetzen.¹ Einbezogen in die diesjährige Kampagne waren Gewerkschaften in 26 Ländern. Das Ergebnis war, dass wie in den Jahren zuvor eine Reihe von Tarifverträgen und Heuernachzahlungen durchgesetzt werden konnten. Ebenso gelang es erneut, Schiffe, deren Reeder keine Tarife abschließen wollten, zu boykottieren und auf diese Weise den Abschluss durchzusetzen. Eine für deutsche Verhältnisse neue Qualität erlangte eine Auseinandersetzung in Bremen:

Im dortigen Privathafen »Weserport«, der den Umschlag für die Stahlwerke Bremen erledigt und diesen auch zu 20 Prozent gehört, lag die »Anthea Y«, ein Schiff unter zypriischer Flagge, das ohne Tarifvertrag fährt. Sie sollte Stahl zur Weiterverarbeitung zu einem Werk in Italien bringen, das beteiligt ist am Bremer Warmwalzwerk (BREMA). Die ITF forderte den Reeder zum Abschluss eines Tarifvertrages auf und setzte eine Frist bis zum nächsten Tag. Als diese ohne Reaktion verstrichen war, wurde der Verladeboykott gegen das Schiff begonnen.

»Die IG Metall ist weiterhin bereit, eine soziale Rentenreform mitzugestalten«, hat Zwickel versichert. Sie wisse, dass sie ihre Ziele

»immer noch am besten mit einer sozialdemokratischen Regierungspartei« verwirklichen könne.

DIREKT – Infodienst der IG Metall vom 8. November 2000

Dazu waren im Vorfeld entsprechende Absprachen zwischen ITF als Organisator des Arbeitskampfes, ÖTV sowie IG Metall (als die zuständigen Gewerkschaften) und Betriebsrat und Vertrauenskörperleitung der Stahlwerke getroffen worden. Der Grund: Bei den Verladearbeiten sind der Kranführer und der erste Anschläger von den Stahlwerken (IGM), der zweite und dritte Verloader von einer Hafenerladefirma (ÖTV) und der Transportarbeiter und Tallymann (an Bord Verloader) wiederum von einer anderen privaten Firma (Gesamthafenbetrieb, auch ÖTV). Die betrieblichen Funktionäre informierten ihre Kollegen über Hintergrund und Ziel der Aktion sowie ihre Betriebsleitung darüber, dass die Aktion sich gegen den Reeder richtet und die Kollegen bereit wären, an anderer Stelle zu arbeiten.

Mit Beginn des Boykotts begannen die Betriebsleitungen von »Weserport« und Stahlwerke den Konflikt zu eskalieren. Zunächst erschien sofort nach Beginn der Aktion der stellvertretende Betriebsleiter des »Weserport«, versuchte seine Arbeiter mit Entlassungsdrohungen unter Druck zu setzen und fuhr sogar selbst mit einer Arbeitsmaschine (Carrier) auf den ITF-Trupp los, wobei er um Haaresbreite den ITF-Inspektor übergefahren hätte. Nach dieser ersten Eskalation gelang es, die Verladearbeiten an dem Schiff für den Rest der Frühschicht, die folgende Spät- und Nachtschicht sowie den Beginn der Frühschicht zu boykottieren. Am selben Abend wurde den an der Aktion beteiligten Gewerkschaftern von ITF und IG Metall, von letzteren mehrere Betriebsräte der Stahlwerke, der Zutritt zum Betriebsgelände der Stahlwerke verwehrt. Da nur über das Stahlwerksgelände der »Weserport« (Privathafen) zu erreichen ist, wurde sofort beim zuständigen Arbeitsgericht Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt. Am nächsten Morgen wurde diesem Antrag stattgegeben und die Gewerkschafter konnten den Betrieb wieder betreten.

Im Verlauf der Frühschicht informierte dann ein Vorstandsmitglied der Stahlwerke den am Ort befindlichen ITF-Trupp, dass das Unternehmen erneut versuchen werde, Verladearbeiten durchzuführen. Um eventuell später Schadensersatzansprüche geltend machen zu können, wollte man außerdem zahlreiche Fotoaufnahmen machen.

Die daraufhin herbeigerufenen Betriebsräte und Vertrauensleute der Stahlwerke hielten sofort eine Abteilungsversammlung mit den zur Arbeit eingeteilten Arbeitern ab. Sie informierten erneut über den gewerkschaftlichen Hintergrund und die rechtliche Situation. Nach der Abteilungsversammlung wurden die Kollegen einzeln zum Justitiar der Stahlwerke gerufen und massiv mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bedroht, falls sie die Arbeit am Schiff weiter verweigern sollten. Später stellte sich heraus, dass besonders wichtige Arbeiter wie die Kranführer sogar schon vor Schichtbeginn zu Hause aufgesucht und unter Druck gesetzt worden waren. Sie wußten, dass sie nach dem Boykott den Vorgesetzten allein gegenüberstehen würden, ohne Betriebsrat, VK-Leitung und Gewerkschaft.

Unter diesen Bedingungen war der Boykott nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die Arbeiten wurden, wenn auch langsam und teilweise von Vorarbeitern oder unter direkter Beaufsichtigung des Betriebsleiters, wieder aufgenommen. Besonders erschwert wurde die Situation noch dadurch, dass insgesamt Kollegen aus vier verschiedenen Firmen

zusammenarbeiteten, die teilweise nicht gewerkschaftlich organisiert waren. Während diese zu Anfang einfach nicht ohne die Stammebelegschaft arbeiten konnten und deshalb einfach abgezogen waren, erhöhten sie jetzt den psychologischen Druck auf die boykottbereiten Kollegen, indem sie vor Ort waren und Arbeitsbereitschaft zeigten.

Als ein Scheitern drohte, wurde der Boykott – zunächst nur vorläufig – eingestellt. Am nächsten Tag lief das Schiff, vermutlich nur zu etwa drei Vierteln beladen, nach Ravenna aus. Von der ITF wurde der dortige Inspektor informiert und es sollte versucht werden, das Schiff dort erneut zu boykottieren. Laut einem späteren Betriebsratsinfo traf es mit viertägiger Verspätung in einem anderen Privathafen in Italien ein. Seither hat es keine einzige Fracht erhalten, weil es auf der schwarzen Liste der ITF steht.

Abschließend ist die Aktion weder als Erfolg noch als besonders schwere Niederlage einzustufen. Es muss aber wohl für die Zukunft besser in das Bewusstsein rücken, dass auch in Großbetrieben, in denen in der Vergangenheit gewerkschaftliche Tätigkeit relativ geordnet und friedlich betrieben werden konnte, die Gewerkschaftsarbeit unter bestimmten Bedingungen einem erhöhten Druck ausgesetzt werden kann. Wäre diese Möglichkeit von vornherein mit ins Kalkül gezogen worden, hätte vielleicht ein größerer Erfolg erreicht werden können. 24. 11. 2000 ■

ÖTV-GEWERKSCHAFTSTAG IN LEIPZIG

Bericht eines Delegierten

vom 14. ÖTV-Gewerkschaftstag vom 4. bis 10. November

Auf diesem Kongress sollte alles klargemacht werden mit der Einstimmung der Organisation auf ver.di. Drei Jahre Vorbereitung sollten einen guten Abschluss finden. Alles schien in trockenen Tüchern zu sein, als die 553 stimmberechtigten Delegierten und über tausend Zuhörer und Gäste in Leipzig eintrafen. Zumindest an Papier mangelte es nicht. Die mehr als 500 Anträge sprengten die zwei mitgeschickten Ordner und kamen auf beeindruckende drei Kilo Gewicht. Einige hundert Seiten Geschäftsberichte in Vierfarb-Druck betonten die Wichtigkeit der Organisation. Zäh zu lesen, eine Ansammlung von Sprechblasen und Worthülsen, aber schön bunt und modern. Warum der Kongress sechs Millionen Mark kosten sollte, dämmerte mir hier erstmals.

Interessant, und wohl nicht zufällig am Ende versteckt, waren die Angaben über die Mitgliederentwicklung der letzten vier Jahre. In den Ost-Bezirken verlor die ÖTV 27,83 Prozent ihrer Mitglieder, wobei im Jugendbereich (in der ÖTV geht dieser bis zum 28. Lebensjahr) sogar 78,18 Prozent verloren gingen.

Im Westen betrug der Verlust insgesamt 7,29 Prozent, wobei im Jugendbereich die Abnahme 39,34 Prozent betrug. In Berlin waren es 20 Prozent Mitglieder weniger, und im Jugendbereich stolze 62,27 Prozent. Der Anteil jugendlicher Mitglieder lag Ende 1999 bei 4,2 Prozent und der über 50-jährigen bei 37,5 Prozent.

Ein katastrophaler Trend, der im Geschäftsbericht kaum vorkam und unter der Überschrift »Zahl der Mitglieder nimmt weniger stark ab« verzeichnet wurde. Dort hieß es: »Die seit 1992 negative Mitgliederentwicklung setzte sich fort, jedoch auf niedrigerem Niveau.«

1) Zu den Hintergründen siehe »Arbeiterpolitik« Nr. 4/99, S. 33 ff.

Wer jetzt erwartet hätte, dass dieser Kongress sich um diesen Niedergang der Gewerkschaft, diesen biologisch absehbaren Auslauf der Organisation durch kollektive Vergreisung (das Durchschnittsalter der Leipziger Delegierten betrug 49 Jahre, und gerade mal 14 Delegierte waren unter 28 Jahren alt) drehen würde, sah sich getäuscht. Es gab in der Kongressregie nur ver.di, ver.di und nochmals ver.di.

Damit die Delegierten auch wussten, was sie ermöglichen sollten, bekamen sie zwei Tage vor Kongressbeginn einen zusätzlichen Ordner mit 256 Seiten »*Dokumente zur Verschmelzung der Gewerkschaft ver.di – Richtlinien*«, beschlossen von der ver.di-Mitgliederversammlung am 22./23. Oktober. Sie waren gemäß Begleitschreiben »*beschlossen*« und also nicht mehr zu verändern. Auch nicht auf dem ÖTV-Kongress. Dies »erhöhte« maßgeblich die Bereitschaft, sich an diesem »Dialog« zu beteiligen.

Der Kongress begann am Samstagabend mit einer Einführung in moderne gewerkschaftliche Kommunikation und Diskursfähigkeit. Carmen Thomas, bekannt in NRW durch ihre langjährige Radiosendung »*Hallo Ü-Wagen*« lud zur Talk-Show. Neben drei ÖTV-KollegInnen und Herbert Mai waren in dieser Runde der CDU-Bürgermeister von Leipzig, Wolfgang Tiefensee, die Finanzministerin von Mecklenburg-Vorpommern und Dieter Philipp, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks. Man unterhielt sich gepflegt, wie unter Freunden. Viele Delegierte gingen 'raus. Einer aus Düsseldorf brachte es am nächsten Tag in der Diskussion auf den Punkt, »*dass wir hier eine Eröffnungsveranstaltung gemacht haben, die symptomatisch für unsere Organisation ist. Das war der Krampf. ... Die Agenten der Bourgeoisie hatten hier Rederecht. Da habe ich gedacht, ich bin bekloppt! Und ich bin 'runtergegangen und habe einen Rotwein getrunken.*«

Wer nicht 'runterging, erlebte eine gute katalanische Musik- und Tanzgruppe, die allerdings den Fehler machte, die anwesende ver.di-Führung und den Rat verdienter Gewerkschaftsspitzen zum Mittanzen einzuladen. Soviel Spontaneität war zuviel. Monika Wulf-Matthies fiel von der Bühne und wurde von Detlef Hensche wiederaufgerichtet.

Nach diesem Abend konnte es nur noch besser werden

An dieser Stelle ist es sinnvoll, denjenigen, die mit den Richtungen in der ÖTV nichts anfangen können, eine kleine Orientierungshilfe auf der gewerkschaftspolitischen Landkarte zu geben. Es gibt in der ÖTV mehrere Apparatströmungen, die sich durchaus in einigen wesentlichen Punkten unterscheiden, aber allesamt sozialdemokratisch und mit dort noch vorhandenen oder bereits historischen Strömungen vergleichbar sind. Die Richtung, die der geschäftsführende Hauptvorstand (gHV) vertritt, lässt sich mit den Schlagworten »Bündnis für Arbeit«, Co-Management, Modernisierung, maßvolle Tarifpolitik und »ver.di um fast jeden Preis« bezeichnen. Selbstkennzeichnend sind die Begriffe »Dialogbereitschaft« und »Zukunft«.

Eine zweite Richtung stellt die Mehrheit von Nordrhein-Westen (NW II) dar, die aus linken Sozialdemokraten (mit starken Anklängen an die frühere Stamokap-Fraktion der Jungsozialisten) und traditionellen Gewerkschaftern (Stichworte: Dialog und Konflikt) besteht. Ein Alternativkonzept und ein alternatives personelles Angebot zum gHV legen sie nicht vor. Allerdings kritisieren sie das »Bündnis für Arbeit«

als unergiebig, fordern zum Austritt daraus auf und verfolgen eine eher aktive Lohn- und Tarifpolitik.

Eine dritte Richtung repräsentiert der bayerische Bezirksleiter Michael Wendl mit seinem Anhang. Wendl kommt aus der seminar marxistischen Tradition der bayerischen Jusos, die im Gegensatz zu anderen Basis-Bezirken weniger durch ihre verbal-radikalen Resolutionen als durch eine mehrjährige Lektüre des marxischen Kapitals auffielen. Wendl ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus« und ein sehr kluger Kopf. Dies führt dazu, dass er in »Sozialismus« brillante Analysen und Kritiken der ÖTV-Politik schreibt, die er selbst als Bezirksleiter tagtäglich organisiert. Bei Sitzungen der großen Tarifkommission ist er jeweils doppelt anwesend, einmal als scharfer Analytiker zu Beginn und später als Pragmatiker, der entsprechend der Organisationsvorgaben handeln muss.

Dann gibt es noch das marginale »Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV«, das faktisch zur trotzkistischen SAV-Gruppe gehört. Auf der Konferenz gehörte hierzu ein Delegierter, der eine gute Figur machte, was ihn wohlthuend von den aufgeregten Leuten unterschied, die ich sonst aus dem »Netzwerk« erlebe. Diesem Kollegen Engelhardt aus Aachen war gerade von seinem Arbeitgeber gekündigt worden, was der Kongress mit einmütigen Solidaritätserklärungen beantwortete. Da ist man aus der früheren ÖTV anderes gewohnt, da wurden Kritiker zur Sau gemacht und rausgeschmissen. Heute ist das anders. Zumindest sagen darf man alles.

Was es jedenfalls nicht gibt, ist eine ausgewiesene Oppositionsströmung, die offen und klar um die Mehrheit in der Organisation kämpft. Die Kämpfe zwischen den Richtungen werden eher bei Personalwahlen und bei symbolischen Abstimmungen ausgefochten. Dazu später.

Für Sonntag und Montag waren Geschäftsberichte und die Diskussion derselben vorgesehen. Eine gute Gelegenheit zur Generalabrechnung mit dem gHV. Vor allem wahrgenommen von Delegierten aus NW II.

Einige Schlaglichter aus der Diskussion

Die große Mehrheit der Delegierten hatte kein Interesse an einer tiefergehenden Analyse der ÖTV-Arbeit und empfand, dies war in vielen Pausen- und Flurgesprächen Fakt, die Kritik an Mai als »Anpinkelei«. Dass dies in der Tat die Mehrheitsmeinung war, zeigte die Reaktion auf einen Beitrag von Herbert Mai. Diesem war von Michael Wendl vorgeworfen worden, in der Tarifrunde nicht gekämpft zu haben. Genüsslich zitierte daraufhin Mai ein Schreiben Wendls, in dem dieser dem gHV seinen bayrischen Bezirk als mehrheitlich nicht streikfähig meldete, und stellte ihn damit als unaufrichtig und verlogen dar. Daraufhin tobte der Saal, und das Protokoll verzeichnete zu Recht »*anhaltender, starker Beifall*«.

Es war wirklich eine seltsame Situation. Die »Linken« forderten vom gHV Kampf und mussten sich von mehreren Basisvertretern sagen lassen, dass sie es nicht besser gemacht hatten und die Kampfbereitschaft in den meisten Regionen minimal war.

Am Sonntag gab es zwei Auftritte, die den Zustand der ÖTV illustrieren wie sonst kaum etwas. Das »Basta« des Kanzlers beim Rententhema ging durch alle Medien. Was wenig berichtet wurde, waren die Reaktionen. Es gab einige Pfiffe und Buh-Rufe. Die große Mehrheit dagegen applaudierte Schröder auch noch danach. Diesen Kolleginnen und

Michael Wendl, Bayern

Diese Tarifrunde im öffentlichen Dienst war keine normale Panne, wie sie öfter vorkommt im Tarifgeschäft... das war kein Fehler, sondern ein weitgehender Leitbildwechsel überhaupt in der Tarifpolitik.

... Herbert Mai hat in der Großen Tarifkommission gesagt, auch mit einem Arbeitskampf hätten wir kein besseres Ergebnis erzielt. Das finde ich eine bemerkenswerte Einstellung ... Schon vor dem Arbeitskampf zu wissen, dass der Arbeitskampf gegen diese rot-grüne Bundesregierung nichts bringen wird. (Beifall)

Nach der Urabstimmung haben wir festgestellt im Kreis der Bezirksvorsitzenden und des gHV, dass wir möglicherweise nicht streikfähig sind. Das nehme ich ernst. Ich bin doch kein Abenteurer, der die Organisation in eine nicht kalkulierbare Auseinandersetzung stürzt. Nur, was ist nach der Feststellung, wir sind nicht arbeitskampffähig, passiert? Es hätte doch zumindest durch die Führungsetagen ein Ruck gehen müssen. Eine Tariforganisation, die ihre wichtigste Waffe verloren hat, da muss doch etwas gemacht werden. Gar nichts ist passiert.

Deswegen war diese Tarifaueinandersetzung nicht nur materiell schlecht, sondern es hat ein Leitbildwechsel in unserem Selbstverständnis als Tariforganisation stattgefunden.

Ich vertrete inzwischen die These: Im Bündnis für Arbeit machen die Gewerkschaften – darum ist das nicht neoliberal – einen Tausch; ihnen wird ein Tausch angeboten. Verabschiedet euch von der konsequenten Vertretung Eurer Mitgliederinteressen. Wenn Ihr dies tut, dann bekommt Ihr im Gegenzug eine Bestandssicherung. Ihr seid überall dabei – zumindest für das Fernsehen. (Heiterkeit und Beifall). Ja, so ist das: Wir sind dann überall dabei, wir können überall mitreden. Aber, Kolleginnen und Kollegen, machtpolitisch haben wir nichts mehr zu sagen. Das ist eine Entwicklung, zu der ich ganz deutlich sagen will: Diese Entwicklung hinzunehmen – das kann nicht sein. Dagegen werden wir kämpfen müssen.«

Kollegen war nicht aufgefallen, dass Schröder ihnen klar gemacht hatte, dass er auf die ÖTV und die gesamte Gewerkschaftsbewegung keine Rücksicht mehr nehmen muss, weil er vor ihnen keine Angst zu haben braucht. Ein zahnloser Tiger ist ein Fall für den Kürschner, aber keine Gefahr für die Gegner mehr.

Den Kontrast lieferte am gleichen Abend die Vorstellung einer Biographie des langjährigen ÖTV-Vorsitzenden Heinz Klunckers, der anwesend war und zu den Delegierten sprach. Frenetischer Applaus und laut Protokoll, »lang anhaltender Beifall der aufgestandenen Anwesenden«. Es tat so gut, an frühere Erfolge zu erinnern, als bei Tarifrunden noch zweistellige Ergebnisse eingefahren wurden, der Flächentarif noch heilig war und Regierungen vor der ÖTV zitterten. Ja, damals!

Nach dieser historischen Runde ging es mit ver.di weiter. Lange hatte es so ausgesehen, als würde ver.di in der ÖTV nicht die satzungsgemäß nötige 80-Prozent-Mehrheit bekommen. Aber in den Monaten vor Leipzig war einiges passiert. Der Bezirk Bayern scherte aus der Ablehnungsfront aus, nachdem der Bezirksleiter und ver.di-Kritiker Michael

Wilfried Hülsberg, Düsseldorf (NRW I): »... komme ich zur Realität und zu all dem, was ich dann hier beim Kongress gehört habe. Hier sitzen jetzt ja nur meinesgleichen herum. ... Alle hier, die meinesgleichen sind, sind Mitte fünfzig – und unterhalten sich nur über eines: Wie komme ich ganz schnell mit 110 Prozent in den Ruhestand? Das ist Zukunft! (Heiterkeit – leichter Beifall) Das ist Zukunft in den Betrieben! Keiner macht sich Gedanken darüber, wie kriege ich junge Menschen in Arbeit! (vereinzelte Beifall) ... Was machen wir eigentlich, lieber Herbert? ... Du sagst immer, wir kämpfen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wo kämpfen wir denn? Wir machen doch nur eines: aktive oder passive Sterbehilfe beim Abbau von Arbeitsplätzen im Arbeiterbereich! Etwas anderes machen wir nicht!« (starker Beifall)

Wendl auf der bayerischen ÖTV-Bezirkskonferenz »abgewatscht« und nur knapp wiedergewählt worden war. Im Hauptvorstand nahm die Befürworter-Riege ständig zu und die verbleibenden Ablehnungsbezirke NW II und Sachsen-Anhalt hatten signalisiert, wenn mindestens 70 Prozent der Delegierten in Leipzig für die vorliegenden pro-ver.di-Anträge stimmen sollten, würden sie sich nicht mehr quer stellen und Ver.di stimmenmäßig ermöglichen. NW II hatte 65 Delegierte, unter denen auch noch eine Reihe von ver.di-Befürwortern waren und Sachsen-Anhalt 21. Zusammen hätten sie also höchstens 86 von 553 Stimmen gehabt, was deutlich weniger als die 20-Prozent-Sperrminorität ausmachte. Also, alles klar für ver.di!

Die Diskussion der sogenannten ver.di-Gegner auf diesem Gewerkschaftstag verlief nach dem Muster von Radio Eriwan. »Im Prinzip bin ich ja für ver.di, aber ...«. Ein neben mir sitzender Delegierter nannte dies die »Blümchen-Fraktion« nach dem Teenie-Hit der Sängerin Blümchen »Gib mir noch Zeit!« Da schleppt man seit drei Jahren ver.di vor sich her, keiner kann es mehr hören und dann stellt die Opposition die Forderung, noch weitere Zeit damit zu vertun. Jetzt war die Entscheidung zu tätigen! Eine ganze Reihe von Delegierten ging in die Bütt, und es wurde grundsätzlich argumentiert. »Mutige« standen gegen »Hasenfüße« und »Rückwärtsgewandte« gegen »Zukunftsbejager«. Der Verband deutscher Leerformel-Entwickler hatte seinen großen Auftritt.

Die Befürworter-Fraktion sah in ver.di ein Allheilmittel gegen alle gewerkschaftlichen Gebrechen. Im Falle eines Falles heilt ver.di wirklich alles! Kein Argument war zu blöd, kein Zitat zu abgeschmackt, um nicht noch einmal verwandt zu werden. Appell folgte auf Beschwörung. Herbert Mai appellierte inständig und eindrucklich um Zustimmung für sein ver.di-Projekt, und in den Delegationen wurde noch einmal die Bedeutung der Unterstützung des Projektes an die Frau und den Mann gebracht. Dann – nach eineinhalb Tagen Diskussion war es soweit. Niemand, den ich sprach, zweifelte daran, dass 70 plus X Prozent erreicht würden. Dies galt auch für Kollegen aus der Kritik-Fraktion. In geheimer Abstimmung kam dann die Stunde der Wahrheit für ver.di. Es ging um die Generalprobe für den ÖTV-Kongress im März 2001. Da die Delegierten des Leipziger Kongresses auch im März Delegierte sind, sollte geprüft werden, ob die Mehrheit von 80 Prozent steht.

Thomas Böhm, Baden-Württemberg: *»Wenn wir uns weiterhin wie bisher in der ÖTV als Juniorpartner im »Bündnis für Wettbewerbsfähigkeit« generieren und uns für die Standortsicherung stark machen, wenn wir bei der Demontage des Flächentarifvertrages weiterhin mitmachen, indem wir sagen, wir öffnen Fenster, wenn wir den Abbau von 600.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst als Verwaltungsreform verherrlichen und den Beschäftigten dann auch noch weismachen, dass das ihre Chance sei, wenn wir in der Rentendebatte, bevor wir überhaupt zu kämpfen angefangen haben, schon wieder die »Kleinere-Übel-Position« einnehmen und sagen, Hauptsache, die Arbeitgeber zahlen auch etwas ein, wenn wir insgesamt gegen diese gesamten Herausforderungen, die die Globalisierung und der Neoliberalismus mit sich bringen, keine klaren Antworten finden und nicht auch zu Aktionen kommen, dann werden uns in ver.di die Mitglieder genauso weiter weglaufen, wie sie uns hier in der ÖTV weglaufen.«*

verdi-Beiträge

Als nach der Stimmen-Auszählung die Angehörigen der Zählkommission mit gesenkten Köpfen zurückkamen, ging es wie ein Lauffeuer durch die Messehalle. *»Pleite!«*. Bei 533 Stimmen nur 345 Ja, aber 182 Nein und sechs Enthaltungen. In diesem Fall galten auch Enthaltungen als Ablehnung, somit waren nach der ÖTV-Satzung lediglich 62,39 Prozent für den Vorstandsantrag zu ver.di abgegeben worden – ein Desaster. Selbst die Zahl von 65 Prozent, die in der Presse genannt wurde, war noch zu positiv.

Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses wurde der Kongress unterbrochen und auf den nächsten Tag vertagt, damit die Gremien tagen konnten. Was war geschehen? Wie hatten sich die eingeplanten 86 Gegenstimmen auf 190 erhöhen können? Die Presse war ratlos, währte Seilschaften am Werk und die ÖTV auf dem Weg nach links.

Alle beteiligten ÖTV-Richtungen hatten falsch taktiert und sich verspekuliert. Als sich der Nebel lichtete und der erste Schock vorbei war, kamen die Gründe zu Tage. Neben NW II und Sachsen-Anhalt hatten nach Informationen aus den jeweiligen Bezirken die Hälfte Baden-Württembergs und Bayerns, eine starke Gruppe Brandenburger Delegierter sowie kleine Gruppen aus fast allen Bezirken gegen die Vorstandsresolution gestimmt. Selbst in eindeutigen pro-ver.di-Bezirken wie Hamburg und Berlin gab es offene Abweichler. Bei Bezirken mit starken Ablehnungszahlen hatten die Bezirksleiter dies allerdings zuvor nicht »nach oben« gemeldet, in der Hoffnung, diese Stimmung noch umkehren zu können. Dies führte zu zwei fatalen Ergebnissen. Zum einen war der gHV sicher, dass die Mehrheit »steht«. Zum anderen waren NW II und Sachsen-Anhalt sicher, dass ihre Ablehnung keinen Schaden anrichten würde und dass sie auf keinen Fall genug Stimmen erreichen würden, um den ver.di-Prozess zu stoppen.

So konnte man im Ergebnis eine Situation erleben, in der es keinen wirklichen Sieger gab. Der gHV war auf eine Niederlage nicht vorbereitet und die Ablehnungs-Fraktion nicht auf einen solchen Sieg.

Bereits am Abend verbreitete sich die Meldung, dass Herbert Mai am nächsten Tag nicht wieder kandidieren würde.

Alles Beknien brachte nichts. Was tun? Die Delegationen tagten in Permanenz, die Handys klingelten, die Personalfindungskommissionen agierten.

Alle Bezirksleiterinnen und -leiter wurden zur Kandidatur aufgefordert. Fehlanzeige. Alle anderen HV-Mitglieder wurden angesprochen. Fehlanzeige.

In den Delegationen und auf den Gängen gab es nur noch ein Thema: Wie können wir diese Abstimmung rückgängig machen, das Ergebnis haben wir doch gar nicht gewollt. Am nächsten Konferenztag wurde die Beratung erst nach dem Mittag wiederaufgenommen, solange hatten die Gremien und Delegationen getagt. Was dann folgte, machte mehr über den derzeitigen Stand der Gewerkschaftsbewegung deutlich als viele wissenschaftliche Untersuchungen herausarbeiten können. Der Hannoveraner Delegierte Jürgen Hohmann brachte es auf den Punkt: *»Ich habe mich gestern auf Grund der vorliegenden Papiere und auch auf Grund der Diskussion nicht in der Lage gesehen, mich positiv zur Beschlusslage für ver.di zu verhalten. Ich sage aber auch: Ich will ver.di. ... Es ist eben nicht so, dass alle, die dagegen gestimmt haben, prinzipiell und überhaupt gegen ver.di sind. Es hat sich hier in der Debatte keiner dazu so geäußert.«*

Recht hatte der Mann. Es gab tatsächlich nur *»ja, – aber«*-Ablehnungen. Jetzt war die Stunde der öffentlichen Bekenntnisse. Mein Nebenmann dazu: *»Ich bekenne, ich habe gesündigt. Auch ich habe Mai geärgert. Ich bereue. Das tue ich nie wieder! Es lebe ver.di!«* Redebeitrag nach Redebeitrag ging in diese Richtung. Einige Delegierte drohten offen mit Spaltung. Wenn die ÖTV ver.di nicht will, wir machen es eigenständig möglich und gehen mit »unseren Mitgliedern« zu ver.di. So beim Hamburger Flughafen und noch in einigen anderen Bereichen. Es wusste jeder, dass das Geklingel war. *»Meine Mitglieder verlangen von mir, dass«. »Wenn ver.di nicht kommt, kann ich meinen Mitgliedern nicht mehr unter die Augen treten!«* usw. Die Mitglieder, denen ver.di so wichtig ist, möchte ich mal sehen. Egal, mit wem ich auf dem Flur oder beim Essen sprach: Alle waren sich einig – ver.di ist ein reines Funktionsproblem, wie fast alles in der ÖTV. Aber es macht sich allemal besser, seine Meinung mit einem Basiswillen zu unterlegen.

Ein Beitrag hat mich allerdings bewegt, und er entsprach bestimmt dem Willen der Basis der Rednerin. Unter Tränen beschwor Angelika Brunner, Gesamtbetriebsratsvorsitzende der ÖTV-Beschäftigten die Delegierten, ver.di möglich zu machen. Ansonsten wären aufgrund der finanziellen Situation der ÖTV betriebsbedingte Kündigungen von Hauptamtlichen und Schließungen von Büros und Bildungsstätten in großem Stil zu erwarten. Auch bei der IG Medien würden dann 30 Prozent der Stellen zur Disposition stehen. Es war offensichtlich, dass es bei ver.di ganz zentral um die gefüllten Kassen der DAG geht, die diese als Mitgift in die »Ehe« einbringt. Wer wollte sich auf diesem Gewerkschaftstag mitschuldig machen am Konkurs seiner Gewerkschaft?

Schließlich bekamen die Delegierten ihre zweite Chance, wieder geheim. Und sie nutzten sie. Aus 62,39 Prozent für den Vorstandsantrag zu ver.di am Vortag wurden jetzt eine Nacht später 73,6 Prozent. Somit war die Absprache vor dem Kongress realisiert und alles »in Butter«. Jetzt fehlte nur noch eins. Fast alle hofften auf den Wandel bei Herbert Mai. Er wäre jetzt mit einem Ergebnis, wie seligen Angedenkens im Politbüro, gewählt worden. Nur – und das spricht für ihn

– er sagte definitiv nein und blieb dabei. Also musste sich das Personalkarussell weiter drehen.

Am Donnerstagabend verbreitete sich dann die Meldung, dass es einen Kandidaten gäbe, Frank Bsirske aus Hannover und der wäre ein Grüner. Bisher waren im gHV Sozialdemokraten, ein Quoten-CDU-Mitglied und mit Ulla Derwein ein Mitglied der Grünen. Und jetzt sollte ein Grüner sogar Vorsitzender werden. Immerhin war eine der beiden vorgesehenen StellvertreterInnen, Beate Eggert aus Rheinland-Pfalz, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD-AG für Arbeitnehmerfragen. Hierzu folgende selbst miterlebte Geschichte: Abendliche Rückfahrt in der Tram. Im Wagen eine Gruppe NRW-Spitzenfunktionäre, die die neue Nachricht verarbeiten. Originalton: »Ein Grüner, unmöglich. Das bedeutet doch, dass dann diese Beate Eggert die ÖTV im SPD-Gewerkschaftsrat vertritt und das geht auf keinen Fall.« Wozu die Einheitsgewerkschaft doch gut ist!

Aber wer selbst keine Kandidaten hat – und die ver.di-Kritiker wurden mehrfach und ernstgemeint, aber vergeblich zur Aufstellung und Benennung von Kandidaten aufgefordert – akzeptiert lieber einen Grünen als eine führerlose Organisation.

Bsirske, der seine Laufbahn als Bildungssekretär der SJD-die Falken im Bezirk Hannover begann (dieser Bezirk war damals am Sozialistischen Büro orientiert und sehr aktiv in der gewerkschaftlichen Arbeit), ehren- und hauptamtlich in der ÖTV wirkte und seit einigen Jahren Personalstadtrat in Hannover ist, hielt eine fulminante Rede, die die Delegierten zu Begeisterungstürmen hinriss. Nach dem drögen Mai und nach den führerlosen zwei Tagen endlich wieder ein Vorsitzender, der scherzt, der rhetorisch brillant war und (fast) allen mit einer überwiegend links-sozialdemokratischen Rede das Gefühl vermittelte: Es geht wieder aufwärts. Die Personaldebatte absolvierte er bravourös. Nur ein Beitrag fiel aus dem Rahmen, der des AKW-Kollegen, der über alle Fernsehkanäle lief und der einen Grünen für unwählbar erklärte. Allerdings nicht von der Position eines klassenbewussten Kollegen gegen einen grün-liberalen Personaldezernenten, sondern hier wurde Bsirske mit einer antiökologischen Position konfrontiert, die in der ÖTV gottseidank nicht mehr mehrheitsfähig ist.

Das folgende Wahlergebnis war überwältigend. 485 Ja-Stimmen, 27 Nein und sieben Enthaltungen. 95 Prozent Zustimmung. Die Erleichterung der Delegierten entlud sich im stehenden, anhaltenden Beifall.

Danach stürzten sich die Medien auf den telegenen Vorsitzenden. Wie ist dieser einzuschätzen?

Bsirske ist immer noch Mitglied der Grünen, auf deren linken Flügel er sich ansiedelt. Ob dies schlimmer ist, als die Vielzahl von Gewerkschaftsfürsten, die sich auf dem linken SPD-Flügel ansiedeln, wage ich zu bezweifeln. Bsirske war ÖTV-Sekretär in Hannover und mehrere Jahre stellv. Bezirksleiter. Jemand, der soweit vorstößt, muss im Sinne des Apparates akzeptabel sein. Auch dass er als Personaldezernent in Hannover intensiv mit der ÖTV kooperiert hat, ist eher ungewöhnlich, da kenne ich genug ehemalige ÖTV-Fürsten, die als Arbeitsdirektoren den Betriebsräten schnell klarmachten, wo der Hammer hing und härtere Unternehmerpolitik betrieben, als die Original-Kapitalisten selbst. Für die Linken in der ÖTV ist vor allem wichtig, ob er sie duldet oder als unmö- dern auszusondern versucht. Dass ein neuer Vorsitzender nicht die Probleme der Organisation lösen kann, sollte

gerade Sozialisten nicht verwundern. Es bleibt zu hoffen, dass er sie nicht noch verschlimmert. Die in einigen linken Presseorganen vertretene Einschätzung, mit Bsirske marschiere die Co-Management-Richtung weiter voran, verkennt, dass diese Richtung bereits seit langem die Mehrheit in der ÖTV hat.

Dann ging's um die Wahl der StellvertreterInnen. Beate Eggert aus Rheinland-Pfalz hatte am Vortag mit einem polemischen Beitrag, der dazu noch missverständliche Teile hatte, die Emotionen angeheizt. U.a. hatte sie die Situation der ÖTV nach Mais Rückzug mit dem Palästina-Konflikt verglichen. Die Wut über ihre Holzhammerart war lagerübergreifend und einte die Strömungen. Ohne Gegenkandidat bekam sie 50,7 Prozent Neinstimmen. Wer daraufhin erwartet hätte, sie würde zurückziehen, staunte nicht schlecht. Sie ging in den zweiten Wahlgang. Der gerade neugewählte Bsirske ging in die Bütt und bat darum »die Ausgewogenheit des Führungsgremiums« zu beachten, will sagen, der Kandidat für den zweiten stellvertretenden Vorsitzenden war CDU-Mitglied, und die Nichtwahl von Eggert hätte in der Tat den engeren Vorstand nun ganz SPD-frei gemacht. Jetzt hieß die Parole: Auf gar keinen Fall den neuen Vorsitzenden demonstrieren, lieber die Kröte Eggert schlucken. Von 245 Ja-Stimmen stieg die Rate auf 279 an, und so war sie mit 55,91 Prozent gewählt und nahm die Wahl an. Der CDU-Kollege Kurt Martin aus NRW I wurde ohne Aussprache im ersten Wahlgang mit 73,39 Prozent gewählt. Ebenso verlief die Wiederwahl Ulla Derweins und Jan Kahmanns problemlos. Es folgten zwei Gegenkandidaturen. Die erste ist zu vernachlässigen, hier hatte sich ein Bürokrat aus der Hauptverwaltung als Interessenvertreter der Personengruppe Arbeiter versucht zu profilieren, fiel aber glatt durch.

Die andere Kandidatur war interessanter. Hier kandidierte eine Kollegin aus Sachsen-Anhalt gegen eine Kollegin aus dem Saarland und versuchte auf der Schiene »Ost« zu punkten. Dies führte sichtbar gerade bei der Mehrheit der Ost-Delegierten zum Aufstöhnen und zu Protesten. Die Vorstellung der anhaltinischen Kollegin strotzte nur so von hohlen Verbalradikalismen. Sie forderte mehr gesellschaftskritische Positionen, konnte aber auf Nachfrage überhaupt nicht benennen, welche sie meinte und erklärte in diesem Kontext, dass natürlich der gerade neugewählte gHV auch gesellschaftskritische Positionen vertrete und nannte dabei ausdrücklich auch den CDU-Kollegen. »Ich stehe aber trotzdem für mehr inhaltliche politische Diskussionen und werde keinesfalls für eine Spaltung eintreten.« Nach dieser Präsentation wurde sie selbst von Delegierten nicht mehr gewählt, die sich vorher für ihre Unterstützung erklärt hatten. Im zweiten Wahlgang erhielt schließlich die saarländische Kandidatin (SPD-Mitglied) mit 54,82 Prozent die satzungsgemäß notwendige Mehrheit.

Aufgrund der personellen Veränderungen und der vielen Bezirksberatungen stellte das Präsidium am Freitag morgen, dem letzten Kongress-Tag, fest, dass es unmöglich sei noch mehrere hundert Anträge zu beraten und zu verabschieden. Lediglich einige ausgewählte Anträge wurden noch aufgerufen. Am spannendsten war die Beratung zum Komplex »Bündnis für Arbeit«. Die Bundesjugendkonferenz und einige Kreisverbände hatten zum Austritt aufgefordert, und der Bezirksleiter von NRW II hatte sich dem öffentlich angeschlossen. Jetzt war aber klar, dass in vielen Bezirken die Position vorherrschend war, nicht vorhandene Kampfkräftig-

keit durch Verhandlungen im Bündnis zu kompensieren. Dies konnte aber nicht so direkt artikuliert werden, obwohl es eigentlich alle wussten. Wie die Realität des Bündnisses aussieht, machte der westfälische Delegierte Falkenhain (siehe Kasten) deutlich.

Gregor Falkenhain, NRW I: *»Hier spricht einer, der das sehr fragwürdige Erlebnis hatte, in der letzten Woche am »Bündnis für Arbeit« in Nordrhein-Westfalen teilgenommen zu haben. Ich habe, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch nie so viel ideologischen Müll erlebt wie in diesen drei Stunden. (Beifall)*

Während wir uns als Gewerkschafter haben bieten lassen, welche Themen anzusprechen sind und welche nicht..., haben die Arbeitgeber im wahrsten Sinne des Wortes Front gemacht: Ministerpräsident Clement soll auf Schröder einwirken, die Betriebsverfassungsgesetznovelle zu kippen, sich für die Verlängerung des Beschäftigungsförderungsgesetzes sowie gegen das Teilzeitgesetz und gegen das Gleichstellungsgesetz einzusetzen.

Dann kam der ideologische Großangriff: Eigentlich haben wir gar keine Arbeitslosigkeit. Wir haben nur zu viele Menschen und die sind auch noch zu dumm. Die Jugendlichen sind auch zu doof, einen Ausbildungsplatz zu nehmen. Die Schulen haben total versagt; deswegen gehören sie privatisiert, und sie müssen sich einem Benchmarking unterziehen. Staatliche Förderung darf es nur noch für Eliteschulen geben, und Forschung und Lehre an den Universitäten dürfen nur noch zum direkten wirtschaftlichen Nutzen durchgeführt werden. Alles, was sich nicht rekapitalisieren lässt, ist zu teuer und gehört abgeschafft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei so viel Sperrfeuer fiel selbst dem sonst eigentlich sehr souveränen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement nur noch ein, mit Spaß zu reagieren. Es konnte gerade noch verhindert werden, dass man über diese Veranstaltung eine medienwirksame Presseerklärung durchzieht und diesen ganzen Vorgang – gerade auch unsere Beteiligung – verhöhnt.«

Wie geht jetzt die Apparatinke der ÖTV mit dem Problem um? Sie sucht den Kompromiss und der sieht dann so aus: *»Wir müssen in diesem Bündnis mitmachen, aber mit einem anderen Selbstbewusstsein. Bündnis und Mobilisierung schließen sich nicht aus (Beifall). Wir sollten mobilisieren und aus einer Position der Stärke in diesem Bündnis arbeiten«* So Michael Wendl. Beschlossen wurde dann ein Kriterienkatalog, der als Prüfstein für Erfolg oder Nichterfolg des Bündnisses betrachtet werden sollte. Verfasser war Wolfgang Rose, Hamburger Bezirksleiter. Am Ende des Gewerkschaftstages war Harmonie angesagt, und der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Was liegt hinter uns? Eine Woche mit gutem Hotel, gutem Essen, frei Trinken, jede Menge Büfets, Rotwein, Bier, Empfänge, Parteiabend, Sachsenabend, Eröffnungsabend, Tagelied etc. ist vorbei. Manchmal war ich froh, dass meine Kolleginnen und Kollegen nicht sahen, wie hier mit ihren Beiträgen umgegangen wurde. Als ich meinen Bezirksleiter danach fragte, meinte er nur: *»Schließlich haben wir dafür gekämpft, dass wir so etwas erreicht haben.«* Haben wir wirklich dafür gekämpft?

Was liegt vor uns? Ver.di wird kommen, da beißt die Maus keinen Faden ab. Es liegt an uns Linken aus den fünf Gewerkschaften ÖTV, HBV, DAG, DPG und IG Medien, dass es in ver.di auch eine Linke gibt, die den Namen »ver.dient«. Aufgaben und Ansatzpunkte haben wir genug. 23.11.2000 ■

■ ENKA-KELSTERBACH

Eine Belegschaft wehrt sich

Der Vorgang liegt schon einige Zeit zurück. Seit Ende März ist Enka-Kelsterbach definitiv geschlossen, die Mahnwache vor dem Haupttor abgezogen. Dennoch ist heute noch berichtenswert, was dort während etwa dreier Monate, zu Beginn dieses Jahres, geschah.

Kelsterbach liegt vor den Toren des Frankfurter Flughafens, ist einer der westlichen Vororte Frankfurts, in der Vergangenheit eng verbunden mit dem Namen des Chemiekonzerns Hoechst. Als Hoechst seine Fasersparte auslagerte, kam Enka zum Akzo-Nobel-Konzern; dieser wieder fasste seine Kunstfaser-Produktion im Acordis-Konzern mit Hauptsitz in Wuppertal zusammen.

Etwa 860 Frauen und Männer waren bis zum August 1999 in Kelsterbach mit der Produktion von besonders hochwertiger Viskosefaser für die Textilindustrie beschäftigt. Dann wurde der Betrieb in zwei Schritten geschlossen. Der erste Schritt bestand in einem Personalabbau von 300 Stellen nach einer Phase der Kurzarbeit. Danach kam die Produktion nicht mehr in Gang, und es folgte nach einigen Monaten die Ankündigung der Betriebsstilllegung.

Wie in vielen anderen Betrieben hatten auch hier Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft den Personalabbau mitgetragen in der Hoffnung, auf diese Weise die verbleibenden Arbeitsplätze retten zu können. Und wie in vielen Fällen, so war auch hier der Stellenabbau das Vorspiel zum endgültigen Aus.

Die Besonderheit bei Enka-Kelsterbach bestand und besteht darin, dass die Belegschaft über mehr als zwei Monate lang rund um die Uhr eine Mahnwache am Haupttor aufrecht erhielt, die während der mehrmonatigen Sozialplanverhandlungen, täglich zum Anlaufpunkt für viele Kolleginnen und Kollegen wurde und mit der die Belegschaft Einfluss auf diese Verhandlungen nahm. Darum dreht sich das folgende Interview.

Noch aus einem zweiten Grund ist es wichtig, dieses nun fast ein dreiviertel Jahr zurückliegende Ereignis hier zu dokumentieren: Insbesondere zwei linke Gruppen griffen in diesen Konflikt von außen ein, in einem Fall waren auch zwei Kollegen beteiligt, die mit der ersten Sozialplanvereinbarung im Oktober 1999 den Betrieb verlassen hatten. Deren Rolle wird von dem Kollegen, der hier zu Wort kommt und der maßgeblich an der Organisation des Widerstands beteiligt war, überwiegend negativ gesehen. Gleichzeitig wird die praktische Unterstützung durch die IG BCE positiv gewertet – bei gleichzeitig zurückhaltenden politischen Ansprüchen an den Gewerkschaftsapparat, von dem im Wesentlichen das Wahrnehmen der rechtlichen Möglichkeiten erwartet wird. Dieses harte Urteil gegen einen Teil der Linken, die ihrem eigenen Anspruch nach die kämpfende (oder wenigstens doch unter schweren Umständen demonstrierenden) Belegschaft solidarisch unterstützen wollten, sollte zu denken

geben. Einige Linke sahen es in der gegebenen Situation als ihre Hauptaufgabe an, Betriebsrat und IG BCE als »Agenten der Sozialpartnerschaft« zu entlarven, sie als Verräter zu brandmarken und den »Kampf um jeden Arbeitsplatz« zu fordern, das heißt den Kampf gegen die Verfügungsgewalt der Unternehmer über die Arbeitsplätze. Diese völlig abstrakte Forderung, die keinerlei Rücksicht auf die tatsächlichen Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen nahm und andererseits die konkrete Widerstandsbereitschaft eines Teils der Belegschaft, der die Mahnwache trug, gering schätzte oder gar ignorierte, war neben einer Demonstration in Kelsterbach der einzige spürbare Beitrag dieser Kollegen zur Unterstützung des Kampfes gegen den Unternehmer – so jedenfalls wird dies von unserem Gesprächspartner und anderen Aktivisten der Mahnwache gesehen. Unsere Beobachtungen bestätigen diese Sicht im Wesentlichen.

Nach unserer Auffassung wäre es richtig gewesen, die Initiative der Belegschaft, die sich in der Mahnwache ausdrückte, dadurch zu unterstützen, dass man ihre Möglichkeiten durch von ihr selbst inhaltlich bestimmte Informationsveranstaltungen und Publikationen erweiterte, indem man den organisatorischen Hintergrund der Linken uneigennützig und ohne Vorbedingungen in den Dienst der kämpfenden Kollegen gestellt hätte. In diesem Zusammenhang wäre es dann ohne weiteres möglich gewesen, kontroverse politische Auffassungen zu diskutieren, ohne dadurch das einheitliche Handeln gegen den Unternehmer in Frage zu stellen. Die Aufgeschlossenheit und die Bereitschaft dazu war über lange Zeit bei den Aktivisten der Mahnwache vorhanden – es ist schade, dass diese Gelegenheit versäumt wurde, und dass nun der IG-BCE-Apparat bei kämpfenden Arbeitern besser in Erinnerung bleibt, als einige Vertreter linker Gruppen.

Die Red., 12. 10. 2000 ■



nie verstanden, weil wir schwarz auf weiß nachgewiesen haben, dass wir jährlich mit neun Millionen DM Gewinn produzieren können. Um so unverständlicher war für uns dieser Beschluss, das Werk zu schließen. Trotz neun Millionen DM Nettogewinn ist die Schließung des Werkes Kelsterbach beschlossen worden, und das war für uns ein Zeichen dafür, dass hier keine wirtschaftliche, sondern eine politische Entscheidung getroffen worden ist. Das hat uns natürlich sehr gestört: man hatte in unserem Unternehmen über Jahrzehnte den Mitarbeitern immer wirtschaftliche Theorien gepredigt und nun in dieser Entscheidungsphase eine rein politische Entscheidung getroffen. In Edam wurde eine sehr schlechte Qualität produziert. Die Kelsterbacher Qualität diente als Vorbild auch für andere Werke, die Kelsterbacher Leistung war die Messlatte für andere Werke. Innerhalb der Viskoseherstellung waren die Kelsterbacher Werte in bezug auf Leistung, Qualität und Effizienz der Maßstab, der auch für andere zur Zielvorgabe wurde. Dass die Schließung trotz dieser Tatsachen erfolgte, lässt nur den Schluss zu, dass die Hoffnung des Unternehmens darin bestand, durch die Schließung nicht nur Kosten zu vermeiden, sondern auch noch Gewinne erwirtschaften zu können. Dadurch konnte ein Werk in Holland noch am Leben gehalten werden. Das war für das Unternehmen sehr von Vorteil; denn in Edam war der Boden kontaminiert. Es wurde gesagt, dass allein für die Sanierung des Bodens dreistellige Millionenbeträge notwendig seien. In Kelsterbach hat man nach mehreren Bodenproben festgestellt, dass der Boden total sauber ist. Unter dem Kelsterbacher Grundstück laufen mehrere Kanäle, wir hatten auch eine sehr gut funktionierende Abwasserreinigungsanlage, das heißt das Wasser, das man in Kelsterbach in den Main geleitet hat, war reines Wasser mit Werten, die sogar unter den vorgeschriebenen Richtwerten lagen. Wir hatten ein so gutes Kanalsystem in Kelsterbach, dass kein bisschen Wasser nach außen lief; deswegen war der Boden auch so sauber. Das heißt, dass das Unternehmen sich aufgrund der hohen Grundstückspreise im Rhein-Main-Gebiet erhofft hat, durch den Verkauf des Grundstücks möglicherweise Geld zu gewinnen. Das war für uns ausschlaggebend, uns gegen diese politische Entscheidung zu wehren. Der Vorstand hat das zwar abgestritten, aber nicht so vehement, dass es für uns glaubwürdig war, es war eher ein halbherziges Abstreiten.

Damals waren wir noch guter Hoffnung...

Im Januar 2000 fasste der Acordis-Vorstand den Beschluss, Enka-Kelsterbach zu schließen. Noch im August des Vorjahres waren etwa 300 Kolleginnen und Kollegen über Sozialplan abgebaut worden mit dem Versprechen, dass dadurch die übrigen etwa 580 Arbeitsplätze gerettet werden würden. Dennoch ist nach dem August die Produktion nicht wieder aufgenommen worden.

? *Wie ist das zu verstehen? Welche Gründe hat der Unternehmer, das Werk unbedingt zu schließen?*

→ Wenn man über die Gründe der Schließung des Werkes Kelsterbach reden sollte, dann fällt mir eigentlich der Vergleich mit einem Fußball-Länderspiel ein: Deutschland und Holland zum Beispiel sind in solchen Länderspielen immer harte Gegner. Wenn man darüber nachdenkt, dass wir in Deutschland in Kelsterbach fünf Werke von Acordis hatten und in Holland es nur ein einziges gibt, dann würde es in dem Bild vom Fußball-Länderspiel 4 zu 1 stehen. Das war ein untragbarer Zustand für das Unternehmen. Wir haben das

Das war für uns mehr oder weniger eine Bestätigung dafür, dass das Werk Kelsterbach nur geschlossen wird, damit das Werk Edam aufrecht erhalten werden kann und durch die Schließung keine Kosten entstehen, sondern auch noch Geld gemacht werden kann. Das waren unserer Meinung nach die Gründe für die Entscheidung der Unternehmensleitung.

Das herausragende Ereignis bei der Schließung des Enka-Werks in Kelsterbach war erst einmal die Blockade der Werkstore, um den Abtransport von Maschinen und Produkten zu verhindern und anschließend die Unterhaltung einer Mahnwache über zwei Wintermonate hinweg. Ein wichtiges Symbol dieser Mahnwache war ein Holzfeuer, das während dieser Zeit ununterbrochen brannte.

? *Wie war es zu dieser Entscheidung gekommen, eine solche Aktion durchzuführen? Waren der Betriebsrat oder die IG BCE daran beteiligt? Was sollte mit der Mahnwache erreicht werden? Wie groß war die Beteiligung der Belegschaft an der Mahnwache?*

→ Selbstverständlich waren wir schon gewappnet vor dem Hintergrund der Ereignisse im Oktober letzten Jahres; im Oktober haben wir 300 Arbeitsplätze verloren, damit die restlichen 580 gerettet werden konnten. Damals waren wir guter Hoffnung. Im Nachhinein können wir feststellen, dass wir an der Nase herumgeführt worden sind, das heißt, es besteht der Verdacht, dass schon im Oktober die bevorstehende Schließung von Kelsterbach bekannt war. Aber wir wussten es nicht, weil wir an uns geglaubt haben. Ich bin jetzt seit 20 Jahren bei Enka tätig, und in diesen 20 Jahren hat man mindestens zehnmal das Werk Kelsterbach tot gesagt. Immer wurde gedroht, im nächsten Jahr werde die Schließung erfolgen, und bei jedem Mal haben wir die Schließung durch unsere Qualität verhindert. Der Vorwand war, dass es aufgrund des Eindringens der osteuropäischen und asiatischen Viskosehersteller in den europäischen Markt zu enormen Absatzschwierigkeiten gekommen ist. Für uns war das unverständlich, dass man diese gute Qualität – wir machten eigentlich weltweit die beste Viskosequalität in Kelsterbach – nicht absetzen kann und lieber billigere Produkte zulässt. Das heißt, dass ein großes Unternehmen wie Acordis plötzlich seine Jahreskapazität von 40.000 auf 25.000 senken musste, wobei diese Kapazität von 15.000 in Europa nicht verloren gegangen ist, sondern von den Osteuropäern und den Asiaten übernommen worden ist. Um publik zu machen, warum man das Werk Kelsterbach nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus rein politischen Gründen schließt, haben wir uns entschieden, diese Geschichte an die Öffentlichkeit zu bringen, indem wir sagen: unternehmerische Entscheidungen basierten bislang in der Regel auf wirtschaftlichen Gründen, in diesem Fall spielten aber wirtschaftliche Gründe keine Rolle; deshalb haben wir uns dafür entschieden, so weit wie möglich öffentlich deutlich zu machen, dass Unternehmen heute politische Entscheidungen treffen können.

? *Wer ist jetzt »wir«?*

→ Die Vertrauensleute und die Beschäftigten bei der Enka; dieses Vorhaben haben wir auch bei der IG BCE vorgebracht, weil wir auch die organisatorischen Voraussetzungen



geschaffen haben wollten. Wir haben zwar am Anfang ein kleines Komitee gebildet, das über zwei oder drei Tage das ganze Geschehen in die Hand genommen hat. Das ist nachher ein bisschen ausgeartet, die Gründe liegen in unterschiedlichen politischen Denkweisen, darauf kann man vielleicht später noch einmal eingehen. Wir haben gesagt, wir sollten das so breit wie möglich an die Öffentlichkeit bringen, dass heutzutage die Unternehmen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Entscheidungen treffen. Das war auch der Grund dafür, dass wir diese Mahnwache eingerichtet haben und dass wir die Tore blockiert haben, weil wir auch Wertgegenstände im Werk hatten, die sehr leicht zu transportieren sind. Deswegen haben wir die Torblockaden gemacht, weil wir auch eine Bestandsaufnahme der Maschinen (die zum Teil aus Gold und Platin sind) und der Grundstücke machen wollten, es handelte sich um Millionenwerte, die man ohne weiteres über Nacht hätte abtransportieren können. Wir haben auf einer Bestandsaufnahme bestanden, die die Werte schriftlich dokumentieren sollte und erst danach sollten die Tore wieder freigegeben werden. Wir wollten auch verhindern, dass diese Dinge später bei Verhandlungen um einen Sozialplan oder bei einem Einigungsstellenverfahren in Form einer Gegenrechnung auftauchen würden. Das wollten wir durch die Dokumentation der Werte verhindern, das Unternehmen hat das zugesagt, und somit haben wir nach Ablauf von zehn Tagen das Tor für die Versandtätigkeit wieder freigegeben. Heute muss ich sagen, dass die Kollegen sich sehr gut verhalten haben, indem sie ganz genau darauf geachtet haben, dass wirklich nur Versandsachen rausgegangen sind. Selbst die Werksleitung hat – als sie später einige Düsen für andere Werke brauchte – bei uns angefragt, und wir haben schriftlich vereinbart, dass sie 4000 Düsen wegnehmen durften.

? *Waren der Betriebsrat und die IG BCE daran beteiligt?*

→ Selbstverständlich waren die beteiligt; die Torblockade hat dem Betriebsrat und der IG BCE zwar nicht so gut geschmeckt, aber schließlich mussten sie mitmachen, weil es ja auch zeitlich begrenzt war. Man kann nicht verleugnen, dass uns eine zustimmende Haltung entgegengebracht worden ist, sie haben entsprechend ihren Möglichkeiten mitgemacht. In der Vergangenheit hatten wir so eine gemischte Mitgliedschaft, die alles ganz einfach haben wollte. Das heißt, die IG BCE und die Vertrauensleute haben in der Vergangenheit immer wieder versucht, so weit wie möglich gegenüber den Kollegen offen zu sein. Über alles, was wir



gemacht haben, haben wir die Kollegen mit Flugblättern, Veranstaltungen und durch die Vertrauensleute informiert. Die Kollegen waren darauf eingestellt, dass jede Information an sie weitergegeben wurde, nur haben wir erst im Nachhinein feststellen können, dass die Kollegen diese Informationen nicht verarbeitet haben. Die haben einfach alles gehört und zur Kenntnis genommen und mehr nicht. Wenn sich dann hinterher bestimmte Informationen als sehr wichtig erwiesen, haben die Kollegen zugegeben, diese gar nicht so ernst genommen zu haben.

Deswegen kann man der IG BCE jetzt keine Vorwürfe machen, dass sie nicht genügend Interesse gezeigt hat. Wichtiger ist vielmehr, wie sie sich beteiligt hat und ob das bei den Mitgliedern angekommen ist. Hier in Kelsterbach können wir feststellen, dass die IG BCE rechtzeitig informiert hat und auch eine sehr gute Vertrauensleutenstruktur hatte. Nur die Kollegen hatten nicht so viel Ahnung von gewerkschaftlicher Arbeit, wie es wünschenswert gewesen wäre. Sie wussten, dass die gewerkschaftliche Betreuung vorhanden war, aber dass jeder einzelne auch etwas beitragen sollte, das war in der ganzen Geschichte untergegangen. Deswegen haben die Kollegen die Arbeit der IG BCE in dieser Zeit falsch interpretiert, indem sie gefragt haben: Wo ist sie, warum kommt sie nicht, warum hilft sie nicht? Wir haben immer wieder gesagt, die IG BCE ist doch ständig hier, wir haben hier Vertrauensleute, wir haben hier den Betriebsrat, wir haben hier Mitglieder, das ist doch die IG BCE – was wollt Ihr noch ...?

Mit der Mahnwache wollten wir erreichen, diese politische Entscheidung weitestgehend publik zu machen, dass heutzutage die Unternehmen nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Entscheidungen treffen können.

? *Und ihr seid auch damals davon ausgegangen, dass das noch revidierbar wäre, oder?*

→ Wir haben es gehofft, aber am 17. Januar war dann Schluss, die Hoffnung ist dann zusammengebrochen. Am 17. Januar ist die endgültige Entscheidung bekannt gegeben worden, dann haben wir gesagt, jetzt ist Schluss, jetzt wollen sie Edam retten. Am 11. Januar hatten wir noch nicht daran geglaubt. Obwohl die Werksleitung offiziell die Schließung angekündigt und die Leute beurlaubt hatte, hatten wir gehofft, dass die Werksleitung durch unsere Mahnwache und durch unsere Bewegung von ihrer Entscheidung abrücken würde, aber hinterher mussten wir feststellen, dass die Schließung des Werkes Kelsterbach eine längst beschlossene Sache war, damit man das Werk Edam erhalten kann, was Herrn M. später einen riesengroßen Orden von Königin Bea-

trix von Holland eingebracht hat; wenn man bedenkt, dass das zwei Monate nach Schließung des Werkes in Kelsterbach geschehen ist, glaubt man schon, dass es einen Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen gibt.

Die Beteiligung an der Mahnwache können wir nicht bemängeln; es waren zwar manchmal weniger Leute, aber wenn man dieses Kommen und Gehen berücksichtigt, muss man sagen, dass die 36 Vertrauensleute die meiste Arbeit hatten bei der Organisation der Mahnwache. Wir haben auch Schichtpläne erstellt und die Vertrauensleute dementsprechend verteilt, Betriebsräte haben sich auch beteiligt, und die Nachtschicht wurde auch durch Kollegen aufrechterhalten, die keine Vertrauensleute sind. In der

Frühschicht bis 16 Uhr war ein Kommen und Gehen, man kann sagen, dass jeden Tag mindestens 200 bis 300 Leute da waren.

? *Bei Enka-Kelsterbach waren fast 80 Prozent der Beschäftigten ausländische Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei, Spanien, Griechenland, Italien und anderen Ländern. Die Minderheit der deutschen Beschäftigten besetzt überwiegend die Büroarbeitsplätze und gehobene Positionen in der Produktion, zum Beispiel Vorarbeiter, Meister. Wie war die Beteiligung der deutschen Beschäftigten am Widerstand gegen die Werksschließung?*

→ Wir haben nicht die notwendige Unterstützung von unseren inländischen Kollegen bekommen, das müssen wir heute feststellen. Ich weiß nicht, ob sie geglaubt haben, die schaffen das schon und dann haben wir auch etwas davon, oder ob sie angenommen haben, die können machen, was sie wollen, die Entscheidung ist ohnehin gefallen; Tatsache ist, dass wir abgesehen von einigen Ausnahmen die nötige Unterstützung von den deutschen Kollegen nicht bekommen haben. Die haben sich in dieser Zeit ein schönes Leben gemacht, einige waren Handwerker und mussten weiterarbeiten, andere waren Bürokräfte und haben weitergearbeitet, einige arbeiten heute noch oder haben bis vor einem Monat noch gearbeitet. Manchmal wurden uns auch Vorwürfe gemacht, was das bringen solle usw. Es gab auch ablehnende Haltungen, und das hat uns sehr weh getan, besonders den ausländischen Kollegen, die die gesamte Last getragen haben.

? *Anfang Februar hatte sich ein Solidaritätskomitee aus Enka-Kollegen sowie Kollegen aus anderen Betrieben gebildet. Ursache für diese Gründung war meinem Eindruck nach, dass es Meinungsverschiedenheiten über die Kampfziele gab. Die Mitglieder des Soli-Komitees vertraten die Forderung »Kampf um jeden Arbeitsplatz« und sie warfen zum Beispiel dem Betriebsrat vor, dass er sich nur für einen Sozialplan einsetzt. Wie siehst Du diesen Konflikt? Gab es in der Belegschaft eine Bereitschaft, für den Erhalt der Arbeitsplätze, das heißt grundsätzlich gegen das Entscheidungsrecht des Unternehmers zu kämpfen?*

→ Das Solidaritätskomitee hat sich aus einem politischen Ansinnen heraus entwickelt; wir hatten ja auch viel Unterstützung von anderen Kollegen, die in umliegenden Betrieben arbeiten. Das Solidaritätskomitee hat sich meiner Meinung nach abgesetzt von den tatsächlichen Ereignissen, man wollte mit seiner Gründung einen politischen Nährboden

erzielen, und man hat das Leiden der Kollegen, die durch diese Werkschließung betroffen sind, genutzt, um daraus politisch Kapital zu schlagen. Die IG Chemie wusste von dieser ganzen Sache auch nichts. Von dem Solidaritätskomitee kann ich wirklich nur sehr wenig berichten, weil ich auch selbst nicht drin war, auch von unseren Vertrauensleuten sehr wenige dabei waren.

? *Hat das Solidaritätskomitee selbst Aktionen gemacht, die Bedeutung hatten, Demonstrationen oder dergleichen mehr?*

→ Sie haben eine Demonstration in Rüsselsheim veranstaltet, wann das war, kann ich jetzt nicht sagen. Ich war selbst nicht da, ich habe gehört, dass vielleicht 15, 25 oder 50 Leute da gewesen sind, ich kann dazu keinen Kommentar abgeben und weiß nicht, wie die ganze Geschichte verlaufen ist. Dieses Komitee war außerhalb der Belegschaft gegründet worden und hatte auch keine Akzeptanz innerhalb der Belegschaft gefunden, für mich war das ein Schuss in den Ofen, weil es nichts mit den Beschäftigten zu tun hatte, nichts zu tun hatte mit den Menschen, die von diesen Maßnahmen betroffen waren.

? *Haben sich die Leute von dem Komitee an den Mahnwachen beteiligt?*

→ Sporadisch sind sie gekommen und haben ein paar Slogans angebracht. Was mich an der ganzen Sache gestört hat: Die Mitglieder des Komitees haben sich nicht auf die Beschäftigten bezogen, sondern sie hatten zwei Ziele, nämlich den Betriebsrat niederzumachen und die Gewerkschaft niederzumachen. Mit dem Arbeitgeber hatten sie nichts zu tun. Das hat ganz gewaltig gestört in der ganzen Geschichte, und die Kolleginnen und Kollegen haben auch irgendwann begriffen, warum das so war. Es gibt ja zwei Institutionen, die mit dem Arbeitgeber in dieser Frage verhandeln können, wenn es um einen Sozialplan oder wenn es um den Erhalt der Arbeitsplätze geht, und das sind die Gewerkschaften und der Betriebsrat. Und wenn man diese zwei Institutionen noch als Schuldige für die Schließung darstellt, führt das zu dem Unmut, der dazu geführt hat, dass sich Mitglieder des Komitees in der letzten Zeit nicht im Werk blicken lassen konnten.

Selbstverständlich gab es eine Bereitschaft, für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen, das war ja auch der Grund der Mahnwache gewesen. Wir haben gesagt, dass wir unsere Arbeitsplätze in Kelsterbach behalten wollen. Man kann heute schon sehen, dass der Verlust der Arbeitsplätze in Kelsterbach für die Kollegen eine sehr gravierende Veränderung in ihrem Leben gewesen ist. Hier hatte man seinen Arbeitsplatz, hier hatte man seinen Verein, hier hatte man seinen Wohnort. Dieses Dreieck ist auf einmal zerstört worden. Deswegen hat jeder bis zur Unterzeichnung des Sozialplans gehofft, dass das Werk gerettet werden kann. Deswegen ist auch die Resonanz auf die Mahnwache so groß gewesen. Deswegen waren fast täglich 200 Leute bei der Mahnwache. Deswegen hat die Mahnwache auch so lange durchgehalten, auch noch nach dem 17. Januar hatte man die Hoffnung nicht aufgegeben; die Kollegen haben die Hoffnung nie aufgegeben, dass die Entscheidung noch einmal revidiert werden könnte, aber – wie man hinterher feststellen konnte – war das nicht zu revidieren. Diese Hoffnung jedoch hat die Mahnwache so lange am Leben gehalten bei minus 18 Grad Kälte. Wir

hatten nur ein offenes Feuer; die Kollegen haben gesagt, wir lassen das Feuer brennen und löschen es erst, wenn das endgültige Aus besiegelt ist.

? *Welche Rolle hat die IG BCE bei der Organisation des Widerstands der Belegschaft gespielt? Hat sie irgendwas unternommen, um Kontakt zu den anderen Enka-Betrieben herzustellen? War die IG BCE in eurer Auseinandersetzung eher hilfreich oder eher störend?*

→ Diese Frage muss ich nicht ausführlich kommentieren, denn man weiß, welche Möglichkeiten die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben. Es gab die eine oder andere Unstimmigkeit zwischen der IG BCE und dem Betriebsrat. Wir haben einen Anwalt abgelehnt, der uns als Berater beistehen sollte, weil wir nicht genügend Unterstützung von ihm bekommen haben, und haben uns einen anderen Anwalt genommen; wir haben einen Sekretär abgelehnt, dessen Betreuung wir ein bisschen zu lasch gefunden haben, dann hat der Landesbezirk einen Sekretär geschickt. Heute kann ich sagen, die IG BCE hat nach ihren Möglichkeiten versucht, uns in dieser Sache zur Seite zu stehen. Ich begrüße, dass die IG BCE immer wieder versucht hat, in der Frage um den Sozialplan so schnell wie möglich eine Einigung zu erzielen und ein gutes Ergebnis zu erreichen, damit die Menschen wussten, was eigentlich mit ihnen passiert. In dieser Beziehung hat die IG BCE auch auf den höchsten Ebenen bis hin zum Aufsichtsrat getan, was in ihren Möglichkeiten stand. Zum Beispiel waren wir mit den Vertretern der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat beim Vorstand in Wuppertal, wir waren mit den Landesbezirkssekretären auch in Wuppertal, wir hatten auch in Frankfurt eine große Sitzung mit dem Landesbezirksvorsitzenden, der mit den Vertretern der Arbeitnehmerseite alle Möglichkeiten ausschöpfen sollte, um ein für die Beschäftigten akzeptables und gutes Ergebnis zu erzielen.

Selbstverständlich hat die IG BCE bei der Organisation des Widerstands der Belegschaft eine Rolle gespielt, indem sie durch die Vertrauensleute und die Sekretäre eine gute Betreuung geleistet hat. Die Informationen, die Flugblätter kamen rechtzeitig, die ganze Verpflegung, die gesamte Organisation waren sehr gut, die Vertrauensleute haben fast jede Woche getagt, um Informationen auszutauschen und neue Strategien zu erarbeiten. Die IG BCE war von Anfang bis Ende dabei, auch wenn es persönliche Konflikte zwischen Betriebsräten und Leuten der IG BCE gegeben hat, die im Nachhinein bereinigt werden konnten. Selbstverständlich hat die IG BCE nicht nur andere Enka-Betriebe, sondern auch andere Betriebe im Rhein-Main-Kreis angeschrieben und darüber informiert, was in Kelsterbach geschieht, dass es eine Mahnwache gibt, aber mehr konnte sie auch nicht tun.

In dieser Hinsicht kann ich der IG BCE, Bezirk Frankfurt, wirklich keine Vorwürfe machen, dass zu wenig Informationen geflossen wären. Gleich am nächsten Tag wurden alle Betriebe informiert, sogar zwei- oder dreimal, aber wenn die Herren Betriebsräte in anderen Betrieben natürlich einen Boss von der IG BCE haben, und dann von der Mahnwache in Kelsterbach lesen, dann bleibt es auch dabei; die können auch niemanden zwingen, hierher zu kommen. Wir haben von Hoechst Kollegen hier gehabt, von Trikona war auch der BR-Vorsitzende mehrfach da, von Dreieich, von Dietzenbach, aber sicherlich nicht in der Anzahl, die wir uns gewünscht

hätten. Was uns besonders weh getan hat, war die Tatsache, dass – abgesehen vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden – von den anderen Werken niemand hier war. Selbst von Obernburg, was 60 Kilometer von Aschaffenburg entfernt ist, hat uns niemand besucht. Die anderen Kollegen haben nur mit einem Fax ihre Bestürzung bekundet, das war alles. Der GBR-Vorsitzende war mehrmals da, hat uns in dieser Angelegenheit die nötige Unterstützung gegeben, er hat uns zwei- oder dreimal besucht, er war mit uns in Wuppertal und in Frankfurt, wir haben von ihm große Unterstützung erfahren. Von den anderen Enka-Belegschaften haben sich die Betriebsräte damit begnügt, ein Fax zu schicken.

Die IG BCE hat in unserer Auseinandersetzung die nötige Hilfe gegeben, sie war eher hilfreich als störend; ob die Hilfe ausreichend genug war, darüber kann man natürlich streiten. Ich bin der Meinung, dass die IG BCE nicht viel mehr tun konnte, aber es gibt Kolleginnen und Kollegen, die meinen, die IG BCE hätte noch mehr tun können. Dazu kann ich nur sagen, dass manche Leute in ihrem eigenen Land nicht wissen, welche Möglichkeiten die Gewerkschaften hier haben, und das ist das Entscheidende. Die IG BCE hat ihre Möglichkeiten genutzt, wie weit diese Möglichkeiten gehen können, wissen wir alle. Selbstverständlich hätte die IG BCE für Enka-Kelsterbach nicht zum Generalstreik aufrufen können; vor allem hatte die IG BCE und insbesondere der Bezirk Frankfurt in dieser Zeit auch viele andere Dinge um die Ohren, Hoechst hat abgebaut, Degussa und viele andere mehr; es waren im Rhein-Main-Gebiet so viele Unternehmen von Arbeitsplatzabbau betroffen, und wenn ein Landesbezirk zwei bis drei Sekretäre hat, der jeder drei oder vier Unternehmen zu betreuen hat, dann muss man anerkennen, dass Enka die notwendige Unterstützung bekommen hat, weil ständig jemand von der IG BCE Frankfurt in unserem Betrieb war.

? *Hat es während eures Kampfes Solidarität von außerhalb des Betriebes gegeben? Woher kam diese Solidarität? Und welche Art von Solidarität habt Ihr als besonders hilfreich erlebt?*

→ Wir haben während unseres Kampfes sehr viel Solidarität erfahren, aber von diesen Solidaritätsbekundungen waren viele von mehr oder weniger politisch orientierten Gruppierungen, die in diesem Konflikt auf sich aufmerksam machen wollten. Aber betriebliche Solidarität hat es – wie es in der BRD heute üblich ist – nur in Form von Faxen, Briefen usw. gegeben. Hin und wieder sind kleine Gruppen da gewesen, die Theater gespielt oder Musik für die Kollegen gemacht haben, Schulklassen waren da – das hat uns sehr gut getan. Vorbeifahrende haben uns ermutigt, weiter zu machen, es gab sporadische Spenden zum Beispiel für Kaffee usw. Wir haben sehr unterschiedliche Formen von Solidarität erlebt, Leute haben Holz für unser Feuer gebracht, ein Kelsterbacher Bauer hat fünf Säcke Kartoffeln gebracht...

? *Die Schließung des Werkes liegt nun mehr als ein halbes Jahr zurück: Welche Bedeutung hat für dich heute die Mahnwache? Was würdest du heute anders machen?*

→ Ich würde heute sehr viele Dinge anders machen. Die Mahnwache war eine großartige Sache. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich erst durch diese Mahnwache kennengelernt. Viele Kollegen haben gesagt, wenn wir so etwas

schon früher gemacht hätten, hätten wir uns vielleicht die ganze Zeit über, seit wir hier beschäftigt sind, schon mit anderen Augen gesehen. Wenn man solche Aussagen hört, denkt man, dass die Mahnwache doch etwas gebracht hat. Ohne diese Mahnwache hätten wir das nicht erreichen können, was wir heute erreicht haben. Zwar kann ein Sozialplan in meinen Augen nie gut sein, es sei denn, die Beschäftigten werden bis zur Rente weiterbezahlt, aber es gibt keinen Sozialplan, der einen Arbeitsplatz ersetzen kann. Aber wir haben einiges erreicht, und mehr war tatsächlich nicht drin. Ohne diesen Widerstand hätten wir nicht erreichen können, was wir erreicht haben, besonders was die Höhe des Sozialplans betrifft.

Und wir haben erreicht, dass wahrgenommen worden ist, dass Unternehmen heutzutage auch politische Entscheidungen treffen. Kelsterbach ist plötzlich bekannt geworden, wir haben Faxe bekommen aus Essen, Düsseldorf, Frankreich, Dänemark, das türkische und das griechische Fernsehen waren bei uns. Wir haben die Entscheidung des Unternehmens doch weitestgehend publik machen können, das war unser Ziel gewesen. Wir wussten, dass wir einen Sozialplan bekommen würden, weil das Betriebsverfassungsgesetz das vorschreibt, wenn ein Werk geschlossen wird, müssen die Parteien einen Sozialplan und Interessenausgleich aushandeln. Für uns stand fest, dass es einen Sozialplan geben muss, nur die Ausstattung hing von unserem Widerstand ab. Die Unternehmensleitung wollte so schnell wie möglich einen Sozialplan, wir haben die Verhandlungen so lange wie möglich hinausgezögert, um die Auseinandersetzung populärer zu machen und so viel Gewinn wie möglich für die Kollegen zu erzielen.

Wenn so etwas noch einmal vorkäme, würde ich das Ganze besser organisieren. Wir hatten über einige Zeit hinweg Organisationslücken, oder wir hatten eine zu großzügige Organisation, indem wir jedem Einlass gewährt haben. Heute würde ich so eine Mahnwache straffer organisieren und vorher planen. Heute würde ich denjenigen, die von außen kommen, sagen: Ich entscheide hier, ich bin davon betroffen. Wenn ihr mich unterstützen wollt, ist das in Ordnung, ihr seid willkommen, aber zu meinen Bedingungen. Wir haben es zugelassen, dass sich jeder in diese Auseinandersetzung einmischen konnte. Im Nachhinein können wir feststellen, dass die von außen Gekommenen irgendwann allein dastanden, nicht wir. Jede Solidaritätsbekundung ist willkommen, aber die Entscheidungen werden von denjenigen getroffen, die auch betroffen sind. Diejenigen, die von außen gekommen sind, haben uns zum Teil gewaltig gestört – bis auf einige, die auch vernünftige Vorschläge vertreten haben –, weil sie sich immer wieder gegen den Betriebsrat und gegen die Gewerkschaft gestellt haben. Das hat uns sehr viel Zeit und Kraft gekostet, weil wir den Kollegen immer wieder deutlich machen mussten, dass es in der Bundesrepublik keine andere Möglichkeit gibt, dass es ein Betriebsverfassungsgesetz gibt, das eindeutig vorschreibt, dass nur zwei Parteien – nämlich Betriebsrat/Gewerkschaft und Arbeitgeber – miteinander verhandeln können.

Wenn ich noch einmal so etwas machen müsste, würde ich sagen: Für jede Unterstützung bin ich dankbar, aber es muss mit den Betroffenen gekämpft werden und es darf nicht versucht werden, einen solchen Konflikt in die Hand zu nehmen und in eigener Regie führen zu wollen. Das hat uns sehr gestört.

22. Juli 2000 ■

Geheuchelte »Antifa« kontra Widerstand der Straße

Dortmund erlebte am 21. Oktober eine große Demonstration gegen den Rechtsextremismus. Der bundesweit bekannte Hamburger NPD-Funktionär Worch hatte eine Großdemonstration unter dem Motto: »Die pazifistische Oktoberrevolution des nationalen Widerstandes gegen die Hysterie der Medien« angemeldet. Der SPD-Oberbürgermeister der Stadt, Langemeyer, rief dagegen zu einem friedlichen »Aufstand der Anständigen« auf. Antifa- und Friedensorganisationen setzten ihre eigenen Auffassungen mit eigenen Demonstrationen dagegen. Über 10.000 Menschen kamen an diesem Tag, um Zeichen gegen die Zunahme rechtsextremer Übergriffe zu setzen – trotz massiven Polizeieinsatzes.

In Dortmund war es in den letzten Monaten immer wieder zu rechtsextremen Übergriffen gekommen. Ein Szenelokal der Neonazis wurde geschlossen und Platzverbot für bekannte Anhänger der rechten Szene ausgesprochen. Am Karfreitag kam es dann zu Übergriffen auf MigrantInnen in der Nordstadt. Dem folgte eine spontane Demonstration am 1. Mai (siehe letzte Arpo). Im Juni dann ermordete ein bereits vom Verfassungsschutz observierter REP- und DVU-Anhänger drei PolizistInnen und beging anschließend Selbstmord. Daraufhin gab es stadtweit Aufkleber mit der Aufschrift: »Drei zu eins für Deutschland«. Danach marschierten immer einmal wieder rechte Grüppchen mit »Sieg-Heil«-Rufen durch Dortmunder Vororte. Im Stadtteil Brechten konnten sich Polizisten nach Einkreisung durch Anhänger der »Brechtener Front« und Rufen: »Jetzt gibt's Bullenkeile«, nur durch Warnschüsse retten.

Aufgrund dieser Situation kam es zu eigenständigen Organisationsformen und Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus – vor allem an den Schulen. Es bildeten sich Gruppen – zum Beispiel »Weiße Rose« – oder es gab sogenannte Urabstimmungen für eine »rassismusfreie Schule«. Und dann initiierte der Oberbürgermeister auch einen »runden Tisch« mit Vertretern aus Parteien, Kirchen, Borussia Dortmund, der Polizei und den Gewerkschaften.

Der »Aufstand der Anständigen«

Als bundesweit – nach dem Anschlag in Düsseldorf – die Debatte gegen die Ausländerfeindlichkeit, besonders unterstützt durch die Unternehmer, zunahm und dann auch noch die Demonstration der Rechten hier in Dortmund angemeldet wurde, setzte sich der Oberbürgermeister mit der Schröder-Parole »Aufstand der Anständigen« an die Spitze. Das war bisher einmalig im Revier. Mit einem breiten Kulturprogramm und NRW-Landeschef Clement als Hauptredner sollten Dortmunder Bürger zu einer Kundgebung unter dem Motto »Fremde sind Freunde« zusammen kommen.

Nun befand sich aber die Stadtspitze in einem eklatanten Konflikt. Einerseits musste sie aufgrund der bundesweiten und der besonderen Dortmunder Situation etwas unternehmen. Gerade die Unternehmer schossen von allen Seiten gegen die für sie kontraproduktiven Debatten um die Ausländerfeindlichkeit. Sie drängten die Politik zum Handeln. Auch viele Bürger erwarteten von ihr ein Zeichen. Andererseits war ihr selbst klar, dass sie bislang nur halbherzig mit den Fragen des Rechtsextremismus umgegangen ist und es

konsequenter Menschen und Gruppierungen in der Stadt und darum herum gibt, die seit Jahren eine ernsthafte Antifa-Arbeit geleistet haben. Diese würden sich nicht von einem »verordneten Antifaschismus von oben« beeindrucken und »friedlich« auf einem Platz fernab vom Aufmarsch der Neonazis von Kultur und Reden berieseln lassen. Deshalb die Parole vom »Aufstand der Anständigen« als Abgrenzung der »aufrechten« Demokraten gegen rechts und links. Ihre größte Angst war es, dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Neonazis und den Antifas kommen könnte.

Deshalb auch der Appell des Dortmunder DGB-Vorsitzenden Weber: »Wir werden in jedem Fall friedlich demonstrieren. Es gilt die Friedenspflicht.« Scheinbar verwechselt er hier Antifa mit Tarifverhandlungen – oder meinte er damit die Zusammenarbeit mit den Unternehmern? Denn er forderte die Unternehmer zusammen mit den Betriebsräten auf, rechtsextremen Mitarbeitern fristlos zu kündigen. Eine Begründung sei laut Bundesarbeitsgericht nicht notwendig. Viele haben das als Heuchelei empfunden, als er betonte: »Wir geben den Rechtsextremen weder Platz noch Raum in unserer Stadt.«

Das Oberverwaltungsgericht genehmigt letztendlich die Neonazidemo

Die Angst vor einem gewaltsamen Aufeinandertreffen zwischen AnhängerInnen der Antifa und den Neonazis führte zuerst zu einem Verbot der Demo durch die Dortmunder Polizei. Um bisherigen Gerichtsurteilen vorzubeugen, wählte man hier als Begründung die Missachtung der Trauer der Familien der erschossenen PolizistInnen. Aber auch gegen diese Begründung war NPD-Funktionär Worch vor dem Verwaltungsgericht in Gelsenkirchen erfolgreich. Jetzt setzte der Dortmunder Polizeipräsident auf eine andere Karte. An den Vorgesprächen waren Mitglieder der verbotenen FAP – jetzt »Nationaler Widerstand Dortmund und Ruhrgebiet« – beteiligt. Somit würde man dieser verbotenen Organisation eine Tribüne bieten. Dem stimmte dann das Verwaltungsgericht zu. Doch noch kurz vor Mitternacht zum 21.10. wurde dieses Verbot vom Oberlandesgericht in Münster wieder aufgehoben. Die Polizei bereitete sich auf einen Großeinsatz vor. Noch zwei Tage zuvor wurde der »Ernstfall« mit Wasserwerfern und Schlagstockeinsatz gegen Demonstranten in der naheliegenden Polizeischule in Selm geübt.

Über 10.000 Menschen demonstrierten gegen Rechts (Die Polizei sprach gar von 20.000)

Am Abend vor dem 21.10. veranstalteten die SchauspielerInnen der Städtischen Bühnen mit Unterstützung Dortmunder BürgerInnen eine Lichterkette rund um das Stadttheater. Auf Tafeln waren die Namen und der Tag der von den Neonazis in der letzten Zeit Ermordeten zu lesen.

Am Morgen des 21.10. gab es zunächst drei unterschiedliche Ausgangspunkte, die sich aber im Laufe des Tages immer mehr vermischten.

Zum »Aufstand der Anständigen« unter dem Motto von Borussia Dortmund »Fremde sind Freunde« mobilisierten mit SPD-Ortsvereinen, Arbeiterwohlfahrt, Kirchen, Sportvereine, ausländische Organisationen und Gewerkschaften insgesamt rund 200 Verbände. Die IG-Metall-Vertreterversammlung verabschiedete eine Resolution in Vertretung von 150 Betrieben. Bei Thyssen Krupp wurden auch die

Sozialpläner angesprochen. Bei Miebach und HSP (Metallverarbeitung) gab es gemeinsame Aufrufe von Betriebsrat und Geschäftsleitung.

Der Oberbürgermeister verschickte an alle Haushalte eine Postkarte mit dem Appell, sich an dem »Aufstand der Anständigen« zu beteiligen. Viele Menschen – besonders auch Ältere – waren diesen Aufrufen gefolgt. Luftballons, Imbissstände, aber auch Plakate und Transparente waren auf dem Hansaplatz zu sehen.

Am Dortmunder Hauptbahnhof sammelten sich rund 1500 vorwiegend jugendliche Autonome und Antifa – zum Teil auch aus anderen Orten in NRW – und zogen Richtung Innenstadt. Diese Demo war von der Dortmunder PDS-Ratsvertreterin angemeldet worden und wurde auch von KommunistInnen und Altlinken unterstützt. Sie stand unter dem Motto: »Wir stellen uns quer«.

Ein weiterer Treffpunkt in der Innenstadt am Platz von Leeds wurde vom Bündnis »Dortmund gegen Rechts« organisiert. Dieses Bündnis wurde vorwiegend von Friedensgruppen und der VVN unterstützt. Hierin zeigte sich besonders die derzeitige Schwäche der Linken. Zwar waren sich alle einig in der Ablehnung des »Aufstandes der Anständigen«, aber zu einer gemeinsamen Absprache und gemeinsamem Vorgehen an diesem Tag kam es nicht. Dieses Bündnis – zu dem rund 800 Menschen kamen – wollte zuerst eine Menschenkette von der Zeitungsredaktion der »Dortmunder Ruhrnachrichten« zu der »Westfälischen Rundschau« veranstalten, um gegenüber den Rechten deutlich zu machen, dass hier die Presse geschützt wird. Aber dann sollte nur eine Demo zu den Redaktionen führen.

Einig waren sich beide Bündnisse dann letztendlich darin, gemeinsam zum Hansaplatz zu ziehen, um von dort viele Menschen mit in Richtung Aufmarschplatz der Neonazis zu bewegen.

Polizeikessel gegen friedliche Demonstranten – Lernstunde in Sachen Staatsgewalt

Viele Menschen ließen sich von Politikerreden und Kulturprogramm (das alles sollte viereinhalb Stunden dauern, um die Menschen auf dem Hansaplatz zu binden) nicht abhalten. Sie wollten vor Ort auf der Straße sein und den Neonazis ihren Unmut ins Gesicht brüllen. Sie schlossen sich entweder dem Demonstrationszug an oder gingen in Gruppen zu den weiträumigen Absperrungen der rund 4000-köpfigen Polizei. Mehrere Tausend fanden sich dort ein – teils aus Neugierde, teils aus der festen Überzeugung, hier den Neonazis die Stirn zu bieten. Viele Schülergruppen machten eigenständige Aktionen. So setzten sich zum Beispiel rund hundert Schüler mit Plakaten »Keine Gewalt in Dortmund« zu einem Sitzstreik unweit ihrer Schule und in Nähe der Neonazidemo auf die Straße.

Die inzwischen rund 2500 DemonstrantInnen kamen dann abseits ihrer angemeldeten Demoroute dem Kundgebungsplatz der Rechten immer näher. Unterwegs gab es die ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei und diese versuchte mit den ersten zwei Kesseln den Zug zum Umkehren zu zwingen. Das gelang nicht und die Kessel wurden schnell wieder aufgelöst.

Zwischenzeitlich machten sich die rund 600 angereisten Neonazis mit dem Hamburger Worch und dem stadtbekanntesten Dortmunder »SS-Siggi« auf den Weg. Ein bekannter Dortmunder Künstler hatte sich vor den Lautsprecherwagen der

Rechten gesetzt und dadurch den Abmarsch verzögert. Unterwegs versuchten immer wieder einzelne Menschen, denen es gelungen war, durch die weiträumig von der Polizei abgesperrte Demoroute einzusickern, sich vor dem Demozug zu setzen. Sie wurden von den Ordnern der Rechten meist unsanft entfernt.

An keiner Stelle der Route war es den Gegendemonstranten möglich, auch nur auf Sichtkontakt zu den Rechten zu kommen, so dicht war die Polizei gestaffelt. So mussten die Neonazis ihre Demo vor menschenleeren Straßen durchführen. Viele Anwohner beschwerten sich, da sie nicht zu ihren Wohnungen konnten. Die Antifa versuchte, die Polizei zu narren, und unternahm immer wieder Versuche, zum Kundgebungsplatz der Rechten vorzudringen. Als dann der Demozug der GegendemonstrantInnen doch sehr nahe kam, wurden rund 350 junge Menschen kurzerhand in einen erneuten Kessel genommen, verprügelt und später dann zur erkennungsdienstlichen Erfassung (von jedem wurde ein Foto gemacht, das später mit den Aufnahmen der Polizei in einer Art Rasterfahndung verglichen werden sollte) ins Polizeipräsidium gebracht. Erst nach fünf bis sechs Stunden wurden sie dann freigelassen.

An einer anderen gutbesuchten Kreuzung ließ die Einsatzleitung dann Wasserwerfer auffahren und zur weiteren Demonstration des staatlichen Gewaltmonopols verummte Polizisten des SEK aufmarschieren. Das führte zu erheblichen Unmutsäußerungen der umstehenden DemonstrantInnen.

Die Zielsetzung – besonders der Autonomen – »Keinen fußbreit Straße für die Rechten« konnte an diesem Tag nicht erreicht werden. Dazu war das Aufgebot der Polizei zu übermächtig. Der Staat demonstrierte sein Gewaltmonopol und schützte die Rechten gegen den linken Widerstand. Viele Menschen beteiligten sich an diesem Tag an den Aktionen. Aber ohne den Aufruf des Oberbürgermeisters zum »Aufstand der Anständigen« (ein Gewerkschaftskollege bemerkte treffend dazu: »Die anständigen Deutschen demonstrieren unter Polizeischutz«) hätten die Linken nie so viele Menschen an die Absperrungen der Polizei gebracht und ihnen damit eine Lehrstunde in Sachen Gewaltmonopol des Staates ermöglicht. Denn gerade das Auftreten der Polizei hat bei vielen Menschen, die eigentlich nur ein friedliches Zeichen gegen Rechts setzen wollten, Nachdenken ausgelöst. Tage lang hat der Kessel in den Dortmunder Zeitungen in Artikeln und Leserbriefen zu Diskussionen und Beschwerden geführt. Eltern, deren Kinder im Kessel waren, Schülervertretungen, die Grünen warfen der Polizei »Unverhältnismäßigkeit der Mittel« vor, die Parole »Deutsche Polizisten schützen die Faschisten« bekam so neue Nahrung. Der Dortmunder Polizeipräsident hatte dafür seine Erklärung: »Unbekannte nutzen die Unerfahrenheit vieler Demonstranten aus.«

Doch dem nicht genug. Nur rund eineinhalb Wochen später zogen rund 35 Rechte vor einem linksalternativen Zentrum, dem »Langen August« in der Nordstadt, auf und skandierten ungehindert rechtsradikale Parolen. Die herbeigerufene Polizei kam einmal viel zu spät und zum anderen ließ sie die Rechten nach der Einkesselung ohne erkennungsdienstliche Erfassung wieder laufen. Sie hatte nur die Personalien des ohnehin bekannten »SS-Siggi« aufgenommen.

Das löste wiederum eine Auseinandersetzung in der Presse aus. Daran wird deutlich, dass zur Zeit eine große Sensibilität zu diesem Thema besteht. Überall entstehen

Gruppen – besonders im Jugendbereich und an den Schulen, die sich mit dem Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit befassen. Schüler gehen durch ihren Stadtteil und übermalen rechte Parolen. Auf Gewerkschaftsversammlungen steht diese Frage im Vordergrund. Hier gibt es zur Zeit viele Anknüpfungspunkte für Linke, einmal mit grundsätzlicheren Fragen über die gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus und den Zusammenhang zum Sozialabbau einzugreifen, solange diese moralische Empörung und Entrüstung noch anhält. Dortmund, 8. 11. 2000 ■

■ HANAU:
DEMONSTRATION DER »ANSTÄNDIGEN«

Nicht alle lassen sich in diese »Zivilcourage« einbinden

Mehrere hundert Menschen (nach Angabe der Presse über tausend) demonstrierten am 10. November in Hanau gegen »rechte Gewalt«. Aufgerufen hatte ein Bündnis von DGB Main-Kinzig/Offenbach, Evangelischer Arbeitskreis Christen-Juden in Hanau, Friedensbeirat Main-Kinzig, Deutsch-Kurdische Friedensinitiative, Deutsch-Ghanaischer Verein »Projekt Ningo«, Stadtschülerrat und einigen anderen. Der eigentliche Initiator war ein evangelischer Pfarrer, dessen Hauptmotiv in der christlich-jüdischen Versöhnungsarbeit liegt und der mit diesem Anliegen auch die Unterstützung von DGB und Friedensbeirat fand. Zwei Vorbereitungstreffen genügend dem Bündnis, obwohl heftige inhaltliche und konzeptionelle Differenzen ausgetragen wurden, ohne zu einer Einigung zu führen.

Offensichtlich kam es der Bündnismehrheit darauf an, sich an den »Aufstand der Anständigen« und die Großdemonstration in Berlin voll und ganz anzuschließen. Alles, was darüber hinaus ging, wurde abgebugelt. Der Aufruf umfaßte zwar eineinhalb Seiten und griff aktuelle Themen wie Fremdenfeindlichkeit, rechtsextreme Gewalttaten, Asyldebatte, behördliche Abschiebepolitik auf, setzte jedoch in der politischen Aussage lediglich auf individuelle Zivilcourage. Die Organisation der Kundgebung erhielt einen offiziellen Anstrich: Die CDU-Oberbürgermeisterin sollte zu Beginn am Gedenkstein der vor 62 Jahren zerstörten Synagoge einen Kranz niederlegen und eine Ansprache halten. Die Demonstrationsroute sollte u. a. den jüdischen Friedhof einbeziehen. Für die Abschlusskundgebung am Rathaus wurde die Zahl der Redner auf drei beschränkt: Stadtschülerrat, Deutsch-Ghanaischer Verein und DGB. Hiermit war insbesondere die autonome Antifa nicht einverstanden, die aus diesem Grunde und wegen der inhaltlichen Reduktion dem Aufruf nicht beitrug.

Kritische Töne waren so zumindest in der Auftaktkundgebung nicht zu erwarten. Die OB lobte die Stadt Hanau als »wachsam« gegenüber dem Rechtsextremismus, der Gewalt und den »Exzessen«. »Bei diesen Worten,« so die Lokalausgabe der Frankfurter Rundschau in ihrem Bericht, »mußte sich die OB allerdings den stillen Protest auf einem Plakat entgegenhalten lassen, wonach sie und die CDU-Fraktion mit den Republikanern im Rathaus paktiert habe, um den Stadthaushalt durchzupauken.« Hintergrund: In Hanau bekommen die Repts bei Kommunalwahlen um die 14 % der Stimmen, größtenteils aus ehemaligen Arbeitervierteln und SPD-



NOCH VERSUCHEN ORDNER,
DEN REP-MANN ZU SCHÜTZEN,
KURZE ZEIT SPÄTER MUSSTE
ER VERSCHWINDEN

Hochburgen. Die CDU hat mit Blick auf die nächste Wahl im Frühjahr 2001 die große Koalition mit der SPD aufgekündigt und sich statt dessen der fallweisen Unterstützung der Repts bedient.

Im weiteren Verlauf der Demonstration gelang es dennoch, das enge Korsett der Veranstalter teilweise zu durchbrechen. Auf Flugblättern, die in der Menge verteilt wurden, wurden – ohne direkten Bezug – die Stoßrichtung und die inhaltlichen Defizite des Aufrufs kritisiert, um Gelegenheit zur Auseinandersetzung zu geben. So wurde unter der Überschrift »Zivilcourage ist gut – aber reicht das aus?« die Standortkonkurrenz als Grundhaltung des aktuell entfalteten, staatlich geförderten »Antifaschismus« thematisiert. Die VerfasserInnen von der »Neuen Hanauer Zeitung«, einem in der Startbahn-West-Bewegung der frühen achtziger Jahre entstandenen linken Blatt der Region, führten weiter aus, daß der Umgang der Unternehmer mit der Zwangsarbeiterentschädigung und der Green Card zeige, worum es wirklich gehe: Um das Image des Standortes Deutschland für Investitionsentscheidungen. Davon dürften sich auch die Gutmeinenden nicht hinters Licht führen lassen, und es sei nicht Aufgabe der Gewerkschaften, dies im »Bündnis für Arbeit« mitzutragen und abzusichern.

Einen anderen Schwerpunkt setzte die autonome Antifa-Gruppe unter der Überschrift: »Für eine Welt ohne Rassismus!« Sie prangerte in ihrer knapper gehaltenen Stellungnahme im wesentlichen Asylpolitik und Abschiebepolitik an. Um es nicht bei Worten belassen zu müssen, organisierten die Autonomen eine eigene Demonstration, die anderthalb Stunden vor der offiziellen Kundgebung begann und rechtzeitig beendet wurde, um sich dann noch anzuschließen. Da es ihnen gelang, mit dem Stadtschülerrat, DIDEF und einigen anderen Gruppen kurzfristig ein Bündnis zu schließen, konnten sie immerhin ca. 250 Menschen mobilisieren. Selbstverständlich war diese Demo nicht mit moralischen Appellen, sondern konkreten Inhalten gefüllt, die sie vor Institutionen wie dem Landratsamt, dem Polizeipräsidium und der Deutschen Bank vermittelten.

Gelegenheit, die heftigen Rufe »Nazis raus!« in die Tat umzusetzen, ergab sich später ebenfalls. In die offizielle Demonstration hatte sich nämlich der örtliche »Republikaner«-Chef eingeschlichen, der solche Gelegenheiten gern benutzt, um sich als einen der »Anständigen« darzustellen, der dann auch keinesfalls von einem drohenden NPD-Verbot

betroffen sein dürfe. Während eine IG-Metallerin noch fragte, wie man solchen Menschen eigentlich die Teilnahme verbieten könne, machten andere das praktisch vor: Einige Autonome griffen sich den Rep-Mann aus der Demo heraus und jagten ihn davon. Wie sich die Polizei verhalten hätte, wäre sie nur stärker vertreten gewesen, muß ungewiss bleiben.

Auch die Abschlußkundgebung mußte nicht so ablaufen, wie Evangelischer Arbeitskreis und DGB geplant hatten. Das Antifa-Stadtschülerrat-Bündnis funktionierte auch hier. Nach ihrer Rede gab die Vertreterin des Stadtschülerrates das Mikrofon einfach an ein Mitglied der autonomen Antifa weiter mit den schlichten Worten: »Ich finde es wichtig, dass die hier reden.« Für einen Moment wurden die Gesichtszüge des DGB-Chefs starr, aber er fing sich. Mit so etwas muss er rechnen.

20.11.00 ■

■ BERLIN: DIE BUNDESREGIERUNG RIEF UND VIELE KAMEN...

Demonstration gegen Rechts

Am angeblich »schicksalhaften« Tag der Deutschen, dem 9. November, organisierte die Bundesregierung in Berlin unter dem Motto: »Wir stehen auf für Menschlichkeit und Toleranz«, eine Großdemonstration. Etwa 100.000 Menschen folgten dem Aufruf. Die Demonstration führte von der Synagoge in der Oranienstraße zum Brandenburger Tor.

Der Treffpunkt besaß symbolischen Charakter. Im Zentrum aller Aufrufe, journalistischen Beiträge wie Kundgebungsreden sollte der 9. November 1938 stehen. Am 62. Jahrestag der Wiederkehr der Pogromnacht, in der, von der NSDAP organisiert, SA und andere nazistische Kräfte die von jüdischen Mitbürgern geführten Geschäfte stürmten, ihre Familienmitglieder aus den Wohnungen trieben und durch die Straßen hetzten, kulturelle wie religiöse Einrichtungen der Juden anzündeten, an diesem Jahrestag wollte die Bundesregierung aller Welt zeigen, dass das Bürgertum aus seiner eigenen Geschichte Lehren gezogen habe. Die Botschaft sollte lauten: Niemals mehr würden sie – wie 1938 geschehen – Plünderungen, Brandschatzungen und Verfolgungen von Minderheiten schweigend zusehen.

Doch schon allein der geschichtliche Bezugspunkt ist nicht richtig gewählt. Wenn überhaupt ein Vergleich mit einer ähnlichen gesellschaftlichen Situation in der Vergangenheit gezogen werden kann, dann allenfalls mit der Mitte der 20er Jahre. Zu dieser Zeit verfügte die NSDAP nur über wenige Kader und besaß geringen Einfluss auf die politische Entwicklung. Das Bürgertum hatte seine außenwirtschaftliche Handlungsfähigkeit durch die Aufhebung einiger Beschränkungen des Versailler Vertrages und durch das Dawes-Abkommen zurückgewonnen. Die endlich wieder ins Land strömenden Gelder führten zu einem wirtschaftlichen Aufschwung. Innenpolitisch hatte sich die Lage nach dem gescheiterten Aufstand der KPD im Oktober 1923 und dem Hitler-Putsch vom 9. November des gleichen Jahres stabilisiert. Unter solchen Bedingungen fiel es nicht schwer, ein Bekenntnis zu demokratischen Tugenden abzulegen. Jeder, ob Jude, Russe oder Balte wurde als gleichberechtigter Bürger anerkannt, jedenfalls dann, wenn er die Geschäfte im eigenen Unternehmen besorgte, sich zu ihm als Geschäftspartner vorteilhafte Beziehungen anknüpfen ließen oder wenn man ihn als abhängig Beschäftigten im Produktionsprozess auf-

grund seiner fachlichen Qualifikation oder seiner geringen Reproduktionskosten einsetzen konnte.

Ob das Bürgertum wirklich etwas aus seiner Geschichte gelernt hat, könnte es allenfalls in einer ähnlich zugespitzten Situation wie der von 1938 beweisen, als sich herausgestellt hatte, dass alle in den zurückliegenden Jahren angestellten Versuche, die tiefe wirtschaftliche Krise von 1929 zu überwinden, gescheitert waren und zudem die zerrütteten Staatsfinanzen keinen Spielraum mehr ließen, die Politik der steuerlichen Anreize, der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der Subventionierung von einzelnen Branchen fortzusetzen. Doch in einer solchen Situation befindet sich die Bundesrepublik derzeit nicht.

Das Motiv der Bundesregierung für die Organisation der Großdemonstration ist denn auch nicht darin zu suchen, dass sie die Geschichte aufarbeiten wollte, sondern in tagespolitischen Erwägungen. Sie hat es in den letzten Wochen nicht geschafft hat, alle wichtigen gesellschaftlichen Einrichtungen von der Notwendigkeit des NPD-Verbotes zu überzeugen. Weder im Bundestag noch im Bundesrat gab es eindeutige Voten für einen Antrag vor dem Verfassungsgericht. Dadurch, dass sie das Gedenken an den 9. November 1938 quasi zum Staatsakt erhob, erreichte sie, dass alle wichtigen Verbände, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen ihre Haltung zu der Frage klären mussten.

Aber auch auf das Bundesverfassungsgericht sollte Druck ausgeübt werden, denn nicht wenige Juristen bezweifeln die Stichhaltigkeit der von der Bundesregierung zusammengetragenen Argumente. Nun weiß man aber, dass die Richter nicht nur nach juristischen Kriterien urteilen, sondern bei rechtlich umstrittenen Fragen auch politische Notwendigkeiten berücksichtigen. Und wenn diese eindeutig aufgezeigt werden können, ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Frage des Verbotes der NPD besteht, dieses auch aus außenpolitischen Gründen geboten ist, werden sich, so die Überlegungen der Bundesregierung, die Richter schon überzeugen lassen.

Die Massendemonstration wurde auch angesetzt, um für den trotzdem nicht ganz auszuschließenden Fall eines Teilerfolges oder gar einer Niederlage vorzubeugen. Wenn Hunderttausende das Anliegen der Bundesregierung teilen, lässt sich das Scheitern in der Öffentlichkeit nicht nur als Niederlage des rotgrünen Kabinetts, sondern als Zurückweisung des Anliegens breiterer Bevölkerungsschichten darstellen. Außerdem könnte man dann darauf verweisen, alles getan zu haben, um die NPD und ihr Umfeld zu bekämpfen.

Doch nicht alle Vertreter des Staates nahmen an dieser Demonstration aus Überzeugung teil. Vertretern der parlamentarischen Opposition wie Stoiber und Merkel sah man an, dass sie äußerst widerwillig mitmarschierten. Sie konnten sich nicht gegen eine Demonstration für bürgerliche Tugenden aussprechen, wenn sie sich nicht von der internationalen Öffentlichkeit und den Unternehmerverbänden vorhalten lassen wollten, bei der Frage der Zurückdrängung des Rechtsradikalismus passiv zu bleiben. Vertreter des rechten Flügels der Konservativen wie der Innenminister von Brandenburg, Schönborn, hatten sich dagegen geweigert, an diesem »Betroffenheitsritual« teilzunehmen. Mit dieser Spaltung der Union in einen Teil, der der Bundesregierung hinterher trotten muss, und einen anderen, der die Teilnahme ablehnt, weil er rechten Gruppen außerhalb der Partei ideologisch und politisch nahe steht, hat die Bundesregierung

noch einen Nebeneffekt erzielt. Sie hat die innere Zerrissenheit der Union weiter vorangetrieben.

Wer nahm an dieser Demonstration teil?

Stadteilaktivisten, Häuserkämpfer und Mitglieder von Anti-Atom-Gruppen stellten einen erheblichen Teil der Demonstranten. Sie, die sich mittlerweile mit den gesellschaftlichen Verhältnissen arrangiert und den Rückzug ins Private angehtreten haben, wollten deutlich machen, dass sie noch immer zu einigen Grundwerten früherer Zeiten stehen. Stark vertreten waren auch Mitglieder von Organisationen, die zum Umfeld der Regierungsparteien gehören, das politisch aktive Spektrum der sog. Reformkräfte bis hin zu Mitarbeitern der Caritas, die sich mit Flüchtlingsarbeit beschäftigen. Die gesamte Führungscrew der PDS erschien und eine große Zahl ihrer Mitglieder. Punks, die letzten Reste der Autonomen sowie fast alle linken Gruppen zeigten Präsenz.

Gekommen waren auch viele Funktionäre der Gewerkschaften. Nahezu alle Vorstandsmitglieder und Beschäftigte der Bezirksverwaltung der Postgewerkschaft marschierten mit. Der Aufruf des Bezirksvorstandes an die Betriebsverwaltungen, an der Demonstration teilzunehmen, blieb jedoch ohne Resonanz. Er wurde, soweit bekannt, in den Betrieben nicht verteilt. In den unteren Gremien der DPG besteht keine Tradition, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen. Wenn Mitglieder erschienen, dann nur als Privatpersonen.

Anders sah es bei der ÖTV aus. Hier hatten die Innenverwaltungen des Landes wie des Bundes arbeitsfrei für alle gewährt, die an der Demo oder der Kundgebung teilnehmen wollten. Mit Ausnahme der Betriebsgruppe der Charité gab es jedoch keine Initiativen, mit ArbeitskollegInnen gemeinsam aufzutreten.

Teilnehmer aus bürgerlichen Kreisen, aus den Verbänden der Wirtschaft, aus dem Bereich leitender Angestellter, aus Rechtsanwaltspraxen und Immobilienfirmen oder der Kultur-Schickeria bildeten bei der Demonstration und der Kundgebung eine Minderheit.

Die Schwäche der Linken

Die Demonstration am 9. November war nur eine von mehreren Aktivitäten, die in letzter Zeit in Berlin stattgefunden haben. So mobilisierte Anfang Oktober bundesweit ein breites linkes Bündnis zu einer Demonstration gegen die im Stadtteil Köpenick angesiedelte Zentrale der NPD. Mit ca. 6.000 Teilnehmern blieb das Ergebnis bescheiden. Nicht nur die Gewerkschaften hielten sich zurück, auch aus der PDS, die am Ort noch über mehrere zehntausend Mitglieder verfügt und einige hunderttausend Wähler in der Stadt hat, kam kaum Unterstützung (s. Kasten).

Der Versuch, am ersten Novemberwochenende einen Aufmarsch der nur teilweise in die NPD integrierten Nazis um Hupka, Worch u.a. direkt zu verhindern, aktivierte etwa 500 Antifaschistinnen. Die Polizei schützte die Demonstration der Nazis und zwar so, dass sie sich mit dem Rücken zu den Nazis stellte, Gesicht, Schlagstock und Schutzschild den Gegendemonstranten zuwandte.

Etwa 1.000 Teilnehmern nahmen an der am 9. November bereits seit zehn Jahren organisierten Demonstration von linken Kräften teil (s. Kasten).

Immer dann, wenn linke und antifaschistische Kräfte allein aufrufen, ist die Zahl der Teilnehmer gering. Ihre beschränkte Mobilisierungskraft hat sicher damit etwas zu

Berlin – weg mit der NPD-Zentrale

Unter diesem Motto fand am 7. Oktober vom Bezirk Treptow aus eine (zu ihr war bundesweit aufgerufen worden) Demonstration gegen die NPD statt. Zur Abschlusskundgebung wurde mehrheitlich von den Rednern das Verbot der NPD gefordert. Es sollte ein Zeichen »Sichtbar gegen die NPD« gesetzt werden.

Aufgerufen hatten zu dieser Demo viele politische Kleingruppen, die in diesem Lande wirken: Von der Antifaschistischen Aktion Berlin über einzelne PDS-Parlamentarier, Bezirksgruppen einiger Gewerkschaften bis zum Wissenschaftlich-Humanitären-Komitee Regionalgruppe Ruhrgebiet/Rheinland. Es waren mehr als 200 Gruppen und Einzelpersonen.

Gegen den »Sichtbaren Alltag«, in dem Verletzungen, Morde und Brandanschläge durch Neofaschisten vermehrt stattfinden, demonstrierten zirka 8000 Menschen. Es waren überwiegend jüngere Personen, die auch mit ihrer Teilnahme und Plakaten eine »Sichtbare Ächtung« der Übergriffe durch die Rechten sichtbar machen wollten.

Es gab auch Gewerkschafter, ausgerüstet mit den Fahnen ihrer Organisation, die ein praktisches Zeichen gegenüber dem Wortgeklingel ihrer Repräsentanten setzten. Immerhin bis zu hundert Personen waren in diesem Block, der auch eine Orientierung für einzelne Personen bildete, die sich keiner der sonstigen aufrufenden Gruppen zugehörig fühlten. Es war auch von Vorteil, als Personen aus diesem Kreis, inklusive Parlamentarier (»ausgerüstet« mit ihren Ausweisen, die sie, für die Presse erkennbar, hochhielten) bei Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demo-Teilnehmern vor dem Abschiebegefängnis Grünau zugegen waren. Es behinderte nicht unbeträchtlich die Willkür seitens der Polizei. An dieser Stelle der Demo-Route sollte ursprünglich als Zeichen »sichtbarer Solidarität« mit Flüchtlingen, Obdachlosen und »Anders-Ausehenden« eine kleine Zwischenkundgebung stattfinden, von der aber, um die Demo insgesamt zu retten, abgesehen wurde.

Offensichtlich unbeachtet von TeilnehmerInnen und auch Korrespondenten war die Tatsache, dass sich die NPD-Bundeszentrale in einer Straße befindet, die ihren Namen zu Ehren des Arbeitersportlers Werner Seelenbinder hat, der 1944 von den Nazis ermordet wurde. 28. 11. 2000 ■

tun, dass sie in eine Vielzahl von einzelnen Gruppen zersplittert sind. Wer in antifaschistischen Gruppen tätig ist, kümmert sich nur um diese Fragen, eine Verbindung zu anderen Problemen wie etwa denen, die in Betrieb und Gewerkschaften bestehen, existiert nicht. Und umgekehrt.

Ein Grund für ihre bescheidene Resonanz ist sicher darin zu suchen, dass sie bisher nicht haben deutlich machen können, dass durch Gegenmobilisierung eine Zerschlagung der Nazi-Demos möglich ist.

Auf dem Hintergrund der breiten gesellschaftlichen Diskussion über das Verbot der NPD konnte am 26. November, als die NPD erneut zu einer Demonstration, diesmal gegen ihr eigenes Verbot, aufrief, nicht nur mehr Teilnehmer als sonst mobilisiert, sondern auch erreicht werden, dass die sich zunächst an unterschiedlichen Treffpunkten sammelnden AntifaschistInnen am Alexanderplatz gemeinsam der

9. November: Traditionelles Gedenken und Demonstrieren in Berlin-Moabit

Seit elf Jahren ruft die Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) zur Gedenkkundgebung am Mahnmahl Levetzowstraße/Moabit auf.

Dort stand die ehemals größte Synagoge Berlins, die im Krieg zerstört und 1956 abgerissen wurde. Ab 1941 befand sich dort ein Sammellager für 1.000 Jüdinnen und Juden. Bis zum März 1945 verließen insgesamt 63 »Ostransporte« mit ca. 35.000 und 117 »Alterstransporte« mit 15.000 Juden und Jüdinnen Berlin in Richtung der Vernichtungslager und Ghettos. Die Vertreibung spielte sich am helllichten Tage vor aller Augen ab. Wurden die Opfer anfangs noch auf LKWs zum Deportationsbahnhof Putlitzstraße, dem größten Berlins, verfrachtet, mussten sie ab 1943 diesen Weg zu Fuß zurücklegen. Schwer mit Koffern und Bündeln beladen, wurden sie von der SS durch Jagowstraße, Alt-Moabit, Lübeckerstraße, Havelberger Straße und Quitzowstraße getrieben, wo auf einem Nebengleis des Güterbahnhofs Moabit die Deportationszüge warteten.

Weit über tausend Antifaschisten versammelten sich um 17.00 Uhr vor dem Denkmal (ein meterhoher Waggon aus Stahl auf Schienen, die rund 50 Meter parallel zur Levetzowstraße in den Fußweg eingelassen bis hin zur nächsten Straße laufen, darin kauern sich in Marmor gemeißelte Menschen, Sinnbild der Judendeportation). Das Motto: »9. November 2000? 62 Jahre nach der Reichspogromnacht · Kein Vergeben, kein Vergessen«. Die Klezmer-Sängerin Michaela Schönmeyer sang jiddische Lieder. Die Redner der traditionellen Kundgebung grenzten sich deutlich von der zeitgleich stattfindenden Massenveranstaltung ab. »Pogrome verhindern, Rassismus tötet« war eine der Leitparolen. Der »Aufstand der Anständigen« wurde scharf kritisiert. Die Teilnahme von Politikern, die einer deutschen »Leitkultur« das Wort reden, sei äußerst fragwürdig. Die jetzigen Forderungen der Politiker seien nur autoritäre Konzepte: Mehr Polizei, mehr Überwachung, Verbote. Gleichzeitig werde eine selektive Einwanderungspolitik vorbereitet. Alle anderen würden wie eh und je an der Grenze abgefangen von »Grenzschützern mit Anti-Rassismus-Training.« Eine Rednerin sprach von »der Unmöglichkeit, anständig aufständig zu sein.« So auch die Kritik an »Joschka Fischer im Kosovokonflikt, den ersten Kriegseinsatz nach 1945 mit Auschwitz zu legitimieren«,

dies sei »unverfroren«. Damit werde Auschwitz in ein »ewiges Kontinuum der Schlächtereien« eingeordnet und relativiert.

Die Demo-Route orientiert sich an dem Weg, den die Deportierten zum Bahnhof nehmen mussten. Einen Halt mit einer kurzen Ansprache gab es vor dem Rathaus Tiergarten. Hinter dem Rathausgebäude befindet sich die Markthalle Tiergarten mit einem Restaurant. Der Besitzer dieses Restaurants, ein Moabiter CDU-Mitglied, ließ dort am 27. August 1999 und am 30. Juni 2000 nachweislich zwei NPD-Veranstaltungen stattfinden. Nachdem dies durch die Moabiter Antifaschisten publik gemacht wurde, fühlt er sich nun als Opfer einer Verleumdungskampagne. Proteste sollen nun mittels eines Rechtsanwaltes unterbunden werden. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen »Mitglieder« der Antifaschistischen Initiative Moabit (AIM). Nach diesen antifaschistischen Aktivitäten beschloss die Bezirksverordnetenversammlung Tiergarten mit den Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des PDS-Verordneten bei Enthaltung der CDU: »Kein Raum für Rechtsradikale in Tiergarten.«

Die Abschlusskundgebung fand mit Kranzniederlegung und Ansprachen auf der Putlitzbrücke vor dem Mahnmahl für die deportierten Jüdinnen und Juden statt. Seitdem auch dieses Denkmal öfters Ziel von Attacken Rechtsradikaler wurde, wird es von einem Wachmann geschützt. In den Reden wurde noch mal skizziert, dass der Antisemitismus von einer mühsam tabuisierten Ideologie zu einem jederzeit wieder abrufbaren Element deutschen Alltags und deutscher Identität geworden ist. Der Holocaust und seine Auswirkungen auf die deutsche Gegenwart, z.B. die Forderung nach ausreichender Entschädigung nicht nur der jüdischen ZwangsarbeiterInnen, weckt reflexartig antisemitische Ressentiments und verletzten Nationalstolz. Durch aufgeregtes Engagement wird versucht, die Begriffe Rassismus und Antisemitismus oder auch Solidarität ihres staats- und gesellschaftskritischen Inhalts zu berauben und durch Appelle an eine »anständige«, herbeihalluzinierte »Zivilgesellschaft« zu vereinnahmen.

Kommentar eines Mitgliedes der PDS-Tiergarten/Moabit: »Lieber einen anständigen Aufstand als einen Aufstand der Anständigen!«
Berlin, 20. 11. 00 ■

NPD in den Weg stellten. Die Polizei löste daraufhin die Demo der Faschisten auf.

Ob dies allerdings eine Wende bedeutet, muss sich noch erweisen. Von ihrer machtvollen Präsenz her, hätte die Polizei der NPD ohne weiteres die Straße freimachen können. Allerdings wäre ihr das nur unter Einsatz von massiver Gewalt gelungen. Wohl um nicht den Eindruck der aus staatspolitischen Gründen wichtigen Massendemonstration in der internationalen wie nationalen Presse wieder verblasen zu lassen, entschied die Polizeiführung (sicher nach Absprache mit Senat und der Bundesregierung), diesmal die NPD-Demo zu beenden.

War es richtig, an der Demonstration teilzunehmen?

Es ist grundsätzlich nicht zu kritisieren, wenn Linke an Demonstrationen teilnehmen, zu denen auch Teile des Bür-

gertums erscheinen. Entscheidend bleibt, dass sie ihre eigenen Vorstellungen deutlich machen können und auf diese oder jene Weise die Beschränktheiten des bürgerlichen Antifaschismus aufzeigen.

Bis zu einem gewissen Grad ist dies während der Demonstration am 9. November auch gelungen. Viele Teilnehmer hatten Transparente mitgebracht, die die gegenwärtige Asylpolitik anprangerten. Auf mehreren Plakaten wurde die »deutsche Leitkultur« zum Thema gemacht. Mit diesem Schlagwort versucht gegenwärtig die CDU, ihre rechten Anhänger, die sich wegen der Angriffe auf nationalistische Positionen in der Krise befinden, wieder an sich zu binden.

Aufgegriffen wurde insbesondere in Flugblättern die Diskussion über ein Einwanderungsgesetz. Die einer solchen Regelung implizite Trennung zwischen »den guten, nützlichen« und »den nicht nützlichen«, d. h. an der Grenze ab-

zuweisenden Ausländern, ist ganz zugeschnitten auf die Interessen der Unternehmer. Nur der, der im kapitalistischen Produktionsprozess verwertbar ist, soll als Bürger mit fast gleichen Rechten wie die Einheimischen in dieser Gesellschaft wenigstens zeitweise leben dürfen.

Das, was jetzt in Gesetzesform gegossen werden soll, wird allerdings schon seit Jahren praktiziert. Wenn Krankenschwestern fehlten, gab es eine Ausnahmegenehmigung für einige tausend ausgebildete Kräfte aus Südkorea, wenn der Hotel- und Gaststättenverband erklärte, seine von ihm vertretenen Unternehmen fänden keine billigen Arbeitskräfte mehr auf dem hiesigen Markt, erteilte das Arbeitsministerium eine befristete Aufenthaltserlaubnis für die gewünschte Zahl von osteuropäischen Arbeitnehmern.

Natürlich fiel es vielen schwer, an einer Demonstration teilzunehmen, die von Kräften organisiert wurde, die mitverantwortlich sind für den Krieg gegen Jugoslawien. Während sie nach innen Humanität predigen, praktizieren sie wie ihre Vorgängerregierungen an den Grenzen Deutschlands, die zugleich die Grenzen der EU sind, eine rigorose Vorgehensweise gegen alle, die sich auf das Grundrecht auf Asyl berufen wollen. In den letzten Jahren hat diese Praxis zu einer Vielzahl von Toten geführt. Nur in den seltensten Fällen berichtete die bürgerliche Presse über diese Vorfälle.

Doch entscheidend war nicht, dass bestimmte Fragen von den Organisatoren ausgeklammert wurden, denn wer es wollte, konnte sie thematisieren, sondern dass die Veranstaltung ein Forum bot, auf dem man gegenüber einer großen Zahl von Menschen eine politische Stellungnahme gegen die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft abgeben konnte. Nicht wenige Kräfte nutzten diese Gelegenheit, um über die NPD hinaus Position gegen Rechts zu beziehen.

Es ist deshalb nicht ganz richtig zu behaupten, dass die überwiegende Zahl der Teilnehmer nur kam, weil der Staat sie gerufen hatte. Sie liefen nicht hinter staatsoffiziellen Parolen her, sondern artikulierten eigenständig ihre Gründe für die Unterstützung einer schärferen Politik gegen Rechts. Sie blieben allerdings mit ihren Forderungen auf dem Boden der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse stehen.

Die breite Teilnahme ist ein Schritt zu mehr Bewusstsein über die Gefahr, die von den Nazis ausgeht. Für eine konsequente Auseinandersetzung reicht dies aber nicht aus. Wenn nicht die gesellschaftlichen Ursachen für die Rechtsentwicklung aufgezeigt werden und ein politischer Ausweg gesucht wird, der über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist, wird die Wirkung solcher Massendemonstrationen verpuffen.

Hier kann es hilfreich sein, wenn man sich am 9. November nicht nur der an diesem Tag stattgefundenen historischen Ereignisse erinnert, die einen reaktionären Charakter haben, sondern auch des einzigen Ereignisses, das einen gesellschaftsverändernden Inhalt aufwies: Der Novemberrevolution von 1918. Erst wenn sich in den Köpfen der politisch Aktiven festgesetzt hat, dass die Revolution nicht gescheitert, sondern nur unvollendet geblieben ist, wird es möglich sein, Inhalt und Ziel des Kampfes gegen Rechts präziser zu bestimmen.

Berlin, 1. Dezember 2000 ■

Beim zweiten Hineinsteigen war der Fluss schon leerer

Wie im März d. J. fand nun am Samstag, den 11. November, noch einmal ein Sternmarsch für eine "Kehrtwende in der Berliner Bildungspolitik" statt. Hauptinitiator war wiederum die Elterninitiative "Aktion Bildung".

Dem Aufruf hatte sich eine große Anzahl an Verbänden Betroffener angeschlossen. Das Aktionsbündnis "Zukunft für Bildung" umfaßte dem Aufruf nach Bezirksverwaltungen der ÖTV, HBV, DPG, Hochschulgremien, Eltern- und Schülergremien, Pädagogischen Vereinen bis zum Türkischen Elternverein.

Die Organisation dieses weiten Bündnisses, die Mobilisierung und Demonstrationslogistik lag wieder weitestgehend in den Händen der GEW.

Nahezu 20.000 Menschen versammelten sich, aus sieben Richtungen kommend, erneut vor dem Roten Rathaus. Entgegen der Meldung von 35.000 Demonstranten konnte wir nur diesmal gut die Hälfte der noch im März versammelten 40.000 Versammelten registrieren.

Was hatte aber diese dennoch große Anzahl an Schülern, Eltern und Lehrern bewegt, das dritte Mal in diesem Jahr zu demonstrieren?

Böger, ein Senator mit dem pädagogischen Gefühl einer Registrierkasse

Mit der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde für LehrerInnen mit dem Schuljahresbeginn 2000/2001 sollte nach Aussage des Schulsenators Böger, die Berliner Schule zu 105 % mit Lehrkräften ausgestattet sein.

Grundlage dieser »Prognose« war die Annahme des Sinkens der Schülerzahlen um 20.000, die versprochene Einstellung von ca. 500 KollegInnen und die Aufhebung der »Zwangsteilzeitvereinbarungen« für die zuletzt eingestellten jüngeren Lehrkräfte (bei ca. 1200 Pensionierungen).

Den eigenen Versprechungen mißtrauend, verschickte der neue Leiter des Landesschulamtes, Pieper, das Rundschreiben 48/2000 zum ersten Schultag an alle Schulen. Damit sollte eine "Offensive gegen Unterrichtsausfall", so ein Punkt des Schreibens, öffentlichkeitswirksam eingeläutet werden.

Diese Offensive sah u.a. eine 10%-ige Vertretungsbereitschaft der Lehrkräfte vor (unbezahlte Arbeitszeitverlängerung um erneut 2-3 Stunden), machte die Bewilligung von Klassenfahrten, Exkursionen von der vollständigen Vertretung abhängig, ließ Fortbildung nur für die unterrichtsfreie Zeit zu.

Damit die Behörde in Zukunft möglichst ungestört schalten und walten könne, sollten die bezirklichen Personalräte abgeschafft und zentral 29köpfig beim Landesschulamt installiert werden. Diese verminderte Zahl der Personalvertretung für das gesamte Berlin entspricht in etwa der gegenwärtig in zwei mittleren Bezirken (von insgesamt 23 Berliner Bezirken) tätigen Personalräten. Ein Blick ins Betriebsverfassungsgesetz mag diese geplante drastische Reduzierung verdeutlichen: Bei 9000 Arbeitnehmern besteht der BR z.B. aus 31 Mitgliedern (in Berlin sind gegenwärtig ca. 40.000 Beschäftigte an Schulen tätig).

Mit diesen Ankündigungen konnte der Schulsenat kurzfristig in der Öffentlichkeit punkten.



Doch bereits einen Monat später (Veröffentlichung der Septemberstatistik) wurde Böger von der Wirklichkeit bestraft. Der Unterrichtsausfall war nach wie vor auf vergleichbarem Niveau. Geschönte Statistiken rächten sich (es sanken die Schülerzahlen nur um 10.000) zu Mehrarbeit gezwungene Lehrkräfte werden nicht krankheitsresistenter, müssen dann inclusive der offenen und verdeckten Mehrarbeit eben auch mehr vertreten werden.

Kaum eine Schule erreichte den angestrebten Ausstattungsgrad. Es gab Schulen, die eine Ausstattung von lediglich 73% aufwiesen.

Beseelt vom Wunsch, der GEW die Widerstandsfähigkeit auszutreiben, schossen Senator und Erfüllungsgehilfe auch formal über das Ziel hinaus:

Bei der Veröffentlichung des Rundschreibens 48/2000 übersah Herr Pieper die Mitbeteiligungsrechte des Hauptpersonalrats. Bei der von ihm geplanten Einschränkung der Personalratstätigkeit stießen Böger und Piper auch parteiintern auf den Widerstand der ÖTV-Fraktion. Diese bangt um ihre Posten und wollte sich keinen zusätzlichen Ärger bei der Deregulierung der Betriebe im öffentlichen Dienst (Hausmeister und sonstige Arbeiter im Schulbereich sind z.B. auch in der ÖTV organisiert) einhandeln. Begann der Schulsenator das Schuljahr 2000/2001 in der Öffentlichkeit als Löwe, so landete er bereits Ende September als Bettvorleger. Dieses spiegelte sich auch in unverhohlenem Spott in der Presse wider.

Widerstand regt sich

Was sich bereits im Streik der Lehrer im April (siehe Arpo 3/2000) durch die aktive Beteiligung von fast 50 Schulleite-

rInnen andeutete, verstärkte sich nach dem Erhalt des bereits erwähnten Rundschreibens: Der Loyalitätskonflikt der »Administratoren« zum Dienstherrn eskalierte.

Auf einer Hauptschulleitersitzung beim Senator hatten sich von 60 Anwesenden 10 eindeutig (d.h. auch unter Androhung von dienstrechtlichen Maßnahmen) dafür ausgesprochen, trotz Anordnungscharakter die Vorgaben des Rundschreibens nicht durchzusetzen. Sie sahen diese als ein bürokratisches Korsett, das pädagogisch dumm sowohl Konflikte in den Kollegien als auch Mehrarbeit beinhaltet.

Die AG Schulleitung in der GEW warf der Schulbehörde vor, »mit unrealistischen, populistischen Zielsetzungen« in die Schule einzugreifen. Dieses in einem »unerträglichen, befehlenden Ton«, »Eine Zumutung ist das Ansinnen, allen LehrerInnen zu der gerade erfolgten Arbeitszeiterhöhung noch einmal eine 10%-ige Vertretungsbereitschaft und damit Mehrarbeit abzuverlangen«.

Mit dieser Radikalität übertrafen sie die noch gedämpften Reaktionen vieler Kollegien. Die Niederlage um die Mehrarbeit, trotz eindrucksvoller Frühjahrsaktionen, saß. »Man kann halt doch nichts machen«. Dieser Gedanke war bei fehlender gemeinsamer Analyse des Streiks schwer zu erschüttern. Konsequenzen wurden vornehmlich individuell gezogen in Richtung Altersteilzeit und konsequentem Auskurieren von Krankheiten.

Deshalb ist es umso bedeutsamer, daß trotz der geringen Aktivitäten in den Schulen doch noch so viele LehrerInnen, sie stellten einen Großteil der Sternmarschteilnehmer, erschienen waren.

Die GEW als Träger der organisatorischen Hauptlast des Bündnisses vermied Lehrerinteressen (als Arbeitnehmer) in der Vorbereitung zu artikulieren. Mit keinem Wort wurde auf den gesellschaftsbedingten Charakter der Bildungsmisere eingegangen, sondern diese weiterhin als Folge falscher Prioritätensetzung schlechter Politiker dargestellt.

Mit dem Augenmerk auf eine möglichst eindrucksvolle Demonstration kamen kontroverse Vorstellungen gar nicht ins Bewußtsein. Dieser Sternmarsch war nützlich, wenn die in der Vorbereitung hergestellten Verbindungen weiter genutzt und auch inhaltlich weiterentwickelt werden können. Entfällt diese inhaltliche Schärfung, so verkommt solch ein Marsch zu einer statistischen Größe. Berlin, 20.11.00 ■

ITALIEN: GEWERKSCHAFTSWAHLEN BEI FIAT

Die faulen Früchte der »konzertierten Aktion«

Trotz der tiefgreifenden Veränderungen, die das italienische Kapital in den letzten Jahren erfahren hat und die mit »Ende des Familienkapitalismus« und »Umgruppierung in Richtung Kommunikationssektor« nur unzureichend beschrieben sind, ist die FIAT Spa. nach wie vor die wichtigste Unternehmensgruppe Italiens. Die dort Beschäftigten sind der Kern der italienischen Arbeiterklasse.

Entsprechend groß war das Interesse der bürgerlichen Medien, als im Juni/Juli 45.700 der 132.700 FIAT-Beschäftigten in ganz Italien ihre gut 600 Delegierten in die »Einheitlichen Gewerkschaftlichen Vertretungen« (Rappresentanze sindacali unitarie – RSU) wählten, der italienischen Mischung aus Betriebsrat und Vertrauensleutekörper.

Brisanz bekam dieser Teil der alle drei Jahre fälligen Neuwahl der RSU'en dadurch, dass sie vor dem Hintergrund des Anfang März geschlossenen Abkommens zwischen General Motors und FIAT-Auto stattfand und die kampfstärksten und von dem Abkommen am meisten betroffenen, aber auch die auf der grünen Wiese errichteten neuen »Modell«-Betriebe zu den Urnen gerufen waren. Darunter die FIAT-Auto Werke Turin-Mirafiori, Turin-Rivalta, Melfi, Val di Sangro und Termoli, die ehemaligen Alfa Romeo-Werke in Mailand-Arese und Pomigliano d'Arco bei Neapel, die Iveco-Werke in Turin und Brescia, die Teksid- und die Comau-Betriebe.

Ein guter Gradmesser also für den Stand des gewerkschaftlichen Bewusstseins und seine Entwicklung in den

letzten 3 Jahren im Epizentrum der italienischen »Old Economy«. Tatsächlich weisen die Ergebnisse auf erhebliche Brüche in Bewusstsein und Zusammensetzung der Belegschaft hin: Bei einer erstaunlich hohen Wahlbeteiligung von rund 80% stellt die (mit der hiesigen IG Metall vergleichbare) und mit gut 350.000 Mitgliedern bei weitem größte italienische Metallergewerkschaft FIOM (die zur früher PCI-nahen Gewerkschaftszentrale CGIL gehört) klar die Hauptverliererin dar. Hauptgewinner sind hingegen die beiden kleineren, sehr flexiblen, »modernen« und moderaten Branchengewerkschaften aus dem sozialpartnerschaftlichen Dreierbund, nämlich die FIM (ca. 180.000 Mitglieder) der christdemokratischen Zentrale CISL und die UILM (ca. 120.000 Mitglieder), die der ehemals PSI-nahen und sich nunmehr als Neue Mitte-»Bürgergewerkschaft« definierenden Gewerkschaftszentrale UIL lang geschlossen ist. Beide sind nach Selbstverständnis und Politik etwa mit der IG Chemie vergleichbar.

Ergänzt wird das Lager der Gewinner durch die (CGM-ähnliche) FISMIC, einer ausschließlich bei FIAT existierenden, dort aber starken, gelben Betriebsgewerkschaft, die aus einer Rechtsabspaltung der FIM-CISL in den 60er Jahren hervorgegangen ist und mittlerweile von vielen bürgerlichen Beobachtern als »vierte konföderale Gewerkschaft« betrachtet wird (siehe z.B. »La Stampa« vom 9.7.00). Das heißt, als vierter Teil der offiziell anerkannten Sozialpartnerriege FIOM-FIM-UILM im Metallbereich.

Den zahlreich vorliegenden Einzelergebnissen zufolge (Gesamtergebnisse wurden leider nicht vorgelegt und sind auch nicht mehr zu erwarten) verliert die FIOM durchgehend, und zwar zwischen 2,4% (Iveco Brescia) und 10,0% (Alfa Mailand-Arese). Wobei die Verluste im Schnitt 6% betragen. Dennoch bleibt sie mit insgesamt gut 30% fast überall die stärkste Kraft. Zweitstärkste Gewerkschaft in der FIAT-Gruppe wird wiederum die in Treue fest zur Geschäftsleitung stehende FISMIC mit durchschnittlich 20 – 21%. Sie kann ihre erschreckenden Erfolge der RSU-Wahlen von 1994 und 97 nicht nur konsolidieren, sondern sogar noch ausbauen. Wobei sie in den Iveco-Lastwagen-Werken von Turin und Brescia (+ 7,6% und + 2,8%) am deutlichsten zulegt. Die Ergebnisse der FIM bewegen sich zwar in einem Spektrum von -2,5% bei Alfa Romeo Arese bis + 5% im mit Abstand größten FIAT-Werk von Turin-Mirafiori, gewinnt im Durchschnitt aber 2% dazu und verteidigt mit knapp 20% ihren dritten Platz vor der noch moderateren UILM. Diese verzeichnet, mit Ausnahme des Luft- und Raumfahrtproduzenten FIAT-Avio (- 4,2%), Zugewinne zwischen 0,3 und 4,9% (Rivalta) und landet mit rund 18% auf Platz 4. Zudem erklären sich die FISMIC- und UILM-Verluste (zusammen – 5,6%) bei FIAT-Avio aus der Kandidatur einer erstmals präsentierten Liste leitender Angestellter (sog. Kader), die in Abstimmung mit FIM und FISMIC zustande kam und mit ihren auf Antrieb erreichten 10,5% diese Verluste mehr als wett machte.

Immerhin konnten die unabhängigen linksradikalen Basisgewerkschaften Sin Cobas (in Mirafiori 4,9%, d.h. -0,6%) und SLAI Cobas (bei Alfa in Arese 27,7% und bei Alfa in Pomigliano 10,3%, das bedeutet in beiden Fällen -0,7%) ihre Ergebnisse im wesentlichen halten. Die Einbrüche insbesondere des SLAI Cobas bei Alfa in 1997 (-16% und -9%) setzten sich nicht fort. Stattdessen trat in dem von schlechender Schließung bedrohten Alfa Romeo-Werk in Arese erstmals die etwas gemäßigttere linke Basisgewerkschaft

FLMU (die zum größten Zusammenschluss von Basisgewerkschaften – der CUB – gehört, die ca. 50.000 Mitglieder hat) an. Sie erreichte »aus dem Stand« 11%, und war besonders unter den Angestellten erfolgreich, während der SLAI Cobas seinen stärksten Rückhalt unter den Arbeitern der Produktion und vor allem des Karosseriebaus hat, wo er 42% bzw. 48% der Stimmen erhielt.

Für die Exponenten des rechten Gewerkschaftsspektrums ist die Bewertung der Ergebnisse ebenso klar wie simpel. Giuseppe Cavallitto von der FISMIC sieht für seine Organisation »eine Zunahme von großer politischer Bedeutung, die zeigt, wie die Arbeiter unsere Glaubwürdigkeit und die Schnelligkeit unserer Delegierten bei der Verteidigung der individuellen Rechte und der Regelung der Ausgliederungen zu würdigen wissen.« Roberto Di Maulo von der UILM wird noch etwas grundsätzlicher: »Dieses Ergebnis hat eine klare Aussage: Die Arbeiter kehren den Formationen den Rücken, die aus dem Konflikt und dem Antagonismus ihren Daseinsgrund gemacht haben.« (»La Stampa« 9.7.2000)

Diese Einschätzungen lassen sich nicht als die übliche Propaganda aus dieser Ecke abtun. Sie enthalten durchaus Zutreffendes. Doch die tatsächlichen Ursachen dieses Votums und der politischen und gewerkschaftlichen Veränderungen nicht nur bei FIAT sind vielschichtiger und widersprüchlicher. Es ist eine Verbindung von 4 Faktoren, die hier wirksam geworden ist:

- Die strukturellen Veränderungen im Produktionsprozess (Outsourcing, Flexibilisierung und Prekarisierung),
- der Generationswechsel und damit einhergehende Traditionsbruch,
- die Beteiligung der FIOM an der konzertierten Aktion (d.h. ihre Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit + die Früchte ihrer praktischen Politik), sowie
- der Niedergang der Mitte-»Links«-Regierung und ihr absehbares Ende.

Jede dieser Ursachen stellt selbst einen qualitativen Bruch dar. Ihr Zusammenwirken aber markiert das definitive Ende eines historischen Zyklus, der in den 60er Jahren begonnen und im Gefolge verschiedene Phasen des Aufschwungs und des Niedergangs durchlaufen hat.

Es handelt sich hier also nicht um einen vorübergehenden Rückschlag, den man mit viel gutem Willen und einer etwas besseren Politik bis zur nächsten RSU-Wahl wieder wettmachen kann, sondern um eine grundlegend veränderte Situation, die sich in den nächsten drei Jahren noch weiter verschärfen wird und demzufolge auch nach einer grundlegenden Entscheidung über den politischen und gewerkschaftlichen Kurs und den entsprechenden Konsequenzen verlangt: Entweder ein klares Bekenntnis zur Unterordnung unter das Kapital mit voller Flexibilisierung, Deregulierung und dem Marktfetischismus als neuen Werten, oder schonungslose Selbstkritik, Bruch mit der Klassenzusammenarbeit und konsequenter Kampf für die Interessen der Arbeiter und der Masse der Angestellten und Arbeitslosen. Doch im einzelnen:

Als erstes sind die strukturellen Veränderungen in den Betrieben zu nennen. Das Übel des »Outsorcings« hat bei FIAT erst in den letzten Jahren mit voller Wucht zugeschlagen, mit den auch hierzulande bekannten Folgen: Allein in den beiden Turiner FIAT-Werken Mirafiori und Rivalta exi-

stieren mittlerweile 12 verschiedene Betriebe nebeneinander und im Zuge des im März geschlossenen FIAT-GM-Abkommens werden es am Jahresende 16 verschiedene sein. Von den 15.673 in Mirafiori Beschäftigten werden dann nur noch 6.650 einen Vertrag bei FIAT-Auto haben. Die übrigen 9.023 verteilen sich dann auf die restlichen »autonomen« Unternehmen. In Rivalta werden 2.698 FIAT-Bedienstete 2.596 Arbeitern und Angestellten mit einem Arbeitsvertrag bei einem der (zwar weiterhin zur FIAT Spa. gehörenden, doch formal unabhängigen) Subunternehmen gegenüberstehen. Auch hier werden auf demselben Werksgelände und trotz engster Verzahnung mehrere unterschiedliche Tarifverträge gelten. Zumal von FIAT in den letzten Jahren weitgehend auf Neueinstellungen verzichtet und stattdessen auf junge (oftmals aus Westafrika oder Osteuropa stammende und kaum der italienischen Sprache mächtige) Leiharbeiter verschiedener Zeitarbeitsfirmen wie Adecco, ALI und Quandocorre zurückgegriffen wurde. Diese arbeiten nun – miserabel bezahlt, weitgehend entrechtet und hochgradig prekär beschäftigt – direkt neben den ganz normalen, meist älteren FIAT-Arbeitern an den Fließbändern, Pressen usw. Die alten Kampf- und Vertretungsstrukturen in den Fabriken haben darunter massiv gelitten und sind z.T. ganz zerrissen, von der mit diesem Zustand verbundenen Demoralisierung gar nicht zu sprechen.

Bezeichnenderweise hat sich die FIOM dort sehr gut gehalten, wo die alten Strukturen noch einigermaßen intakt sind und sie über genügend alte Kader verfügt, namentlich bei der Comau, dem ausgegliederten FIAT-Maschinenbau-Unternehmen, das die Produktionsmittel für die Autoproduktion herstellt und wartet. Gleichzeitig verlor sie durch deren Ausgliederung aus FIAT-Auto dort sehr viele bekannte Vertreter.

Womit wir beim **zweiten Faktor** sind: dem Generationenwechsel, dem Traditionsverlust und auch der gesunkenen Bedeutung des RSU-Delegiertensystems als solchem. Den altersbedingten Kaderverlust und den Bruch im Bewußtsein sieht natürlich auch die nationale FIOM-Führung – freilich ohne selbstkritisch die Hintergründe zu betrachten und eine wirkliche Antwort darauf zu haben.

Das FIOM-Führungsmitglied Lello Raffo beispielsweise fasst diesen Prozess so zusammen: »Die Verringerung der Beschäftigung und die Pensionierungen haben unsere Leute rausgebracht und die Ausgliederungen haben uns in einigen Fällen der Kandidaten beraubt. ... Das Problem ist zu verstehen, was heute die Identität ist und wie sie zu rekonstruieren ist. In drei Jahren werden alle aus der 68er Generation aus der Fabrik raus sein. Damit geht die Erinnerung und die Jungen haben nicht die Fähigkeit die Unterschiede zwischen uns und den anderen zu sehen. In dieser Situation ist es leicht, dass die Unternehmenslogiken die Oberhand gewinnen.« (ebenda)

Was von dem Mitglied der Linksdemokraten (DS) Lello Raffo lieber verschwiegen wird und er möglicherweise auch gar nicht wahrhaben will, spricht der Verantwortliche für den Bereich Arbeit in der Nationalen Leitung des Partito della Rifondazione comunista (Partei der kommunistischen Neu/be/gründung – PRC) in aller Deutlichkeit aus: »Wegen der Stagnation der Initiative ist die Übertragung dieser Erfahrungen von der alten auf die neue Generation im Erleben der Kämpfe nicht möglich gewesen. Der Bruch läuft Gefahr ein sehr schwerwiegendes Handicap für die ganze Gewerk-

schaftsbewegung, aber mit Sicherheit für die Bereiche der Gewerkschaftslinken zu werden.« (»Liberazione« 14.7.00)

Dies unsomewhat, als die Bedeutung des Delegiertensystems bei der Interessenvertretung in den letzten Jahren zugunsten von Individualisierung und Unterordnung unter die Betriebshierarchie gefährlich geschrumpft ist. Bei einer »militanten Untersuchung«, die Rifondazione comunista in Fortführung einer der positiven Seiten des italienischen Operaismus im letzten Herbst im FIAT-Werk Mirafiori und bei Iveco durchgeführt hat, nannten 40% der Beschäftigten auf die Frage: »Wenn Du ein Problem hast, an wen wendest Du Dich ?« eine auf die Betriebshierarchie zurückführende Person wie Vorarbeiter, Abteilungsleiter etc. Weitere 27,5% wählten einen Freund oder eine Person des eigenen Vertrauens und nur 32,5% nannten den RSU-Delegierten. (ebenda)

Die recht hohe Wahlbeteiligung von rund 80% bei den RSU-Wahlen in der FIAT-Gruppe widerspricht dem nicht, denn zur Intervention bei kollektiven Problemen und zum Aushandeln der ergänzenden betrieblichen Tarifabkommen (der dritten Ebene des italienischen Tarifvertragssystems nach den branchenübergreifenden nationalen Abkommen und den nationalen Branchentarifverträgen) braucht man die RSU'en natürlich weiterhin und in den nächsten Jahren sogar verstärkt. Dies nicht nur infolge der zunehmenden Aushöhlung auch der italienischen Flächentarifverträge, sondern auch aufgrund der Apathie und Passivität, die in den Belegschaften im Vergleich zu Anfang und Mitte der 90er Jahre zugenommen hat. Der Alfa Romeo-Arbeiter und nationale Koordinator des S.in.Cobas, Gigi Malabarba (der auch Mitglied der Nationalen Leitung von Rifondazione comunista ist), fasste dies in einem Brief an den Autor in dem Satz zusammen: »Der Drang von unten in die Selbstorganisation von vor 7, 8, 10 Jahren ist beendet und das ‚Delegieren‘ an die Apparate zurückgekehrt.«

Wenn der führende FIOM-Funktionär Raffo den jüngeren Arbeitern und Angestellten bescheinigt, sie wären nicht mehr imstande, die Unterschiede zwischen der FIOM und den (dem Padrone gegenüber fügsamen und flexiblen) Organisationen FIM, UILM und FISMIC zu erkennen, so hat das weniger mit der politischen Unbedarftheit und der »Wahrnehmungsschwäche« der jüngeren Arbeiter als vielmehr mit deren ganz realen Erfahrungen zu tun. Die tatsächliche Politik der FIOM unterscheidet sich schon lange nicht mehr wesentlich von diesen ungeliebten Konkurrentinnen. Die FIOM selbst bzw. die Gewerkschaftszentrale CGIL, der sie angeschlossen (und untergeordnet) ist, hat – allen kämpferischen Reden und allem linken Traditionalismus zum Trotz – in den letzten zwei Jahrzehnten in trauter Eintracht mit FIM und UILM bzw. CISL und UIL an der Demontage der Errungenschaften aus den 60er und 70er Jahren und am Niedergang der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen kräftig mitgewirkt.

Egal, ob es sich um die Abschaffung der Scala Mobile (d.h. der automatischen Anpassung der Löhne an die Inflation, um schleichende Lohnverluste zu verhindern) durch das Juli-Abkommen von 1992 oder um die Gegenreform bei den Renten 1995 (u.a. mit der Abschaffung der vollen Rente nach 40 Arbeitsjahren) handelte; ob es die Zersplitterung des Produktionsprozesses durch das massive Outsourcing oder die Flexibilisierung in den Betrieben durch Zeitverträge, den Einsatz von Leiharbeitern und die sogenannten »Ausbildungs-« und »Eingliederungs«verträge mit skandalösen

Niedriglöhnen (und ohne jede über das übliche Anlernen hinausgehende Qualifizierung) war.

Darüberhinaus waren auch junge, politisch ungeschulte Arbeiter durchaus in der Lage, Tarifrunden zu erkennen, die trotz erheblicher Produktivitätssteigerungen mit sinkenden Löhnen endeten oder ihre Schlussfolgerungen aus der Einführung des Anti-Streik-Gesetzes im Dienstleistungsbereich im April diesen Jahres zu ziehen. Das hatten CGIL-CISL-UIL in vereinter Front vehement gefordert, nachdem ihnen insbesondere im Transportsektor eine Koalition aus linken RSU-Delegierten der CGIL, Basisgewerkschaften wie der COMU (Lokführer) und der CLN (Busfahrer) sowie autonomen Gewerkschaften wie der FISAFS das Heft aus der Hand genommen und mehrere erfolgreiche landesweite Streiks durchgeführt hatten. Und auch die FIOM profitiert offenkundig gern und ohne den leisesten Anflug von Kritik vom auf skandalöse Weise undemokratischen RSU-Wahlrecht. Nur 2/3 der RSU-Delegierten werden nämlich gewählt. Das restliche Drittel ist gemäß dem in der Konzertierte Aktion vereinbarten Wahlmodus von vornherein für die jeweiligen Branchengewerkschaften von CGIL-CISL-UIL reserviert und wird entsprechend den Stimmenanteilen unter den Dreien aufgeteilt. Zusätzlich zu ihren bei den Wahlen regulär errungenen Mandaten und trotz eines erfolgreichen Referendums, welches die linken Basisgewerkschaften vor einigen Jahren erzwungen haben. Die offizielle Begründung ist: Auf diese Weise solle »Betriebsegoismus« verhindert werden. Angesichts des von CGIL-CISL-UIL geförderten Outsourcings und der von ihnen mitgetragenen Aushöhlung der nationalen und Branchentarifverträge ein makabrer Scherz.

Für all das ist die FIOM voll mitverantwortlich, auch wenn ihre Führung des öfteren Kritik und Bedenken dazu zu Protokoll gegeben hat und eine Reihe wichtiger FIOM-Untergliederungen (insbesondere die FIOM Turin) 1992 und 1995 die Opposition großer Teile der Arbeiterschaft auf der Straße und beim Gewerkschaftsreferendum über die Gegenreform bei den Renten 1995 mitorganisiert (und dabei regional die Mehrheit hinter sich hatte) und die von der Gewerkschaftslinken beherrschte FIOM und CGIL in Brescia die den »San Papiers«-Mobilisierungen in Paris vergleichbaren Kämpfe der Immigranten in vorbildlicher Weise unterstützt hat. Was die nationale FIOM-Führung (und viele Föderationen) angeht, hat es zwar viele Drohungen und Ankündigungen, aber keinen Bruch mit der konzertierte Aktion und keine Kehrtwende nach links gegeben.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der FIOM (und ihrer »Mutterorganisation«, der CGIL) die Flexibilisierung und die Verschärfung der Arbeitshetze in den letzten Monaten z.T. zuviel geworden und sie darüber mit FIM und UILM (bzw. CISL und UIL) in einigen Fällen (z.B. bei Zanussi, FIAT Melfi und dem »Patto di Lavoro« in Mailand) heftig aneinander geraten ist, woraus sich auch generell eine gewisse Kluft zwischen den Organisationen entwickelt hat. Bei diesen taktischen und strategischen Auseinandersetzungen geht es leider in erster Linie um die Frage, ob man angesichts der von den »Padroni« beabsichtigten Aufkündigung der konzertierte Aktion zugunsten eines offenen Diktats und der wirtschaftsliberalen Politik der sogenannten Mitte-Links-Regierung eher die Jugend oder eher die Rentner, eher die beim Staat oder eher die in der Privatwirtschaft Beschäftigten opfern und sich mehr beim Kapital oder mehr bei der Regierung anbiedern sollte. Diese spannende Frage löst die

(bis vor kurzem) links-christdemokratische CISL aufgrund ihrer Tradition und der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft so, dass sie eher gegen die Regierung und für die Renten und die Staatsbeschäftigten eintritt und im Gegenzug der Flexibilisierung und Entrechtung in den Betrieben, der Bezahlung in Aktien und Ähnlichem mehr fast uneingeschränkt zustimmt.

Die ehemals PCI- und heute DS-nahe CGIL dagegen unterstützt die von den DS-Linksdemokraten geführte Olivenbaum-Regierung beim forcierten Abbau des Rentensystems und der Privatisierung (inklusive der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen), um dafür – möglichst mit Hilfe der Regierung – die Flexibilisierung ein bisschen im Rahmen zu halten. Es ist dies der Versuch, die Klassenzusammenarbeit zu nochmal deutlich verschlechterten Bedingungen fortzuführen und weitere faule Früchte der konzertierte Aktion als Delikatessen zu verkaufen.

Insofern muß sich auch die FIOM-CGIL die Ergebnisse der »Concertazione« anlasten lassen. Ergebnisse, die an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig lassen: So ist in Italien zwischen 1992 und 1997 die Zahl der Arbeitsplätze um 3,8% reduziert worden (in den Großbetrieben sogar noch stärker!), während das BIP gleichzeitig um 6,7% zugenommen hat. Die Konsequenzen dieser zum Großteil durch erhöhte Arbeitshetze erzwungenen Produktivitätssteigerung sind wahrhaft mörderisch. So wurden in 1999 bei steigender Tendenz 912.000 Arbeitsunfälle registriert, bei denen 1.113 Arbeiter(innen) ihr Leben ließen. Das waren mehr als drei Tote am Tag (wenn man »sozialromantisch« von einer 6 Tage-Woche ausgeht). Anfang April 2000 waren es dann im Schnitt bereits vier Tote pro Tag. Die Löhne liegen seit längerem konstant unter der Inflationsrate, fast die Hälfte der italienischen Jugendlichen ist arbeitslos (ohne jede finanzielle Unterstützung staatlicherseits) und die Durchschnittsrente betrug 1999 – bei einem Preisniveau wie in Deutschland – umgerechnet rund 1.120 DM. Wobei 24% der italienischen Familien nur deshalb über die Runden kamen, weil die Großeltern sie noch unterstützten!

Bei einer solchen Politik ist es nur natürlich, daß ein Teil der FIOM-Wähler (vornehmlich die älteren, durch 68/69 und die 70er Jahre Geprägten) resigniert, ein anderer Teil (die jüngeren, »unbedarften« Arbeiter) von vornherein indifferent bleibt und ein dritter Teil (insbesondere die Angestellten, unter denen die FIOM-Verluste weit überdurchschnittlich waren und bei denen es der FIOM in manchen Bereichen nicht einmal mehr gelang, Kandidaten aufzustellen!) es vorzieht, dann doch lieber gleich das Original zu wählen und nicht die »Fälschung«, d.h. diejenigen Gewerkschaften zu bevorzugen, die beim »Mitgestalten« der Flexibilisierung, Deregulierung und Entrechtung am glaubwürdigsten sind.

An diesen Zuständen hat (der 4. Faktor) die Politik der amtierenden Mitte-»Links«-Regierung einen nicht eben geringen Anteil. Und in dieser geben, wie bereits gesagt, bis heute die Linksdemokraten (DS) den Ton an, die aus dem rechten Mehrheitsflügel der 1990 aufgelösten italienischen KP hervorgegangen und nach wie vor die politische Bezugspartei der FIOM und der CGIL sind. Was sich auch darin niederschlägt, dass zahlreiche ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre deren arbeiterfeindliche und modern-reaktionäre Politik der »Neuen Mitte« mitgestalten und mitexekutieren. Das geht soweit, dass der CGIL-Chef Sergio Cofferati als Ministerpräsidentenkandidat für die im Frühjahr 2001 anste-

henden Parlamentswahlen in der Diskussion war, dann aber als noch »zu konservativ« verworfen wurde. Mit dieser Regierung und ihrer führenden Partei identifiziert zu werden, war für die FIOM nicht nur deshalb schädigend, weil sie der breiten Masse einen Krieg, dauernde Haushaltskürzungen, ein Anti-Streik-Gesetz, Flexibilisierung, die Entwertung des öffentlichen Schulsystems zugunsten der katholischen Privatschulen, die Ankündigung einer weiteren Gegenreform bei den Renten etc. beschert hat, sondern auch weil sie verschlissen ist, von einer Wahlschlappe zur nächsten torckelt und ihr Ende vor der Tür steht. Mit Verlierern will man in Italien traditionell noch weniger zu tun haben als anderswo. Zumal wenn sich mit einem »geläuterten« und »verantwortungsbewußten« Silvio Berlusconi jemand als »Alternative« anbietet, der ein softeres Vorgehen im sozialen Bereich verspricht und in dieser Hinsicht in den letzten zwei Jahren tatsächlich weit weniger aggressiv war als die sog. Mitte-Links-Regierung.

Dies sind die Ursachen der bei den FIAT-RSU-Wahlen sichtbar gewordenen Redimensionierung der FIOM-CGIL. Doch sollte man sich hüten, dies bereits für das Gesamtbild der Bewusstseinslage der Belegschaften zu nehmen und daraus den Schluss zu ziehen, sie würden nun Konflikten aus dem Weg gehen, sich auf ganzer Linie anpassen und etwas anderes als die Unterwerfungspolitik von FIM, FISMIC und UILM sei nicht mehr möglich. Eine solche Schlussfolgerung wäre nicht nur vorschnell, sie hieße auch die Entwicklung zu überzeichnen und ihre Widersprüchlichkeit zu unterschätzen.

In den letzten Monaten hat es eine ganze Reihe von Gelegenheiten gegeben, bei denen die Arbeiter (und auch große Teile der Angestellten) deutlich gemacht haben, dass sie an bestimmten Punkten durchaus bereit sind, sich der Flexibilisierung, der Marktlogik und der intensivierten Ausbeutung durch die sog. »Leistungsverdichtung« zu widersetzen. Drei Beispiele können das belegen:

Am 21. Mai 2000 verfehlte das vom (tatsächlich) neoliberalen Partito Radicale eingebrachte und von der Confindustria unterstützte Referendum zur de facto-Abschaffung des Kündigungsschutzes nicht nur das Gültigkeitsquorum von 50% + 1 Stimme (die Wahlbeteiligung betrug nur 32,5%), sondern es wurde als einziges der sieben Referenden der Radikalen auch von der Mehrheit der Abstimmenden abgelehnt. 66,6% von ihnen stimmten hier mit Nein, während alle anderen Referenden (zur Abschaffung der Wahlkampfkostenerstattung an die Parteien, der Einführung eines reinen Mehrheitswahlrechts nach englischem bzw. US-amerikanischem Muster, der Abschaffung des automatischen Abzugs der Gewerkschaftsbeiträge vom Lohn etc.) zwischen 61,8% und 82% Ja-Stimmen erhielten, allerdings ebenfalls an der zu geringen Beteiligung scheiterten.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass selbst die große Mehrheit derjenigen, die für die Liquidierung des Kündigungsschutzes stimmten oder der Abstimmung gleich ganz fernblieben und diese damit zum Scheitern verurteilten, dies unabhängig von den offiziellen Gewerkschaften und in zweifacher Hinsicht auch direkt gegen sie taten. Zum einen hatten die CGIL-CISL-UIL-Führungen (und leider auch große Teile der CGIL-Linken) in einer intensiven Kampagne für die Teilnahme am Referendum und für die Ablehnung der beiden das Arbeitsrecht und die Gewerkschaften (direkt) betreffenden Referenden aufgerufen. Zwei Drittel der Italiener blieben

dennoch der Abstimmung fern. (Noch vor einigen Monaten gab es bei ähnlichen Referenden des Partito Radicale nur 50,1% Enthaltung.) Diejenigen wiederum, die – scheinbar – diesem Aufruf folgten, teilnahmen und den Angriff auf den Kündigungsschutz, wie von CGIL-CISL-UIL empfohlen, mit großer Mehrheit zurückwiesen, stimmten gleichzeitig mit 61,8% für die Abschaffung der automatischen Überweisung der Gewerkschaftsbeiträge, die direkt von Margret Thatchers Anti-Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre übernommen ist! Selbst in den ehemals roten Regionen Mittelitaliens, wo die Wahlergebnisse der DS und die Gefolgschaftstreue gegenüber den konföderalen Gewerkschaftsführern nach wie vor am höchsten sind, war zwar die Beteiligung überdurchschnittlich (Emiglia Romagna rund 46,5%, Toskana 40,5%, Marken 38% und Umbrien 36,5% bei landesweit 32,2%) und das Votum gegen eine »hire and fire«-Politik zumindest in der Emiglia Romagna und in der Toskana ebenfalls. Doch auch hier gab es zugleich Mehrheiten für eine thatcheristische »Lösung« in Sachen Gewerkschaftsbeiträge (Emiglia 50,4% Ja, Toskana 51,4% Ja, Marken 59,5%, Umbrien 61,2% bei landesweit 61,8% Ja-Stimmen).

Da lagen die unabhängigen linken Basisgewerkschaften der CUB, die diversen Cobas (Basiskomitees) und Rifondazione comunista taktisch und vom Gespür für die Stimmung der Massen her weitaus richtiger. Sie hatten in realistischer Einschätzung der Lage zum Boykott der Referenden aufgerufen, um sie (und für den Moment auch ihre Inhalte) zum Scheitern zu bringen und hatten dabei »die Massen hinter sich«.

Das zweite erwähnenswerte Beispiel gab die Belegschaft des großen Elektro- und Metallunternehmens Zanussi. Am 18. und 19. Juli 2000 lehnten 68,8% der dort Beschäftigten (bei einer Beteiligung von 80%) in einem unternehmensweiten Referendum das von FIM und UILM bereits unterschriebene Flexibilisierungsabkommen ab. Diese Abstimmung war von der FIOM erzwungen worden, die sich unter dem Druck ihres linken Flügels, der in der Provinz Brescia, wo das Hauptwerk von Zanussi liegt, dem Abkommen verweigert und dagegen Front gemacht hatte.

Zentraler Punkt des Abkommens ist die Einführung der Arbeit auf Abruf. Garantierte Arbeit sollte es danach nur noch für drei Monate im Jahr geben. In den übrigen neun Monaten hätten die Beschäftigten dann ohne Bezahlung zu Hause auf Abruf bereitstehen müssen, um je nach Produktions- und Umsatzlage mit einer Vorankündigung von 72 Stunden (zuerst waren sogar nur 48 Stunden vorgesehen) zur Arbeit gerufen zu werden. Ähnliche Arbeitsverhältnisse sind derzeit in Westeuropa nur vom holländischen Poldermodell (dort allerdings abgefedert durch staatliche Ausgleichszahlungen) und den noch immer halb-feudalen Beschäftigungsverhältnissen in der Landwirtschaft Apuliens bekannt. Darüberhinaus sah die Vereinbarung die Erhöhung der Produktivität um 15% binnen drei Jahren vor und zwar ohne irgendeine Investition in leistungsfähigere Maschinen. Vielmehr sollte die Auszahlung der obligatorischen Jahresprämie als Peitsche dienen. Diese Prämie in Höhe von 1,8 Millionen Lire (gut 1800 DM) sollte vom individuellen Erreichen der 5% Produktivitätszuwachs pro Jahr abhängig gemacht werden. Bei einem Nettolohn, der sich zwischen 1300 und 1800 DM im Monat bewegt, immerhin ein Faktor.

Die Eindeutigkeit der Ablehnung dieses Abkommens überraschte selbst die FIOM. Zumal die Unternehmens-

führung und die FIM- und UILM-Funktionäre bei einer Annahme mit der sofortigen Auszahlung eines stattlichen Vorschusses auf die Jahresprämie lockten und auch vor krass undemokratischen Maßnahmen wie der kurzfristigen Absage von Betriebsversammlungen (um den Kritikern kein Forum zu geben und überregionale FIOM-Funktionäre aus den Fabriken heraushalten zu können) nicht zurückschreckten. Für die größte Verwunderung auf allen Seiten sorgte allerdings die Tatsache, dass auch und gerade die Angestellten, – z.T. sogar überdurchschnittlich – gegen den »*Job on call*« und die beabsichtigte Intensivierung der Arbeit votierten. Von den Angestellten der Zentralverwaltung in Pordenone sogar fast 90 %. Hintergrund ist hier die Angst vor der Dequalifizierung und dem Abgedrängtwerden in prekäre Beschäftigungsverhältnisse, nachdem bereits wichtige Entscheidungszentren nach Brüssel verlegt wurden.

Das dritte Beispiel fand im Juli 2000 bei FIAT selbst statt und zwar im »desyndikalisierten Modellbetrieb« in Melfi/Südtalien. Nach intensiver Vorbereitung in jeder Produktionseinheit (UTE) proklamierte die örtliche FIOM – auch hier gegen den entschiedenen Widerstand und die Sabotage der FIM und UILM, die voll und ganz auf Seiten der Geschäftsleitung stehen – einen zweistündigen Streik in allen drei Schichten gegen die unerträgliche Erhöhung der Arbeitsbelastung der letzten Monate. Die Streikbeteiligung lag bei immerhin 35%, was angesichts der gewerkschaftlichen Verhältnisse in Melfi und der politischen Verhältnisse in der Region durchaus als Erfolg zu werten ist. Zumal die klammerheimliche Unterstützung vieler CISL- und UIL-Mitglieder offenkundig war.

Mangelnder Mut, Trägheit, geringe Kampferfahrung und die Unsicherheit darüber, ob der Widerstand der FIOM von Dauer sein wird und sich das Risiko daher lohnt, sowie »*ein Solidaritätsgefühl, das oftmals nicht über die Produktionseinheit hinausgeht und dem es nicht gelingt, im Großen zu denken*« (wie es der FIOM-Delegierte Michele Iacovera in der linken Tageszeitung »il manifesto« vom 18.7.2000 ausdrückte), verhinderten allerdings für dieses Mal eine größere Beteiligung. Doch der Stein ist ins Wasser geworfen worden und zieht Kreise.

Man kann also ohne Übertreibung festhalten, dass es auch heute – trotz der unbetreitbar vorherrschenden und sich noch weiter verstärkenden Resignation, Entpolitisierung und Passivität – Grenzen der Unterordnung unter die entfesselten kapitalistischen Verhältnisse gibt, bei deren Überschreitung sich spontan massenhafter und entschiedener, allerdings auch punktuell begrenzter Widerstand in der italienischen Arbeiterklasse regt, nicht selten neben und gegen die offiziellen Gewerkschaftszentralen. Diese Grenzen sind die Ablehnung der allzeitigen Verfügbarkeit für die Lohnarbeit und die weitgehende Entrechtung währenddessen, die immer weiter verschärfte Arbeitshetze (»Akkord ist Mord !«), die berufliche Dequalifizierung, die Kommerzialisierung weiterer Lebensbereiche (wie der öffentlichen Schulen) und der damit einhergehenden Vertiefung und Zementierung der Klassenspaltung sowie die direkt anstehende Schließung von Betrieben bzw. Massenentlassungen.

Parallel dazu stellt sich für die Masse der abhängig Beschäftigten immer aktueller und drängender die Lohnfrage, da sie angesichts stattlicher Unternehmensgewinne, einer anziehenden Konjunktur und im wesentlichen auf ihre Kosten in den letzten Jahren erzielten Produktivitäts-

steigerungen nicht einsehen, wieso denn die Kaufkraft der Löhne und Gehälter immer weiter schrumpfen soll. Je mehr und je stärker an diesen Punkten eine ernsthafte Unterstützung durch die offiziellen Gewerkschaften, nationale Zusammenschlüsse linker RSU-Delegierter, die linken und linksradikalen Basisgewerkschaften (beispielsweise die Or.S.A. oder die Cobas Scuola) oder die politische Linke (vornehmlich Rifondazione comunista) spürbar ist, um so eher und tiefer entwickeln sich diese Widerstandsreflexe natürlich.

Das heißt auch wenn der Kapitalismus, die Flexibilisierung, die Standortlogik etc. nicht als solche in Frage gestellt werden, gibt es ein weitverbreitetes und weiter wachsendes Bedürfnis nach der »Regulierung der Deregulierung«. Und dieses Bedürfnis stellt trotzdem bzw. gerade weil es im Grundsatz inkonsequent und illusorisch und daher auf längere Sicht zum Scheitern verurteilt ist, den entscheidenden – weil einzig möglichen – Ansatzpunkt dar, um mittelfristig zu einem Neuaufschwung der italienischen Arbeiterbewegung zu kommen und in verschiedenen Fällen zumindest wichtige Teilerfolge zu erzielen, die Luft schaffen und das Selbstbewußtsein stärken.

Ob diese Widerstandsbereitschaft entsprechend genutzt werden kann, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob innerhalb der FIOM und der CGIL unter dem Druck theoretischer Interventionen und praktischer Aktionen der internen und der externen Gewerkschaftslinken (also der Cobas, CUB, Or.S.A etc.) eine umfassende Selbstkritik und ein ernsthafter Kurswechsel zustande kommt. Beides wäre notwendig, um das verlorene Vertrauen unter den Arbeitern, Arbeitslosen und Angestellten zurückzugewinnen, gemeinsam mit Rifondazione comunista und anderen politischen Linken der Passivität und Entpolitisierung entgegenzuwirken und in der Lage zu sein, die anstehenden Aufgaben anzugehen.

Sollte es nicht dazu kommen (und danach sieht es zumindest in der CGIL als Gesamtorganisation aus), dann wird die Durststrecke sicherlich länger und der Niedergang noch tiefer sein. Es würde allerdings auch – ähnlich wie im Transportsektor bereits geschehen – die selbstständigen linken und linksradikalen Basisgewerkschaften stärken, so weit sie sich dieser immensen Verantwortung gewachsen zeigen und auf längere Sicht die Herausbildung der in der italienischen Linken oft beschworenen »roten Klassen- und Massengewerkschaft« begünstigen, die angesichts der in Italien traditionell vielfältigeren und weniger durchregulierten Gewerkschaftslandschaft und Gewerkschaftsgesetzgebung nicht mit einer mediterranen Variante der RGO zu verwechseln ist, sondern eine Rolle spielen könnte wie die SUD in Frankreich. Nur eben nicht bloß auf den Post-, Telekommunikations- und Eisenbahnbereich und eine gute Arbeitslosenarbeit beschränkt, sondern »a tutto campo« – auf der ganzen Breite des Feldes !

H., 1.12.2000 ■